

Reale Bildung

in Rheinland-Pfalz



Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.



Auf die lange Bank geschoben: Lärmschutz
Interview: Ministerin Hubigs Herausforderungen
Arbeitsplatz Schule: Gefährdungsbeurteilung
Wertschätzung: Studentinnen engagieren sich
Unterrichtsqualität: Perspektiven der Evidenzforschung
Schule und Recht: Handy-Nutzung bei Leistungsnachweisen

Inhalt der Ausgabe November 2016

Titelthema

- ▶ **In Rheinland-Pfalz auf die lange Bank geschoben: Problemreich Lärmbelastung** 5

Bildungspolitik

- Pinnwand 14
- ▶ **VRB-Interview mit Ministerin Hubig: Widerstreitende Interessen als Herausforderung** 15

VRB-Verbandsarbeit

- VRB im Gespräch mit der SPD: Realschule plus stärken – Taten müssen folgen 18
- VRB-Landeshauptvorstand: Priorität für Reale Bildung 20
- Reale Bildung in Deutschland: Landesverbände stellen sich in Dithmarschen für die Zukunft auf 22
- VRB-Pressemitteilung: VRB fordert Lehrerbedarfsprognose** 23
- VRB-Pressemitteilung: VRB fordert Priorität für Reale Bildung** 23

Schule in Rheinland-Pfalz

- Pinnwand 24
- Landeselterntag: Bekenntnis zum differenzierten Bildungswesen 25
- Berufs- und Studienorientierung: Kompetent in eigener Sache – Zukunft läuft 26
- Prävention und Intervention: Warum radikalieren sich Schüler? 28
- Hauptpersonalrat Gymnasien verabschiedet Josef Zeimentz 29
- Hauptpersonalrat BBS verabschiedet Ulrich Brenken 29
- Wechsel in den Ruhestand: VRB im Gespräch mit Thomas Hirsch 30
- Christiane Schönauer-Gragg : Zuständig für Realschulen plus im Bildungsministerium 33

Schule und Recht

- Pinnwand 34
- ▶ **Recht an Schulen: Nutzung von Handys zu Täuschungsversuchen bei Leistungsnachweisen** 35

Beruf Lehrer

- VRB-Forderung im Grundsatz erfüllt: Altersteilzeit wird verlängert 38
- ▶ **Gesundheits-Schutzmaßnahmen für schwangere Lehrerinnen verbessert** 39

Lehrerbildung

- Pinnwand 41
- Lehramt Realschule plus: Nachwuchs Mangelware 41

Unterrichten – Pädagogik, Didaktik und Methodik

- Pinnwand 43
- Jahrestagung SCHULEWIRTSCHAFT: Stärken stärken 43
- Schulforscher-Tagung: Weiterentwicklung von Schule auch ohne AQS möglich? 44 ◀
- Brexit: Einfach so weitermachen geht nicht 45
- Statistik: Wie sehen die Deutschen den Brexit? 45
- RBiRP im Gespräch mit Psychologiestudentinnen über ehrenamtliche Sprachförderung für Flüchtlingskinder (Teil 1) 46 ◀

VRB-Bezirke

- Bezirk Koblenz:** VRB-Informationsveranstaltung am Studienseminar Koblenz 50
- VRB zu Besuch im Studienseminar Koblenz: Qualifizierte Ausbildung ist unverzichtbar und gefragt 51
- VRB auf dem Campus Koblenz: Fit für den Vorbereitungsdienst 51
- VRB-Pensionärsausflug: Auf den Spuren des industriellen Basaltabbaus im Westerwald 52
- Bezirk Neustadt:** VRB-Besuch im Studienseminar Kaiserslautern: Informationen und Hilfen 52
- Kunsthalle Mannheim: Hannah Höch – Revolutionärin der Kunst 53
- Der VRB-Bezirksverband Neustadt lädt zu zwei Ausstellungen in Mannheim und Speyer ein 53

Kurz notiert: Termine, Service und Internes

- Geburtstagswünsche 54
- Termine 56
- Ehrenmitglied Alfons Dening feierte seinen 80. Geburtstag ... 57

KlarText!

- Arbeitsbelastung von Lehrkräften – messen, auswerten und Verantwortung übernehmen 58



Impressum

Herausgeber
VRB Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

Landesvorsitzender
Timo Lichtenthaler
Felix-Blass-Straße 2
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler
Tel: 0 26 41 / 9 11 72 84
timo.lichtenthaler@vrb-rlp.de

Mitgliederverwaltung
Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid
Tel: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 32 12 / 965 73 31
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

Schatzmeister
Martin Radigk
Nachtigallenweg 55
67346 Speyer
Tel: 0 62 32 / 4 04 44
Fax: 0 62 32 / 1 21 33 18
schatzmeister@vrb-rlp.de

Redaktion
Wolfgang Wünschel
Am Schlossberg 20
76835 Hainfeld
Tel: 0 63 23 / 8 18 77
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

Layout
Daniela Boudgoust · www.bizzdesign.de

Auflage und Druck
5.000 Stück, flyeralarm GmbH, Würzburg

Liebe Leserinnen und Leser,

die Landesregierung kommt nur schlep-
pend in Fahrt. In ihrer 100-Tage-Bilanz
kam sie über die Ankündigung des Ko-
alitionsvertrages, Bildung Vorrang einzu-
räumen, nicht hinaus. Gleichzeitig deutet
sich mit Blick auf den nächsten Doppel-
haushalt und die „Schuldenbremse“
an, dass Einsparungen anstehen. Timo
Lichtenthäler setzt in seinem Leitartikel
die Koordinaten der Verbandsarbeit da-
gegen: Unsere Kolleginnen und Kolle-
gen haben Anspruch auf angemessene
Wertschätzung, Anspruch auf einen ad-
äquaten Arbeitsplatz und Anspruch auf
Voraussetzungen, die eine optimale Un-
terrichtsqualität gewährleisten.

Als Erfolg für den VRB kann der Landes-
vorsitzende verbuchen, die Fortführung
der Altersteilzeit für den Schulbereich
erreicht zu haben. Martin Radigk zeigt in
seinem Bilanzbeitrag, dass seit 2005 nicht
nur die Beschäftigten, sondern auch das
Land Nutzen aus der Altersteilzeit gezo-
gen haben.

Ebenfalls auf eine VRB-Initiative gehen
Regelungen zurück, die Schutzmaßnah-
men für schwangere Lehrerinnen zu ver-
bessern. Benjamin Bajraktari beschreibt
den Handlungsablauf der sogenannten
Gefährdungsbeurteilung des Arbeitsplat-
zes. Er erwartet, dass Praxiserfahrungen
zu Verfahrenskorrekturen führen werden.

Erwin Schneider befasst sich im Klartext
mit der Arbeitsbelastung der Lehrkräfte.

Er fordert von den Politikern, Verantwor-
tung zu übernehmen und mit spürbaren
Maßnahmen gegenzusteuern.

Im ersten Interview mit RBiRP benennt Dr.
Stefanie Hubig ihre Prioritäten und die
Herausforderungen, vor die sie sich als
Bildungsministerin gestellt sieht. Sie gibt
auch den Blick frei auf ihre eigene Schul-
zeit und erzählt, welche Weichenstellung
sie einem ihrer eigenen Lehrer verdankt.

Schwerpunktthema dieses Heftes ist die
Lärm-Belastung in der Schule. Wilfried
Rausch zeigt auf, dass dieser Problem-
bereich in Rheinland-Pfalz seit Jahren be-
kannt ist, aber stets auf die lange Bank
geschoben wurde. Rausch macht deut-
lich, dass Lärminderung eine gesamt-
gesellschaftliche Aufgabe ist: „Es besteht
Handlungsbedarf. Der Arbeitsplatz Schule
muss für Schüler und Lehrkräfte so aus-
gestaltet werden, dass die Qualität des
Unterrichts und die Gesundheit der Betei-
ligten nicht gefährdet werden. Die Wert-
schätzung der Politik darf sich nicht in
wohlfeilen Formulierungen erschöpfen.“

In den Realschulen plus kommen vie-
le Flüchtlingskinder an. Ihre Integration
kann nur dann erfolgreich sein, wenn
diese Kinder in der Schule sofort eine
entsprechende Deutschförderung erhal-
ten. Neben den Hilfsmaßnahmen seitens
der Schulbehörde erfahren Schulen dabei
auch ehrenamtliche Unterstützung, die in
der Öffentlichkeit wenig wahrgenommen
wird.



RBiRP sprach mit drei Psychologiestuden-
tinnen über ihre Motive und Erfahrungen
bei der ehrenamtlichen Sprachförderung.
Das Interview entfaltet von Beginn an
eine unkonventionelle Dynamik.

Darüber hinaus gibt es noch mehr in die-
ser Ausgabe zu entdecken.

Eine vom Bildungsministerium entwickel-
te App soll Jugendlichen helfen, sich mit
der persönlichen Berufsplanung ausein-
anderzusetzen. Saskia Zimmermann fragt
den Leiter der Stabsstelle Berufsorientie-
rung, wie Schulen von der APP profitieren
können.

Im Interview mit Rechtsanwältin Anto-
nia Dufeu geht es um die Nutzung von
Handys als unerlaubte Hilfsmittel bei Lei-
stungsüberprüfungen.

Und Wolfgang Häring ist auf eine Ge-
schäftsidee aus den USA gestoßen. Dort
bietet ein Start-up Lehrkräften an, das
Korrigieren von Klassenarbeiten auszula-
gern...

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wün-
sche Ihnen eine friedliche Vorweihnachts-
zeit. Vielleicht finden Sie Zeit, uns zu
schreiben. Gerne auch Ihre Anregungen
für die nächste Ausgabe.

Ihr

Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller
Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird kei-
ne Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausrei-
chend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke
an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber
nur mit Genehmigung.

Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form
zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

Anzeigenberatung und -preisliste

Bitte wenden Sie sich an Daniela Boudgoust (boudgoust@bizzdesign.de).
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Mai 2014.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



mit dem Koalitionsvertrag der „Ampel-Parteien“ SPD, FDP und Grüne verbinden wir die Hoffnung, dass Reale Bildung durch die Stärkung der Realschule plus die Beachtung findet, die wir immer gefordert haben. Wir werden nun ganz genau verfolgen, wie die Umsetzung erfolgt und wir werden ganz genau darauf achten, dass die Koordinaten unserer Verbandsarbeit „Wertschätzung-Arbeitsplatz-Unterrichtsqualität“ dabei berücksichtigt werden.

Die erste Prüfung wird bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts erfolgen. Was ist die neue Landesregierung gewillt, an Investitionen für den Schulbereich und vor allem für die Realschule plus zu leisten? Mit schönen Worten lässt sich das Ansehen der neuen Schulform nicht steigern und mit schönen Worten lassen sich auch die vielfältigen Belastungen am „Arbeitsplatz“ Schule nicht reduzieren.

Wir fordern daher, dass mehr Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden. Die hohe Belastung unserer Lehrkräfte darf kein Dauerzustand bleiben.

Noch nie waren die Bedingungen, Lehrkräfte für den Einsatz an Schulen zu finden, so günstig. Ältere Kolleginnen und Kollegen berichten von schwierigen Zeiten, die durch Lehrermangel an den Schulen geprägt waren. Unterricht fiel häufig aus, Fächer konnten gar nicht oder nur fachfremd erteilt werden. Deshalb wurde in den vergangenen Jahren intensiv für den Lehrerberuf geworben. Und diese Werbung hat sich ausgezahlt. Es ist ein Glücksfall, dass gut ausgebildete Lehrer in großer Zahl vorhanden sind und in den Schuldienst wollen. Das Land darf diese günstige Situation für die Zukunft unserer Schulen nicht aussitzen. Wer aus Sparmotiven heraus auf eine restriktive Einstellungspolitik setzt, hat aus den skizzierten Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt, begeht diese erneut und darf sich nicht wundern, wenn das Interesse am „Beruf Lehrerin“ bzw. am „Beruf Lehrer“ wieder zurückgeht. Arbeit gibt es in unseren Schulen genug!

Rheinland-Pfalz ist in der Pflicht, gut ausgebildeten und motivierten Lehrkräften eine Perspektive zu geben. Der Einsatz in teilweise jahrelang befristeten Verträgen als Vertretungslehrkraft ist kein Zukunftsmodell. Wir haben daher als Verband eine Kampagne gestartet, um deutlich zu machen, was wir wollen: die unbefristete Einstellung engagierter Lehrkräfte

als Beamtinnen und Beamten mit Planstelle! Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen um Unterstützung unserer Initiative! Tragen Sie unsere Kampagne mit! Tragen Sie unser Anliegen den Landespolitikern vor! Machen Sie sich mit uns stark für junge Lehrkräfte und einen gesunden Arbeitsplatz Schule!

Die Altersteilzeit, für die wir eine Weiterführung in der Vergangenheit erstritten haben, läuft Ende 2016 aus. Die Altersteilzeit bietet älteren Kolleginnen und Kollegen eine Möglichkeit, gesund und selbstbestimmt einen früheren Ausstieg aus dem aktiven Berufsleben wählen zu können. Dass dies nun weiterhin möglich bleiben soll, ist gewiss auch unserer Fortführungs-Initiative gegenüber der Ministerpräsidentin, der Bildungsministerin, der Finanzministerin und dem Innenminister zu verdanken. Wir hätten uns viel früher Informationen gewünscht, wie die Landesregierung zu diesem Thema steht. Denn aus dem Kreis der älteren Kolleginnen und Kollegen haben uns viele Anfragen mit dem gleichen Tenor erreicht: Wir wollen auf Dauer eine Möglichkeit, den Ausstieg aus dem Schuldienst selbst flexibel zu bestimmen. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit haben viele mit großer Enttäuschung und Unwillen zur Kenntnis genommen. Die wachsenden Belastungen am Arbeitsplatz Schule scheinen viele Politikerinnen und Politiker nicht sehen zu wollen.

Als Verband Reale Bildung machen wir immer wieder unmissverständlich deutlich: Unsere Kolleginnen und Kollegen haben Anspruch auf angemessene Wertschätzung, Anspruch auf einen adäquaten Arbeitsplatz und Anspruch auf Voraussetzungen, die eine optimale Unterrichtsqualität gewährleisten. Hohe – oftmals auch unrealistische – Ansprüche bei gleichzeitig real unzureichender Unterstützungsbereitschaft passen nicht zusammen. Wer Qualität einfordert, der muss auch investieren.

Wir sind Bildungsrealisten, und wir lassen nicht locker!

Timo Liechtenhan

In Rheinland-Pfalz auf die lange Bank geschoben:

PROBLEMBEREICH

LÄRM

BELASTUNG

Geräusche sind an den Schulen und im privaten Umfeld kaum zu vermeiden. So sind Kinder und Jugendliche in ihrem Bewegungsdrang und ihren Mitteilungsbedürfnissen nicht immer zu bremsen. Vor Unterrichtsbeginn, im Unterricht wie auch in den Pausen können die Geräusche beachtliche Ausmaße annehmen. Geräusche können dann, als Lärm wahrgenommen, zur Belastung werden und erhebliche Störungen in der Kommunikation, bei den Schulleistungen wie auch im Wohlbefinden hervorrufen.

Fehlendes Bewusstsein für das Thema Lärmbelastung in Schulen

Über die Lärmbelastung in der Schule und über die negativen Auswirkungen wird seit Jahren in der Öffentlichkeit, in der Presse und in Fachkreisen diskutiert und geforscht.

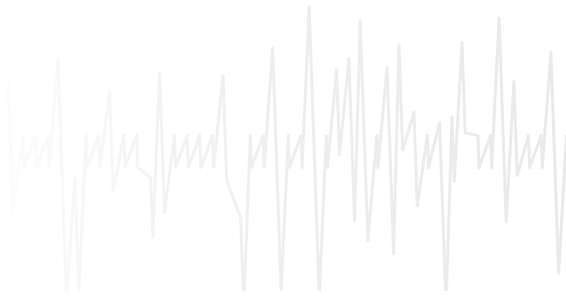
Diplompsychologe Helmut Heyse, der als ehemaliger Referent für Schulpsychologie in Rheinland-Pfalz das Projekt Lehrergesundheit initiiert und geleitet hat, hat schon im Jahr 2003 im Rahmen des Projekts Lehrergesundheit eine

Expertise mit dem Titel „Lärmende Schule?!“ erstellt und darin konkrete Gegenmaßnahmen zur Eindämmung der Lärmbelastung an Schulen vorgeschlagen. Er hat allerdings schon damals geahnt, dass die Maßnahmen scheitern könnten, wenn nicht bei allen Verantwortlichen das Bewusstsein für das Thema „Ruhe und Lärm“ ausgebildet ist.

In Rheinland-Pfalz hat sich aus unserer Sicht nach der Veröffentlichung der Expertise lange Zeit wenig getan.

„Lärm ist eines der gravierendsten Umweltprobleme!“

Thomas Myck, Lärmexperte am Umweltbundesamt¹⁾



Zwar haben rheinland-pfälzische Lehrkräfte in ihrem Unterricht mit pädagogischen Maßnahmen zur Lärm-minderung beigetragen, doch die Rahmenbedingun-gen haben sich kaum verändert. Stattdessen haben offene Unterrichtsformen, heterogene Lernklassen, inklusiver Unterricht, Ganztagschule, verändertes Schülerverhalten und unzureichend schallgedämmte Unterrichtsräume die Belastungen verstärkt.

Institut für Lehrgesundheit (IfL): Lärm ist ein häufig benannter Belastungsfaktor

Es gehört zu den Pflichten des Instituts für Lehrgesundheit, einen jährlichen Gesundheitsbericht zu erstellen. Der Berichtszeitraum umfasst immer ein Schuljahr. Für jedes Schuljahr wird ein Schwerpunkt-thema ausgewählt.

Ein fester Bestandteil dieser Gesundheitsberichte sind die Auswertungen der in den Schuljahren durchge-führten Gefährdungsbeurteilungen auf der Grundla-ge von Fragebögen zu unterschiedlichen Komplexen. Die befragten Personengruppen der einzelnen Schul-jahre sind nicht identisch und kommen aus unter-schiedlichen Schularten.

Aus den Rückmeldungen der Lehrkräfte zeigt sich in den letzten drei Schuljahren unverändert eine deutliche Problemanzeige im Zusammenhang mit Lärm an Schulen. 70 % der Befragten meldeten in den drei Schuljahren zurück, dass sie weder störungsfreie Ar-beitspausen noch ausreichende Rückzugsmöglichkei-ten in den Pausen zur Verfügung hatten. Über 50 % der Befragten beurteilten den Lärmpegel eher als unangemessen.

Zwei Belastungsfaktoren: Schalldruckpegel und Nachhall

Die Wahrnehmung von Lärm hängt vom subjektiven Empfinden ab. Für unser Lärmempfinden sind physi-kalische Eigenschaften des Schalls maßgeblich, das sind hauptsächlich der Schalldruckpegel und die Fre-quenz eines Tones. Geräusche mit gleichem Schall-druckpegel werden unterschiedlich wahrgenommen. Tiefe und hohe Töne werden vom menschlichen Ge-hör leiser empfunden als Töne mittlerer Frequenz. Töne mittlerer Frequenz sind allerdings wichtig für die Sprachverständlichkeit.

Die Messung des Schalldruckpegels erfolgt in Dezi-

bel (dB). Diese Einheit ist für die Darstellung unse-res Schallempfindens wegen der Wahrnehmung der Tonfrequenzen wenig hilfreich. Daher hat man sich international auf eine Bewertung von Schallpegeln geeinigt und diese mittels Umrechnung in dB(A)-Werten zum Ausdruck gebracht.

Als weiterer im Unterricht bedeutsamer Belastungs-faktor kann sich der Nachhall erweisen. Sehr deutlich wahrzunehmen ist der Nachhall in leergeräumten Wohnungen. Hier gibt es keine schallschluckenden Wohnungseinrichtungen. Der Schall wird daher in-tenсивer reflektiert.

Der Nachhall beruht auf Reflexion von Schallwellen, die zeitlich verzögert das menschliche Ohr erreichen. Nicht alle Reflexionen sind schädlich. Frühe Reflexio-nen sind nützlich und für eine gute Sprachverständ-lichkeit hilfreich.

Als Kenngröße wird die Zeitdauer in Sekunden ge-wählt, die angibt, wie lange ein Schallereignis nach-klingt. In Klassenzimmern sollte laut DIN-18041 „Hörsamkeit in kleinen bis mittelgroßen Räumen“ eine Nachhallzeit von 0,55 Sekunden nicht über-schritten werden.

Schulische Geräusch-Situation

Es liegen unterschiedliche Studien vor, die die schuli-schen Geräusch-Situationen beleuchten. Beispielhaft stellen wir hier die Ergebnisse einer Lärmmessung in der 7. Klasse der Humboldt-Schule in Kiel dar, die bemerkenswerterweise das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Bundeslandes Ba-

Tätigkeit 7. Klasse	Schallpegel
Klassenarbeit	45 dB(A)
Vorsagen bei der Klassenarbeit	40–50 dB(A)
Ruhige Klasse	60 dB(A)
Schülerantworten	55–65 dB(A)
Normal sprechende Lehrkraft	65–80 dB(A)
Hof während der Pause	80 dB(A)
Klasse vor dem Eintreffen der Lehrkraft	90 dB(A)
Lautester Lehrer	100 dB(A)

Ökowerk: Lärm in der Schule

„Schall wird zu Lärm, wenn er Störungen, Belästigungen, Beeinträchtigungen oder Schäden hervorruft“

Umweltbundesamt²⁾

den-Württemberg auf der Homepage veröffentlicht hat.³⁾

Ähnliche Ergebnisse werden in der von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin geförderten Projektstudie „Lärm in Bildungsstätten – Ursachen und Minderung“ dokumentiert. Danach wurden während des Unterrichts durchschnittliche Schallpegel zwischen 60 und 80 db(A) gemessen.⁴⁾

Höher liegt der Lärmpegel in Sporthallen. Die Werte reichen hier an 80–100 db(A) heran.

Der Nachhall wird wesentlich durch die Beschaffenheit der Wände, der Böden, der Decken wie auch der Tische bestimmt. In Klassenräumen, die kaum schalldämmende Einrichtungen besitzen, können Nachhallzeiten von bis zu zwei Sekunden auftreten.⁵⁾

Lärmbelastung hat erheblichen Einfluss auf Schulqualität

Die Lärmentwicklung im Unterricht wird durch unterschiedliche Faktoren bestimmt. Einige Faktoren sind durch die schulische Umwelt gegeben und werden als Hintergrundgeräusche wahrgenommen. Im Schulgebäude selber werden Geräusche beispielsweise aus Musikräumen, Werkräumen oder aus anderen Schulräumen je nach Lage in die Unterrichtsräume übertragen. Sehr störend wirkt sich der Lärm in den Schulfluren insbesondere bei Unterrichtsbeginn und gegen Unterrichtsende aus.

Daneben erzeugen Schüler und Lehrkräfte im Unterricht auf verschiedenste Arten weitere Geräusche, die als Störgeräusche einzuordnen sind und negativen Einfluss auf das Unterrichtsgeschehen haben. Diese Störgeräusche können hervorgerufen und verstärkt werden durch Mobiliar (Stühle, Tische usw.), durch Böden und Decken wie auch durch Beleuchtung (flackernde bzw. brummende Neonröhren) und die Klassenraumgröße.

Starken Einfluss haben Klassenmanagement, das Sprechverhalten der Lehrkräfte wie auch Unterrichtsformen.

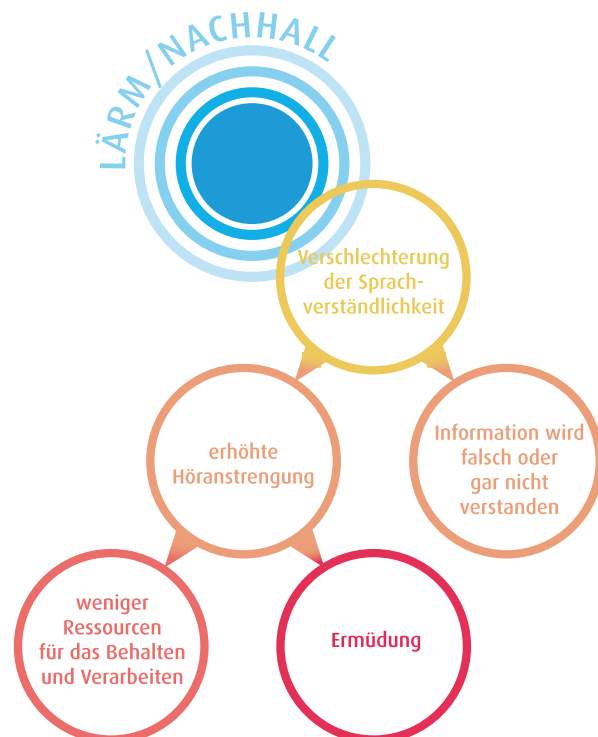
Der Unterricht baut sehr stark auf das Medium der verbal-auditiven Kommunikation. Und dieses Medium wird durch Störgeräusche besonders beeinträchtigt und in seiner Wirkung eingeschränkt.⁶⁾

Durch Lärm und Nachhall verschlechtert sich in Unterrichtsräumen vor allem die Sprachverständlichkeit. Davon betroffen sind vor allem Schüler, die vom Sprecher entfernt sitzen. In der Regel sind die in den

Durch ungünstige Nachhallzeiten werden besonders beeinträchtigt:

- Schüler im Fremdsprachenunterricht
- Schüler, die Deutsch als Zweitsprache lernen
- Schüler mit Konzentrationsstörungen
- Schüler mit Aufmerksamkeitsstörungen
- leistungsschwache Schüler
- Schüler im offenen Unterricht
- Schüler im inklusiven Unterricht

letzten Reihen sitzenden Schüler am häufigsten betroffen. Letztlich leiden aber alle Schüler unter der Verschlechterung der Sprachverständlichkeit, weil sie im Gegensatz zu den Erwachsenen noch nicht die kognitiven Fähigkeiten besitzen, unvollständig Ver-



„Vorzeitiger Verschleiß, u. a. durch den Burnout-Prozess, der mit der Aufgabe des Berufs enden kann, findet u. a. in hoher Lärmexposition eine Erklärung.“

Verfasser der Projektstudie „Lärm in Bildungsstätten – Ursachen und Minderung“⁹⁾

standenes sinnvoll zu ergänzen bzw. wiederzuerkennen. Es kommt vor allem bei Konsonanten zu Wechselungen, weil sie am schwersten zu hören sind.⁷⁾

Geringe Sprachverständlichkeit benachteiligt vor allem beeinträchtigte Schüler, die zum Beispiel eine Lese-Rechtschreibschwäche oder eine Sprach- bzw. Lernbehinderung haben. Für Schüler, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, sind die Benachteiligungen besonders gravierend. Der Unterricht erfordert von den Schülern eine gesteigerte Höranstrengung. Dies wiederum hat zur Folge, dass sie eher ermüden, sich ablenken lassen, zunehmend Desinteresse am Unterricht zeigen, unruhig werden und laut dazwischenreden. Lehrkräfte lassen sich in diesen Situationen oftmals dazu verleiten, durch lautes Sprechen der Geräuschentwicklung gegenzusteuern.

Zum kontinuierlichen Anstieg des Geräuschpegels im Unterricht kann auch der Einsatz von „offenen“ Lehr- und Lern-Szenarien beitragen. So kann der Geräuschpegel einer oder mehrerer Gruppen zum Stör-

geräusch der anderen Gruppen werden. Um sich innerhalb der Gruppen verständigen zu können, sehen sich die Gruppen gezwungen, ihre eigene Lautstärke zu erhöhen. Diese Wechselwirkung führt dazu, dass sich die Lerngruppen übertönen und sich somit der Geräuschpegel innerhalb der Unterrichtszeit stetig vergrößert, obwohl sich die Anzahl der sprechenden Personen nicht erhöht. Dieses Phänomen wird in der Akustik als Lombard-Effekt bezeichnet. Dieses Phänomen tritt nicht nur in offenen Unterrichtsphasen auf. Er ist auch im Frontalunterricht wie auch in der „Stillbeschäftigung“ zu beobachten. Lehrkräfte sind häufig bemüht, gegen den hohen Lärmpegel mit lauter Stimme anzukämpfen.

Lernförderlich für die Sprachverständlichkeit, dies zeigen verschiedenen Studien, sind Maßnahmen, die die Nachhallzeit und die Nachhallintensität verringern, und Verhaltensregeln in der Schule, die wirksam den Lärm und den Geräuschpegel im Schulgebäude wie auch in den Unterrichtsräumen verringern.

Lärmbelastung beeinträchtigt das gesundheitliche Wohlbefinden der Lehrkräfte und Schüler

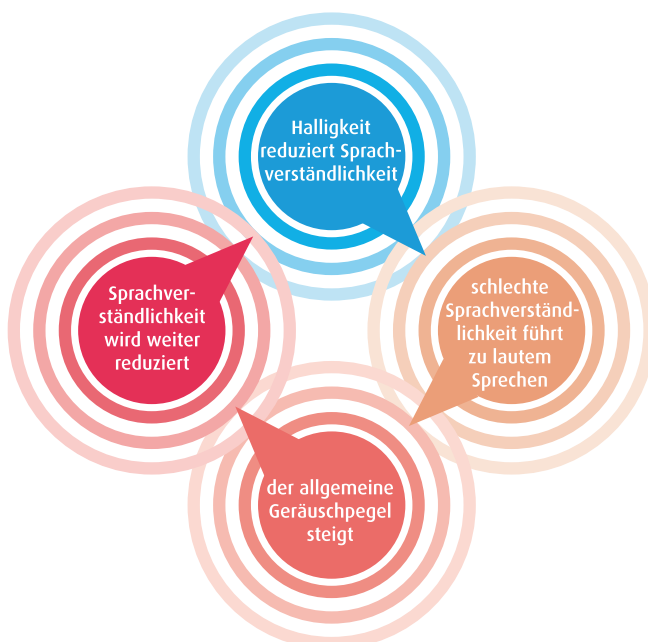
Die Lärmbelastung im Unterricht und den Pausen wird nicht nur, wie aus den Studien zu entnehmen ist, von den rheinland-pfälzischen Lehrkräften als der größte Belastungsfaktor benannt.

Die vorliegenden Studienergebnisse lassen darauf schließen, dass in den vielen Unterrichtsräumen, die raumakustisch keine grundlegenden Verbesserungen erfahren haben, ein „Lärm mittlerer Intensität“ vorherrscht. Der Durchschnittswert hierfür dürfte zwischen 60 und 85 db(A) liegen. Dieser Wert wurde in einer vom Bundesamt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin geförderten Projektstudie „Lärm in Bildungsstätten – Ursachen und Minderung“ ermittelt. Dieser Durchschnittswert, so die Verfasser der o. a. Projektstudie, übersteigt um ein Mehrfaches die Schallintensitäten, die von der Arbeitswissenschaft für Tätigkeiten mit informatorischer Arbeit empfohlen wird.⁸⁾

Die Lärmbelastung von mittlerer Intensität kann für die Lehrkräfte über Jahre schleichend zu gesundheitlichen Problemen führen, wenn keine Maßnahmen zu einer Verbesserung der Raumakustik ergriffen werden. Es ist der Dauerzustand, der zur Stressbelastung führen kann. Kommen andere Belastungs-



Der Lombard-Effekt



„Unser Ohr schläft nie!“

Thomas Myck, Lärmexperte am Umweltbundesamt ¹⁰⁾

„In Finnland sind sie akustisch wesentlich besser!“

Carsten Ruhe, Ingenieur und Akustik-Experte im Experten-Gespräch mit der Rheinischen Post ¹²⁾

faktoren wie z.B. unangemessene Raumluftqualität, Heterogenität der Klassen, Klassenstärken, neue Anforderungen im Unterrichten und im Ganztagsunterricht hinzu, dann trägt die Lärmbelastung gemeinsam mit den anderen Belastungsfaktoren zur Beeinträchtigung des gesundheitlichen Wohlempfindens bei. Schlafstörungen, Konzentrationsschwächen, Erhöhung des Blutdrucks und vermehrte Ausschüttung von Stresshormonen sind häufig benannte Störungen.

Schädigungen des Gehörs oder der Stimmbänder sind dann unausweichlich, wenn die Lärmbelastung auf Dauer zu hoch ist. Von daher ist es wichtig, dass den Lehrkräften während des Schultages genügend Zeit zur Erholung gegeben wird. Die Realität des Schulalltags bietet jedoch nur wenige Erholungsmöglichkeiten. Ruheräume für Lehrer sind an den Schulen kaum vorhanden. Ein Lehrerzimmer kann den Ruheraum nicht bieten, da es von den Lehrkräften intensiv als Arbeitsbereich genutzt werden muss. Auch in den großen Pausen finden die Lehrkräfte kaum Ruhe. Vor allem der Schülerandrang vor den Lehrerzimmern trägt nicht zur Erholung bei.

Sehr starken Belastungen dürfte die Lehrerstimme ausgesetzt sein, wenn ständig gegen den Lärm mit lauter Stimme gearbeitet werden muss. Das Institut für Lehrgesundheit (IfL) weist in dem Geschäftsbericht 2014/15 bei der Darstellung der relevanten Forschungsergebnisse des Berichtszeitraums auf Studien von Richter et al. hin, die deutlich machen, dass nicht nur ältere Lehrer mit (längerer) Berufserfahrung Stimmprobleme haben, sondern auch Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter davon betroffen sind. ¹¹⁾

Jede Lehrkraft muss sich prüfen, welche Eigeninitiative sie aus Eigenschutz im Umgang mit ihrer Stimme ergreift. Lärmpausen im Unterricht haben sich bewährt, den sich aufbauenden Lärmpegel in den Klassen zurückzufahren. Stimmbildungsübungen können ebenfalls als Präventionsmaßnahme dienen.

Lärmbelastung an den Schulen muss angepackt werden!

In den Schulen müssen auch Lehrer und Eltern ihren Beitrag zur Lärminderung leisten. Die gemeinsame Verantwortung für Unterricht und Erziehung nimmt

sie in die Pflicht. Es gibt eine Reihe von Beispielen, die belegen, dass schulinterne pädagogische Maßnahmen zur Lärminderung erfolgreich sind.

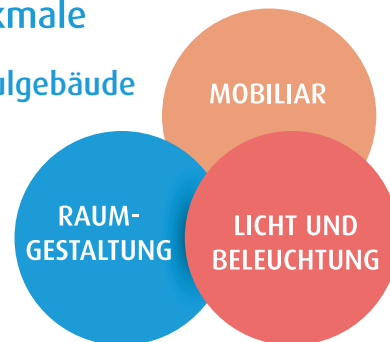
Die größten Probleme bereitet den Schulen die unzureichende Raumakustik. Die Verantwortung liegt hier eindeutig bei der Landesregierung, dem Bildungsministerium und den Schulträgern.

Es ist sicherlich eine Frage des Geldes und auch der Prioritätensetzung, dass Investitionen zur Sanierung von Schulgebäuden in den letzten Jahren zu gering ausfielen. Der Sanierungsbedarf ist in den letzten Jahren gewachsen. Die Gebäude kommen in die Jahre. Die Landesregierung verlässt sich auf die Schulträger. Diesen fehlen allerdings die nötigen Finanzierungsmittel, da den Kommunen immer mehr



Qualitätsmerkmale

... für Schulgebäude



... für den Unterrichtsraum



„Der bauliche Zustand vieler Schulen in Deutschland ist schlicht empörend. Es geht nicht um eine Kleinigkeit. Es geht darum, wie viel Wert Politik und Gesellschaft der Bildung wirklich zumessen.“

SPD-Parteivorsitzender Sigmar Gabriel, Berliner Tagesspiegel am 7. Mai 2016

Aufgaben übertragen wurden. Ein Sanierungsstau ist die bedauerliche Folge. Sanierungen erstrecken sich auf das unbedingt Notwendige. Verbesserungen zur Raumakustik haben dabei keinen hohen Stellenwert.

„Sieht gut aus, aber hört sich schlecht an“¹²⁾, kritisiert der Akustik-Experte Carsten Ruhe die fehlende Wertschätzung raumakustischer Aspekte bei Schulneubau und Schulsanierung.



dB(A)	Geräuschquellen in üblicher Hörentfernung und mögliche gesundheitliche Auswirkungen
0	Hörschwelle
10	Blätterrauschen, normales Atmen
20	Flüstern, ruhiges Zimmer, Rundfunkstudio, ruhiger Garten
30	Nebenstraßengeräusche, Kühlschrankbrummen
40	Leise Unterhaltung
50	Normale Unterhaltung, Zimmerlautstärke, Geschirrspüler
60	Stressgrenze bei konstanter Beschallung
70	Bürolärm, Haushaltslärm
80	Starker Straßenlärm, Staubsauger, Schreien
85	Gehörschutz im gewerblichen Arbeitsbereich vorgeschrieben
88	Umweltfreundliche Rasenmäher
90	Autohupen, LKW-Fahrgeräusch, Schnarchgeräusch
95	Empfohlene Pegelbegrenzung in Diskotheken
100	Motorrad, Kreissäge, Presslufthammer
120	Vuvuzela
125	Mittelwert startendes Flugzeug (zwischen 110 und 140 dB)
130	Schmerzschwelle – Gehörschädigung möglich
140	Gewehrusschuss in Ohrnähe, Raketenstart
150	Akustische Waffe LRAD
190	Innere Verletzungen, Hautverbrennungen, Tod wahrscheinlich
194	Höchstmöglicher Schalldruck

Nach: Lauterstarker Terror – Leben mit Lärm, Quarks und Co.

„Studien, die die Gesundheit von Lehrkräften zu schüler- bzw. unterrichtsbezogenen Outcomes in Beziehung setzen, zeigen, dass Schülerinnen und Schüler davon zu profitieren scheinen, von gesunden Lehrkräften unterrichtet zu werden.“

Institut für Lehrgesundheit (IfL), Gesundheitsbericht 2014/2015

Negativ wirkt sich aus, dass das Bildungsministerium die Schulbaurichtlinien den veränderten Unterrichtsbedingungen nicht angepasst hat. Wenn offene Unterrichtsformen in Unterrichtsräumen durchzuführen sind, die für den klassischen frontalgelenkten Unterricht gebaut wurden, lassen sich bestimmte Probleme mit der Lärmbelastung nicht so einfach lösen. Eine grundlegende Überarbeitung der Schulbaurichtlinien ist nicht erfolgt. Immer noch müssen Unterrichtsräume in der Größe von 50 Quadratmetern genutzt werden. Nach wie vor sind Unterrichtsräume, Fachräume und Lehrerzimmer in der Förderung nur nach Quadratmetern zu bemessen und mit der ADD abzurechnen. Bei Sanierungen und Neubauten sind zusätzliche Ruheräume für Schüler und Lehrkräfte kaum verhandelbar. Die Autoren der Broschüre der Unfallkasse zum gesundheits- und lernfördernden Klassenzimmer konstatieren, dass der in der Fachliteratur für den Schulbau verwendete Planungswert von 2 m² pro Schülerin und Schüler bezogen auf die heutigen Bedürfnisse auf jeden Fall als zu gering einzuschätzen ist.¹³⁾

Dass Schüler selber Lärm machen, ist nicht zu verhindern. Es gilt, den Störlärm so gering wie möglich zu halten. Je mehr Kinder in einer Klasse unterrichtet werden desto höher ist das Grundgeräusch. Klassengröße und Klassenstärke stehen in direkter Abhängigkeit zueinander. Daher ist u. E. die Absenkung der Klassenstärke flexibel gemessen an der Klassenraumgröße vorzunehmen. Der freie Raum ist nach den oben aufgeführten Autoren der Broschüre der Unfallkasse ein Qualitätsfaktor.

Das Institut für Lehrgesundheit hat auf die oben ausgeführten Rückmeldungen der Lehrkräfte zur Lärmbelastung beschlossen, eine Pilotstudie zu „Lärm und Halligkeit in Schulen“ durchzuführen. Aus der Studie, die im vorigen Jahr im Geschäftsbericht 2014/15 angekündigt war und noch nicht ausgewertet ist, sollen Erkenntnisse gewonnen werden, die zu praxistauglichen Empfehlungen hinsichtlich baulich/technischer und organisatorischer Maßnahmen zur Lärmreduktion entwickelt werden.¹⁴⁾

Gegen eine Pilotstudie ist nichts einzuwenden. Verwunderlich ist, dass das Institut für Lehrgesundheit

erst nach Auswertung der Pilotstudie Empfehlungen vorlegen will.

Nicht nachvollziehbar ist auch, dass das Institut nur Grundschulen in die Pilotstudie einbezieht. Sicherlich ist die Lärmbelastung bei den jüngeren Kindern größer; aber das Problem ist mit dem Übertritt in die weiterführenden Schulen nicht beseitigt.

Warum sich das Institut für Lehrgesundheit so schwer tut, Empfehlungen für die Schulen auszusprechen, bleibt rätselhaft. Belastbare Studien zur Lärmbelastungen an Schulen existieren und Empfehlungen zur Lärminderung von den Unfallkassen liegen vor. Helmut Heyse sah sich als Leiter des Projekts Lehrgesundheit durchaus in der Lage, schon 2003 in seiner Expertise allen Beteiligten und Verantwortlichen Maßnahmen zur Lärminderung zu benennen, die heute noch Gültigkeit besitzen dürften.

Den Schulen selbst ist ein Orientierungsrahmenplan zur Schulqualität (ORS) mit dem Auftrag an die Hand gegeben worden, unter Beachtung des Rahmenplans Schulqualität zu sichern bzw. zu entwickeln. Erstaunlich ist, dass der Rahmenplan an keiner Stelle auf den nachweisbaren Einfluss der Lärmbelastung auf Schulqualität eingeht. Hier hätten wir uns mehr schulpädagogischen Sachverstand von den Verfassern des ORS gewünscht.

Lärminderung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Die Lärmbelastung darf nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden. Es besteht Handlungsbedarf. Der Arbeitsplatz Schule muss für Schüler und Lehrkräfte so ausgestaltet werden, dass die Qualität des Unterrichts und die Gesundheit der Beteiligten nicht gefährdet werden. Die Wertschätzung der Politik darf sich nicht in wohlfeilen Formulierungen erschöpfen.

Maßnahmenkatalog des VRB

Der VRB fordert in seinem Maßnahmenkatalog ganz konkrete Empfehlungen zur Lärminderung (siehe Seite 12).



VRB-MASSNAHMEKATALOG zur Lärminderung an Schulen



LÄRM
BELASTUNG

Der VRB fordert:

- ▶ **Landesregierung**
Aufstockung der Mittel für Schulbausanierungen
- ▶ **Bildungsministerium**
Aktualisierung der Schulbaurichtlinien
- ▶ **Schulträger**
Bewertung der schulischen Raumakustik, besonders älterer Schulgebäude
- ▶ **Landeselternbeirat**
Initiativen zur Verringerung der Lärmbelastung an Schulen
- ▶ **Landeschülerbeirat**
Initiativen zur Verringerung der Lärmbelastung an Schulen
- ▶ **Institut für Lehrgesundheit**
Praxisorientierte Empfehlungen zur Lärminderung
- ▶ **Unfallkasse**
Unterstützungsangebote für Schulen
- ▶ **Fortbildungsinstitute**
Angebote zur Stimmbildung
- ▶ **Schulen**
Schulinterne Qualitätsprogramme zur Lärminderung

Eine Verminderung der Lärmbelastung an den Schulen kann aber nur erreicht werden, wenn alle beteiligten Institutionen und Gruppierungen ihren Beitrag leisten. Der Verband Reale Bildung (VRB) wird die weitere Entwicklung am Arbeitsplatz Schule sehr genau verfolgen und als Interessenvertretung der Lehrerinnen und Lehrer immer da, wo es möglich und notwendig ist, Veränderungen bei der Lärmbelastung an Schulen einfordern.



Wertschätzung – Arbeitsplatz – Unterrichtsqualität

Zusammenfassend und übergreifend lässt sich festhalten: Unsere Kolleginnen und Kollegen haben Anspruch auf angemessene Wertschätzung, Anspruch auf einen adäquaten Arbeitsplatz und Anspruch auf Voraussetzungen, die eine optimale Unterrichtsqualität gewährleisten.

Der VRB sieht seine Aufgabe auch darin, diesen Ansprüchen politisch Nachdruck zu verleihen. Dies artikulieren wir in intensiven Gesprächen mit den Parteien und auch mit der Ministerin.



Anmerkungen:

- | | |
|--|--|
| 1) Kristin Raabe: Wenn Lärm krank macht; PDF-Dokument: Lautstarker Terror – Leben mit Lärm; a. a. O. Seite 2 | 8) Schönwälder et. al., a. a. O., Seite 2 |
| 2) a. a. O. | 9) Schönwälder et. al., a. a. O., Seite 13 |
| 3) a. a. O. | 10) siehe 1) |
| 4) a. a. O., Seite 2 | 11) a. a. O., Seite 15 |
| 5) Helmut Heyse, a. a. O., Seite 2 | 12) Rheinische Post: Experten-Gespräch: Lärm in Klassenzimmern senkt Schülerleistung; a.a.O. |
| 6) Schönwälder et. al., a. a. O., Seite 2 | 13) a. a. O., Seite 31 |
| 7) Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e. V. (Hrsg.), a. a. O., Seite 34 | 14) a. a. O., Seite 27 |

Quellen:

- Tiesler, Oberdörster: Lärm in Bildungsstätten, INQUA BAuA 2010 (2) Schönwälder, Berndt, Ströver, Tiesler: Lärm in Bildungsstätten – Ursache und Minderung; Fb 1030 BAuA 2004
- Helmut Heyse: Lärmende Schule?!; Texte zur Lehrer*innen-Gesundheit 2003; www.add.rlp.de/Schulen-und-Kultur/Projekt-Lehrer*innen-Gesundheit/Publikationen-und-Handlungshilfen/
- Raabe, Ringelsiep, Schultes, Tepel: Lautstarker Terror – Leben mit Lärm; www.wdr.de/tv/applications/fernsehen/wissen/quarks/pdf/Q_Laerm.pdf
- Unfallkasse Nordrhein-Westfalen (Herausgeber): Sichere Schule, Gesundheits- & lernförderndes Klassenzimmer
- Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e. V. (Hrsg.): Klasse(n) – Räume für Schulen; Empfehlungen für gesundheits- und lernförderndes Klassenzimmer; BG/GUV-SI 8094 2012
- Landesamt für Gesundheit und Soziales des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern, Abteilung Gesundheit (Hrsg.): Leitfaden zur Raumakustik in Unterrichts- und Gruppenräumen, Anleitung zur DIN 18041 „Hörsamkeit in kleinen bis mittelgroßen Räumen“ von Mai 2004
- Ministerium für Umwelt (Hrsg.) in Abstimmung mit Ministerium für Bildung, Familie, Frauen und Kultur des Bundeslandes Saarland: Merkblatt zur Raumakustik; Stand 2009
- Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Bundeslandes Baden-Württemberg: Schüllärm; www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/39309/
- Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (Hrsg.): Lärminderung in Schulen, Heft 4 der Reihe Lärmschutz in Hessen, 2. Auflage 2007
- Umweltbundesamt: Gehörschäden und Stressreaktionen; www.umwelt-im-unterricht.de/hintergrund/laerm-und-laermschutz
- Rheinische Post (RPOnline): Experten-Gespräch: Lärm in Klassenzimmern senkt Schülerleistung; www.rp-online.de/leben/gesundheit/news/laerm-in-klassenzimmern-senkt-schuelerleistung-aid-1.3074522
- Institut für Lehrer*innen-Gesundheit am Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin (Hrsg.): Gesundheitsbericht der Lehrkräfte und Pädagogischen Fachkräfte in Rheinland-Pfalz; Schwerpunkt: Förderschulen 2011/2012
- o. Hrsg.: Gesundheitsbericht der Lehrkräfte und Pädagogischen Fachkräfte in Rheinland-Pfalz; Schwerpunkt: Infektionsschutzbelehrung 2012/2013
- o. Hrsg.: Gesundheitsbericht über die staatlich Bediensteten im Schulbereich in Rheinland-Pfalz; Schwerpunkttheft: Arbeitsunfälle 2013/14
- o. Hrsg.: Gesundheitsbericht über die staatlich Bediensteten im Schulbereich in Rheinland-Pfalz; Fokus: Schwerpunktgrundschulen 2014/15



Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



► FUNDSACHE

Der beste Abschluss ist der höchste Abschluss. Oder?

Im Zeichen von Akademisierungswahn und Fachkräftemangel ist die Diskussion um den Wert des Abiturs voll entbrannt. Der Forderung der OECD nach einer Hochschulreifequote von mindestens 70 % stehen die Rufe der Wirtschaft nach qualifizierten Bewerbern für eine Duale Ausbildung gegenüber. Wir zitieren dazu aus einem umfangreichen Beitrag der Hannoverschen Allgemeinen:

„Die allgemeine Hochschulreife ist mittlerweile für viele Eltern und Schüler eine Selbstverständlichkeit geworden. Das Abitur wird zur Massware.

Kinder haben ganz selbstverständlich auf die Hochschulreife zuzusteuern. Alles andere wäre ein Ausdruck des Scheiterns, nicht nur fürs Kind, auch für die Eltern. Real- oder gar Hauptschulabschluss sind kein Thema. Wir leben schließlich in einer Zeit, in der schon Neugeborene Strampelgeschenke bekommen, auf denen ‚Abi 2035‘ steht, in der Zehnjährige bereits in der Grund-

schule darüber diskutieren, ob sie nach dem Abi lieber nach New York oder Neuseeland fahren wollen.

Wer heute bei Elterngesprächen genauer hinhört, merkt schnell: Es geht meist gar nicht mehr darum, dass die Kinder das Abitur überhaupt schaffen. Es geht darum, wie gut sie abschneiden. Das Abitur an sich? Es ist wenig wert, wenn die Note nicht stimmt. Die Note ist der Gradmesser für – fast – alles, nicht zuletzt für den Numerus clausus, den viele Universitäten in Deutschland für die begehrtesten Studiengänge vorgeben. Und tatsächlich bestehen immer mehr Schüler die Reifeprüfung mit der Traumnote 1,0.

„Das Abitur nicht zu haben, das ist heutzutage das Besondere“, sagt Rainer Bölling, Bildungsforscher und Autor des Buches: ‚Kleine Geschichte des Abiturs‘. Da ist es kein Wunder, dass das vermeintlich ganz selbstverständlich zu meisternde Abitur der begehrteste Schulab-



Fotos: www.fotolia.de

schluss in Deutschland ist, das Gymnasium die beliebteste Schulform. Vor 40 Jahren ging nicht mal ein Zehntel eines Jahrgangs dorthin. In größeren Städten schließen heute 51 Prozent eines Jahrgangs mit der allgemeinen Hochschulreife ab. ...

Zurzeit ... streben viel zu viele Jugendliche an die Universitäten – egal, ob sie dafür geeignet sind oder nicht. Noch vor wenigen Jahren absolvierte jeder zweite Schulabgänger in Deutschland eine Ausbildung, heute ist es nur noch jeder vierte. Natürlich wollen Eltern den besten Schulabschluss für ihr Kind. Aber: Der höchste ist nicht unbedingt der beste. Viele Wege führen zu einem erfüllenden Berufsleben. Das Abitur muss da nicht zur Selbstverständlichkeit werden.“

HrIQuelle: „Hannoversche Allgemeine“ vom 30. April 2016



Foto: 123rf.com

► STATISTISCHE LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ GIBT BEKANNT: Neuer Tiefststand der Zahl der Auszubildenden

Im Jahr 2015 schlossen in Rheinland-Pfalz 25.722 junge Männer und Frauen im Rahmen einer Dualen Berufsausbildung einen neuen Ausbildungsvertrag ab. Wie das Statistische Landesamt nach vorläufiger Auswertung mitteilt, waren das 672 Neuabschlüsse weniger als im Vorjahr (minus 2,5 Prozent).

In den vergangenen 30 Jahren ist die Anzahl der Auszubildenden in Rheinland-Pfalz um mehr als 43.600 gesunken und hat mit insgesamt 67.017 Auszubildenden im Jahr 2015 einen neuen Tiefststand erreicht. Die rückläufigen Zahlen der Auszubildenden und der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge begründen sich im Wesentlichen mit dem anhaltenden Trend der Höherqualifizierung, also der zunehmenden Tendenz junger Menschen, einen akademischen Bildungsabschluss anzustreben.

Die meisten Neuabschlüsse gab es in den Industrie- und Handelsberufen

(14.469) sowie im Handwerk (7.641). Während die Industrie- und Handelskammern (minus vier Prozent) und die Handwerkskammern (minus zwei Prozent) rückläufige Zahlen bei den Neuabschlüssen meldeten, haben in der Landwirtschaft und im öffentlichen Dienst die Zahlen der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zugenommen.

Sechs von zehn neuen Ausbildungsverträgen wurden von Männern abgeschlossen, in handwerklichen und landwirtschaftlichen Berufen beinahe acht von zehn. Auch in den rund 270 Ausbildungsberufen der Industrie- und Handelskammern haben mehr Männer (62 Prozent) als Frauen einen neuen Ausbildungsvertrag unterschrieben. In den Freien Berufen (93 Prozent), der Hauswirtschaft (87 Prozent) und im Öffentlichen Dienst (57 Prozent) waren hingegen die jungen Frauen in der Mehrheit.

HrIQuelle: Pressemitteilung des StaLA vom 7. April 2016

► INTERVIEW:

„Kinder sollten auf Schulen gehen, die zu ihnen passen.“

VRB im Gespräch mit Ministerin Dr. Stefanie Hubig



Bernd Karst (li.) und Wolfgang Wünschel im Gespräch mit Ministerin Dr. Stefanie Hubig. Den zum Teil widerstreitenden Interessen gerecht zu werden, betrachtet sie als eine große Herausforderung.

Seit Mai ist sie Bildungsministerin in der rheinland-pfälzischen Landesregierung. Für eine erste Bilanz, einen Blick auf ihre Ziele im neuen Amt sowie Erinnerungen an ihre eigene Schulzeit steht Dr. Stefanie Hubig unserer Zeitschrift in einem Interview zur Verfügung. Ihre Gesprächspartner sind Wolfgang Wünschel und Bernd Karst.

RBIRP: Was reizt Sie an Ihrer neuen Aufgabe?

Dr. Hubig: Ich habe immer politisch gedacht, mich aber als Fachbeamtin und nicht als Politikerin gesehen, auch zuvor als Amtschefin im Bundesjustizministerium. In meiner neuen Position bin ich Politikerin. Politik heißt „gestalten“. Eine Ministerin muss gestalten. Ich sehe mich in der Linie meiner Vorgängerinnen Doris Ahnen und Vera Reiß, aber auch in der Verantwortung der Zukunftsgestaltung vor dem Hintergrund der sich verändernden Lebensverhältnisse. Das empfinde ich als unglaublich spannend.

- *„Sie haben sich als Juristin vorzugsweise mit der Vergangenheit der Menschen beschäftigt, als künftige Bildungsministerin werden Sie sich vor allem um die Zukunft der Menschen kümmern.“*

RBIRP: Schule steht oft im Spannungsfeld zwischen Pädagogik und Recht. Welche Beziehung hat eine Juristin zur Pädagogik?

Dr. Hubig: Jura hat viel damit zu tun, Regeln zu lernen, Regeln zu kennen, unterschiedliche Interessen in Einklang zu bringen und dem Einzelnen gerecht zu werden. Dieses Prinzip ist auch auf die Pädagogik übertragbar. In der Pädagogik kann man im Vergleich zur Justiz zu einem früheren Zeitpunkt Einfluss nehmen. Anlässlich meiner Verabschiedung aus dem Bundesjustizministerium sagte ein Kollege treffend: „Sie haben sich als Juristin vorzugsweise mit der Vergangenheit der Menschen beschäftigt, als künftige Bildungsministerin werden Sie sich vor allem um die Zukunft der Menschen kümmern.“

RBIRP: Worin sehen Sie als Bildungsministerin die größte Herausforderung?

Dr. Hubig: Die Aufgaben sind gewaltig, die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel sind hingegen begrenzt. Den zum Teil widerstreitenden Interessen gerecht zu werden, das betrachte ich als eine große Herausforderung. Die schulische Qualitätssicherung und die volle Unterrichtsversorgung müssen gewährleistet sein. Im Übrigen stelle ich fest, dass das Bildungsministerium eine unvergleichbare Themenbreite und Thementiefe besitzt. Mir begegnen im Land sehr motivierte, engagierte Menschen – im Ministerium, in den Schulen und Kitas. Das macht es mir einfach, die vielfältigen Aufgaben anzugehen und gemeinsam zu gestalten.

- ▶ *Die Realschule plus benötigt kein künstliches Label. Sie besitzt ein vielseitiges Profil und bietet zahlreiche aufstiegsorientierte Bildungsabschlüsse.*

RBIRP: Im Koalitionsvertrag hat die Realschule plus einen hervorgehobenen Stellenwert erhalten. Wie wollen Sie diesem in der Umsetzung gerecht werden?

Dr. Hubig: Wir starten eine Informationskampagne. Nicht zu verwechseln mit einer „Image“-Kampagne. Die Realschule plus benötigt kein künstliches Label. Sie besitzt ein vielseitiges Profil und bietet den Absolventinnen und Absolventen zahlreiche aufstiegsorientierte Bildungsabschlüsse. Wir wollen ihre Vorzüge noch bekannter machen. Als neue Schulart ist sie noch nicht ausreichend im Bewusstsein der Bevölkerung verankert. Das Wissen um die Möglichkeiten, die die Realschule plus bietet, ist eine Voraussetzung für die Akzeptanz. Hier werden wir ansetzen.

RBIRP: Die Landesregierung beabsichtigt im Schulbereich 310 Stellen einzusparen. Das ist kein schöner Start für eine Ministerin.

Dr. Hubig: Um die Schuldenbremse einzuhalten und den Haushalt für künftige Generationen zu konsolidieren, muss auch das Bildungsministerium einen Beitrag leisten. Neben Stelleneinsparungen im Ministerium wird geprüft, ob im Schulsystem bestimmte Strukturen noch zeitgemäß sind und Ressourcen effektiv eingesetzt werden. Es sind Stelleneinsparungen, welche die Unterrichtsversorgung nicht gefährden. Sie ergeben sich unter anderem aus der Schließung kleinster Systeme, die auf Dauer nicht überlebensfähig sind, und sind über fünf Jahre zu erbringen.

RBIRP: Es wäre kein hilfreiches Signal, wenn die Informationskampagne mit einer „Schul-Schließungswelle“ verbunden würde.

- ▶ *Schularten sind nicht gleichartig, aber gleichwertig und alle gleichermaßen wichtig.*

Dr. Hubig: Unsere Absicht ist eine Stärkung der Realschule plus unter Berücksichtigung der behutsam anzuwendenden „Leitlinien für ein wohnortnahes Angebot an Realschulen plus“. Die Erstellung vergleichbarer Leitlinien ist auch für den Bereich der Grundschulen in Bearbeitung, und wir wollen sie bald mit den



Zur Person: Dr. Stefanie Hubig

*Stefanie Hubig (*1968) machte 1988 Abitur, studierte in Regensburg Rechtswissenschaften und legte 1995 das zweite Juristische Staatsexamen ab. Sie war danach vier Jahre lang als Staatsanwältin und dann als Richterin in Ingolstadt tätig.*

Im Jahr 2000 wechselte sie in das Bundesjustizministerium. 2008 zog Dr. Hubig nach Mainz. Hier war sie zunächst in der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei, dann im Justizministerium tätig. 2014 folgte sie erneut dem Ruf nach Berlin und arbeitete dort als Staatssekretärin und Amtschefin im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Rheinland-pfälzische Bildungsministerin ist sie seit dem 18. Mai 2016.

Woran ihr liegt, machte die Ministerin im Rahmen des Interviews deutlich: Lehrerinnen und Lehrer könnten von ihrer Offenheit, Wertschätzung und Verlässlichkeit erwarten. Für sie und auch für die Schülerinnen und Schüler möchte sie Rahmenbedingungen schaffen, in denen Lernen gelingen kann. Eine gute Unterrichtsversorgung habe oberste Priorität.

Die Ministerin kann zuhören. Bevor sie sich eine Meinung bildet, will sie die Fakten kennen. Sie wünscht sich, den Menschen gerecht zu werden und ihre Aufgabe gut zu bewältigen.

Beteiligten diskutieren. Schularten sind nicht gleichartig, aber gleichwertig und alle gleichermaßen wichtig. So werden wir an der Realschule plus, zunächst an den großen Schulen, den didaktischen Koordinator einführen. Wir wollen infolge der vielen neuen Aufgaben die Schulleitungen an der Realschule plus entlasten.

RBIRP: Mit der Fachoberschule an ausgewählten Standorten hat die Realschule plus generell an Attraktivität gewonnen. Wie beurteilen Sie als Ministerin, die an der Schulstrukturveränderung persönlich nicht beteiligt war, diese Entwicklung?

Dr. Hubig: Die Fachoberschule ist eine Schule der Region. Sie bietet Aufstiegsorientierung. Davon profitieren alle umliegenden Realschulen plus. Auch Schülerinnen und Schüler der Integrierten Gesamtschule oder des Gymnasiums finden mit diesem FOS-Angebot eine attraktive Oberstufen-Alternative. Die Weiterentwicklung, wie zum Beispiel das Fachrichtungsangebot, wird standortbezogen zu überprüfen sein. Grundsätzlich finde ich, dass Kinder und Jugendliche auf Schulen gehen sollten, die zu ihnen passen. Das rheinland-pfälzische Schulsystem hält eine Vielzahl an individuell passenden Optionen bereit.

- ▶ *Ich habe als Kind meine ältere Schwester sehr beneidet, dass sie bereits in die Schule gehen durfte und ich selbst noch nicht.*

RBIRP: Nach den Sommerferien beobachten wir, dass die meisten Kinder sich wieder auf den Schulbeginn freuen. Sind Sie, direkt gefragt, eigentlich gerne in die Schule gegangen, und hatten Sie irgendwelche Lieblingsfächer?

Dr. Hubig: Ich bin von Beginn an gerne in die Schule gegangen und habe als kleines Kind meine fünf Jahre ältere Schwester sehr beneidet, dass sie bereits in die Schule gehen durfte und ich selbst noch nicht. Wenn Sie nach Hause kam, habe ich mich neben sie gesetzt und wollte mit ihr zusammen Hausaufgaben machen. Später als Schülerin begeisterte ich mich für Sprachen, besonders für Latein und Deutsch, aber auch für Geschichte und Sozialkunde. Mit Chemie konnte ich mich nicht so sehr anfreunden. Dieses Defizit bedauere ich noch heute. Physik hingegen fand ich spannend. Ich setze mich, wie Sie wissen, gezielt für „MINT“-Fächer ein und dafür, dass Jungen und Mädchen sich gleichermaßen dafür begeistern.

RBIRP: Gibt es einen Lehrer oder eine Lehrerin, dem bzw. der Sie eine Weichenstellung verdanken?

Dr. Hubig: Willi Maurer! Dieser Lateinlehrer hat mit humanistischer Geisteshaltung und ohne Druck seinen Schülerinnen und Schülern die Türen zur Welt und Lebenswirklichkeit aufgestoßen. Die Grenzen zwischen Schule und Leben waren bei ihm fließend.

RBIRP: Wir bedanken uns für das Gespräch.

RBiRP gab Satzanfänge vor, die die Ministerin folgendermaßen vervollständigte:

„Ein guter Lehrer, eine gute Lehrerin sollte...

- ▶ *... begeistert für Bildung sein und Begeisterung für Bildung bei Schülerinnen und Schülern wecken.“*

„Die Realschule plus besitzt ein attraktives Profil, weil...

- ▶ *... sie so vielfältige Profile und Perspektiven bietet.“*

„Schule kann Eltern nicht ersetzen. Ich wünsche mir, ...

- ▶ *... dass Eltern und Lehrkräfte eine Bildungspartnerschaft pflegen, die sich am Kindeswohl orientiert.“*

„Wenn ich einen Wunsch frei hätte, ...

- ▶ *... würde ich gerne noch mehr in Bildung investieren; eine Milliarde würde zunächst reichen, zwei Milliarden wären noch besser.“*



Bernd Karst
bernd.karst@vrb-rlp.de



Wolfgang Wünschel
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

► VRB IM GESPRÄCH MIT DER SPD-LANDTAGSFRAKTION:

Realschule plus stärken: Den Worten müssen nun Taten folgen



Gesprächsteilnehmer von links nach rechts: Wilfried Rausch, Christoph Krier, Timo Lichtenthaler, MdL Bettina Brück (Bildungspolitische Sprecherin), Erwin Schneider, MdL Giorgina Kazungu-Haß, MdL Astrid Schmitt (Stv. Fraktionsvorsitzende), MdL Johannes Klomann (Hochschul- und Forschungspolitischer Sprecher), Michael Eich

Zu einer ersten Beratungsrunde mit Bildungspolitikern der neu gewählten SPD-Fraktion trafen VRB-Vorstandsmitglieder in Mainz zusammen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Themen Stärkung der Realschule plus, Inklusion, Sprachförderung, Lehrerversorgung und Digitale Bildung. In den Vordergrund gerückt wurde darüber hinaus die VRB-Forderung, die Altersteilzeit fortzuschreiben. Ein Signal der Landesregierung dazu sei überfällig.

Landesvorsitzender Timo Lichtenthaler anerkannte, dass der Koalitionsvertrag an prominenter Stelle Bildungsinvestitionen und die Stärkung der Realschule plus als Ziel angebe: „Es reicht aber nicht aus, die Realschule plus als tragende Säule des Bildungssystems zu sehen, die ihren Anteil an der künftigen Fachkräftesicherung leisten sollte. Es ist auch eine aktive und vielfältige Unterstützung bei der Ressourcenzuweisung erforderlich.“

Informationskampagne ist wichtiger Punkt

Die VRB-Vertreter begrüßten die Ankündigung einer Informationskampagne und die Ausweitung der Funktionsstellen. Bettina Brück hob die geplante Informationskampagne „als ganz wichtigen Punkt“ hervor. Einen gemeinsamen Ansatz sieht man in der Grundschule, um

dort stärker als bisher die Vielfältigkeit der Realschule plus vorzustellen. In Verbindung damit stellt sich auch die Frage nach einer Harmonisierung der Anmeldetermine für die Klassenstufe fünf. Im Blick behalten will man auch die Forderung, bei der Schulwechsel-Datenübergabe die Informationsinteressen der Schulen einerseits und der Eltern andererseits auszubalancieren.

Einigkeit bestand in der Einschätzung, dass in der Schulpolitik Kontinuität und Stärkungsideen, auch hinsichtlich der Dualen Ausbildung sowie der Einbeziehung von Handwerk und Industrie, gefragt sind. Wilfried Rausch forderte von der Politik, die enormen Entwicklungsleistungen der Realschule plus offensiv zu vertreten und der Versuchung zu widerstehen, Forderungen nach schulstrukturellen

Veränderungen aufzugreifen. „Die Inhalte müssen stimmen“, betonte Michael Eich. „Es geht darum, dass die Schülerinnen und Schüler der Realschule plus die für sie passenden Abschlüsse erreichen. Dazu gehören unter anderem auch Förderkonzepte für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler, die nach der Mittleren Reife entweder das Fachabitur oder das Abitur anstreben.“

Belastungen aus Inklusion und Integration ernst nehmen

Proteste, die sich in anderen Bundesländern in jüngster Zeit gegen Fehlentwicklungen Bahn brechen, zeigen, dass man die Belastungen aus Integration und Inklusion ernst nehmen muss. Bei der Inklusion ist für den VRB entscheidend, dass jedem Kind ein individueller Weg ermöglicht wird. Dazu gehört auch die Wahl einer Förderschule. Erwin Schneider begrüßte in diesem Zusammenhang, dass in den Schwerpunktschulen nunmehr die Einbindung von Förderschul-Lehrkräften durch Versetzungen angegangen werde. „Das begünstigt die Effizienz der Betreuungsteams.“ Darüber hinaus müsse sich hinsichtlich der Stundenzuweisungen etwas verändern, um der stetigen Überforderung entgegenzuwirken.

Christoph Krier wies mit Blick auf die Integration und Betreuung vor allem unbegleiteter Flüchtlingskinder auf zusätzlich erforderliches Betreuungspersonal hin. Auch sei der Eindruck entstanden, dass die bis zum Frühjahr übliche monatliche Bedarfsabfrage nicht mehr erfolge. Das verhindere das von Ministerin Reiß zugesagte flexible Nachjustieren durch die ADD.

Einvernehmen bestand in der Einschätzung, Schulen müssten auf aktuelle Entwicklungen adäquat reagieren können.

Botschaften zur Einstellungspolitik

Drei „Botschaften“ des VRB formulierte Timo Lichtenthäler beim Austausch über die Einstellungspolitik. Es gehe dem Verband darum,

- Vertretungslehrkräfte rasch in feste Beschäftigungsverhältnisse zu überführen,
- an den Schulen eine geeignete Vertretungsreserve zu installieren,
- in Anerkennung der schulischen Belastungen die sog. Drittelpauschale auf eine „Vollpauschale“ aufzustocken.

Die VRB-Vertreter zeigen abschließend die Bedeutung der „digitalen Bildung“ für eine moderne Schulart auf: Die bisherige Ausstattung reicht bei den meisten Schulen nicht aus. Sie sollte auch nicht abhängig sein von der Finanzkraft der Schulträger. Auch die Wartung der Geräte ist unzureichend geregelt. Wenn Hardware funktionieren soll, dann braucht es solide Regelungen.

Fotos: Wü



Es wurde vereinbart, den konstruktiv-kritischen Austausch kontinuierlich fortzusetzen. Beim nächsten Termin stehen die Beratungen zum kommenden Haushalt an.

► VRB-LANDESHAUPTVORSTAND:

Weichenstellung in den Sommerferien

Traditionell kommt der Landeshauptvorstand in der letzten Woche der Sommerferien zusammen. In diesem Jahr richtete der Bezirk Neustadt die zweitägige Arbeitssitzung aus und wählte hierfür Gensingen als Tagungsort. Das Treffen stand im Zeichen der zu erwartenden schul- und bildungspolitischen Auseinandersetzungen mit der neuen Landesregierung sowie der Rahmenbedingungen des neuen Schuljahres. Inhaltliche Themenschwerpunkte für die Stärkung der Realen Bildung in Rheinland-Pfalz wurden gesetzt. In Arbeitsgruppen tauschten sich die Vertreter aus den Bezirken Trier, Koblenz und Neustadt aus. Die Weichen für die Verbandsarbeit der kommenden Monate wurden gestellt.



Der Landeshauptvorstand ist das wichtigste Beschlussgremium zwischen den Hauptversammlungen. Er setzt auf „Wertschätzung, Arbeitsplatz und Unterrichtsqualität“ als Koordinaten der Verbandsarbeit.

Priorität für Reale Bildung: Reale Bildung ist attraktiv, denn sie öffnet zahlreiche Wege und Alternativen. Die schulische und berufliche Laufbahn ist daher nicht einseitig festgelegt, sondern abhängig von Begabung, Interessen, Leistung und Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler. Das Schulsystem in Rheinland-Pfalz muss diese Durchlässigkeit gewährleisten und erhöhen. Die Erfahrungen mit der neuen Schulstruktur zeigen, dass die Reale Bildung sowohl für die Realschule plus als auch für die Integrierte Gesamtschule weiter ausgebaut werden muss. Hier setzt der VRB als Interessenverband seinen schul- und verbandspolitischen Schwerpunkt.



Impuls des Landesvorsitzenden Timo Lichtenthäler: Unsere Koordinaten sind „Wertschätzung, Arbeitsplatz und Unterrichtsqualität“

VRB-Koordinaten: Bestimmend für die Arbeit in der Schule und für die Interessenvertretung durch den

VRB sind die Koordinaten „Wertschätzung, Arbeitsplatz und Unterrichtsqualität“: Nur, wenn der Arbeitsplatz Schule adäquate Rahmenbedingungen hat und die Beschäftigten in den Schulen eine Wertschätzung ihrer Arbeit erfahren, kann die für eine gute Ausbildung der Schülerinnen und Schüler nötige Unterrichtsqualität erreicht werden.

Fachkongress 2017: Eine Arbeitsgruppe wurde von der Versammlung autorisiert, den Fachkongress 2017 vorzubereiten. Sie wird die Digitalisierung von Schule in den Mittelpunkt der Tagung stellen. Der Fachkongress findet am 16. März 2017 in Ingelheim statt. Für das Impulsreferat ist bereits Dr. Hubert Zitt mit dem Thema: „Star Trek: Wie aus technischen Visionen Realität wurde“ angedacht.

Priorität für Reale Bildung: Der VRB erwartet an den Realschulen plus und an den Integrierten Gesamtschulen zum Schuljahresbeginn von der Landesregierung konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der schulischen Rahmenbedingungen. Die im Koalitionsvertrag an hervorgehobener Stelle angekündigte Stärkung der Realschule plus darf keine leere politische Absichtserklärung bleiben. Die Realschule plus soll sich zu einer attraktiven Alternative zum Gymnasium weiterentwickeln.

Professionelle Unterstützung: Das Bildungsministerium

stellt hohe Ansprüche an die Schulen und an die Lehrkräfte. Es übersieht dabei, dass antiquierte Ausgangsbedingungen keine Zukunftsentwicklungen einleiten können. Klassenhöchstzahlen von 30 Schülern an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen widersprechen jeder vernünftig begründeten Pädagogik. In einer zunehmend differenzierten Gesellschaft muss jedes Kind die Chance auf eine individuelle Förderung erhalten. Eine solche gelingt nur bei ausreichender Personalzuweisung. Die schulische Alltagserfahrung zeigt, dass die erzieherische Arbeit mittlerweile ein höheres Zeitbudget einfordert als das eigentliche Unterrichten. Die Lehrkräfte erwarten daher professionelle Unterstützung durch Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter. Diese fehlt bislang auch im neuen Schuljahr.

Priorität für Bildung: Deutliche Signale der Landesregierung zur Verbesserung der Unterrichtssituation sind auch zum Schuljahresbeginn 2016 kaum erkennbar. Bildung ist das wertvollste Gut, das Kindern vermittelt werden kann. Bildung muss in der Landesregierung eine höhere Priorität erhalten. Angesichts der Erwartung, dass der kommende Haushalt ein Sparhaushalt zu werden verspricht, werden die kommenden Monate kein schulpolitischer Spaziergang.



In den kommenden Monaten wird die Auseinandersetzung mit den Sparplänen der Landesregierung kein schulpolitischer Spaziergang. In Arbeitsgruppen wurden die wichtigsten Themen und Strategien diskutiert.

Fotos: Karin Berneburg,
Wolfgang Wünschel



Die Stimmung ist gut. Die Koordinaten stimmen: Eine Stadtführung durch Bingen zum Abschluss des ersten Tages endete auf der Aussichtsterrasse von Burg Klopp.

► REALE BILDUNG IN DEUTSCHLAND:

Landesverbände stellen sich in Dithmarschen für die Zukunft auf

Vertreter aus Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen trafen sich auf Einladung des Bundesvorstandes Anfang Juni in St. Michaelisdom, um über die strategische Ausrichtung des Bundesvorstandes zu diskutieren. Organisiert wurde das Treffen vom schleswig-holsteinischen Landesverband IVL (Interessenvertretung der Lehrkräfte).



Den Teilnehmern – darunter auch Benjamin Bajraktari aus Rheinland-Pfalz (6.v.li.) – wurde die Möglichkeit geboten, sich vor Ort über das Schulsystem zu informieren. Der Besuch einer Gemeinschaftsschule am Hamberg in Burg gab aufschlussreiche Eindrücke über die Schulart, deren Zielsetzungen und Lösungsstrategien in der Bewältigung des Schulalltags.

Die überwiegend jungen Funktionsträger widmeten sich schwerpunktmäßig den schul-, standes- und berufspolitischen Zielen des Bundesvorstandes. Die Landesvertreter artikulierten deutlich ihre Erwartungen bezüglich der Verbandsarbeit: Klares Bekenntnis zu einem differenzierten Schulwesen, Einsatz für eine Leistungs- und Begabungsorientierung und Festhalten an der Professionalisierung des Lehrerberufs.

Moderiert wurde die Tagung von Grete Rhenius, Jürgen Böhm und Anton Huber. Alle drei sagten zu, die von den Mitgliedern erarbeiteten Positionen im wissenschaftlichen

Beirat des VDR und im geschäftsführenden Bundesvorstand zur Diskussion zu stellen.

Abgerundet wurde die arbeits- und diskussionsintensive Tagung durch ein regional geprägtes Rahmenprogramm: ein heimatgeschichtlicher Vortrag des IVL-Bezirksvorsitzenden Johannes Willer.

Foto: Karl-Heinz Kaden



Benjamin Bajraktari
benjamin.bajraktari
@vrb-rlp.de

► VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 16. JULI 2016

VRB fordert Lehrerbedarfsprognose für Rheinland-Pfalz

Der aktuelle Stand der Lehrerzuweisung an den 184 Realschulen plus in RLP entspricht nicht dem tatsächlichen pädagogischen Bedarf. Der Verband Reale Bildung (VRB) fordert für jede Realschule plus eine zusätzliche Planstelle, damit diese Schulart ihre hohen Ansprüche mit Beginn des neuen Schuljahres tatsächlich umsetzen kann.

Die Landesregierung hatte vor den Wahlen eingeräumt, „dass unsere Schulen in den nächsten Jahren mehr Ressourcen brauchen werden“ (Ministerin Vera Reiss) und folgerichtig nach den Wahlen im Koalitionsvertrag eine besondere Stärkung der Realschule plus festgeschrieben. „Von dieser Ankündigung spüren die Schulen bislang nichts“, erklärt VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler. Der Verband Reale Bildung vermisst zudem eine konkrete Prognose zum Lehrerbedarf an den rheinland-pfälzischen Schulen. Eine solche Prognose gebe auch den künftigen Studienanfängern eine Orientierungshilfe bei der bevorstehenden Berufswahlentscheidung. Die Prognosen dürften nicht nur die Geburtenzahlen einbeziehen, die erfreulicherweise gestiegen sind. „Sie müssen auch Annahmen einbeziehen,

wie Pensionierungszahlen, Schulwahlentscheidungen der Eltern oder die weitere Entwicklung der Zuwanderung von Flüchtlingen und Migranten. Mit Hilfe dieser Zahlen lassen sich Kriterien für den künftigen Lehrerbedarf ableiten“, so der VRB.

Vor den Toren der Realschule plus, die von der Landesregierung als tragende Säule des rheinland-pfälzischen Bildungssystems geschätzt werde, stehen zahlreiche Lehrkräfte, die auf eine Anstellung warten. „Holt diese Lehrerinnen und Lehrer von der Straße und schickt sie in die Schule!“, appelliert Lichtenthäler an das Bildungsministerium.

Zum Hintergrund: Reale Bildung ist attraktiv, denn sie öffnet zahlreiche Wege und Alternativen. Die schulische und berufliche Laufbahn ist daher nicht einseitig festgelegt, sondern abhängig von Begabung, Interessen, Leistung und Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler. Das Schulsystem in Rheinland-Pfalz muss diese Durchlässigkeit gewährleisten und erhöhen.

Die Erfahrungen mit der neuen Schulstruktur zeigen, dass die Reale Bildung sowohl für die Realschule plus als auch für die Integrierte Gesamtschule weiter ausgebaut werden muss. Hier setzt der VRB als Interessenverband seinen schul- und verbandspolitischen Schwerpunkt.

► VRB-PRESSEMITTEILUNG ZUM SCHULJAHRESSTART 2016

VRB fordert Priorität für reale Bildung

Die Lehrkräfte an den Realschulen plus und an den Integrierten Gesamtschulen erwarten zum Schuljahresbeginn von der Landesregierung konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der schulischen Rahmenbedingungen. Die im Koalitionsvertrag an hervorgehobener Stelle angekündigte Stärkung der Realschule plus darf keine leere politische Absichtserklärung bleiben. Die Realschule plus muss sich zu einer attraktiven Alternative zum Gymnasium weiterentwickeln. Die Realschule plus muss zunehmend für die Eltern die erste Wahl bei der Schullaufbahneempfehlung werden. Wirtschaft und Gesellschaft benötigen aufstiegsmotiviertere junge Menschen, die sowohl als spätere Fachkräfte den Weg über die praktische Berufsausbildung als auch den akademischen Weg über ein Studium wählen. Beiden Perspektiven trägt die Realschule plus erfolgreich Rechnung.

Die Möglichkeit, an Standorten der Realschule plus das Fachabitur zu erwerben, ist für viele Eltern ein zentrales Entscheidungsmotiv. Die Fachoberschulen an den Realschulen plus müssen daher gestärkt werden. Sie sind Schulen der Region und bieten somit allen benachbarten Schulen und Schularten nach der „Mittleren Reife“ einen weiteren Aufstieg bis hin zum Studium an allen Fachhochschulen in Deutschland. Die bestehenden Fachrichtungen an den Realschulen plus müssen daher ergänzt

werden. „Monostandorte“, die sich zum Beispiel ausschließlich auf die Fachrichtung „Technische Informatik“ oder „Metalltechnik“ konzentrieren, erwarten eine Angebotserweiterung. Das gilt vielerorts auch für den Bereich „Gesundheit“. Diese Fachbereiche haben sozial- und wirtschaftspolitisch höchste Priorität. Sie lenken genau in jene Berufsbereiche, auf die Deutschland unverzichtbar angewiesen ist. Sie bildungspolitisch zu vernachlässigen, bedeutet eine Gefährdung der Zukunftsversorgung im

Bereich Gesundheitswesen und Naturwissenschaften.

Das Bildungsministerium stellt hohe Ansprüche an die Schulen und an die Lehrkräfte. Es übersieht dabei, dass antiquierte Ausgangsbedingungen keine Zukunftsentwicklungen einleiten können. Klassenhöchstzahlen von 30 Schülern an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen widersprechen jeder vernünftig begründeten Pädagogik. In einer zunehmend differenzierten Gesellschaft muss jedes Kind die Chance auf eine individuelle Förderung erhalten. Eine solche gelingt nur bei ausreichender Personalzuweisung.

Der aktuelle Stand der Lehrerzuweisung an den 184 Realschulen plus in RLP entspricht nicht dem tatsächlichen pädagogischen Bedarf. Der Verband Reale Bildung fordert daher für jede Realschule plus eine zusätzliche Planstelle, damit diese Schulart ihre hohen Ansprüche im neuen Schuljahr tatsächlich umsetzen kann. Die schuli-

sche Alltagserfahrung zeigt, dass die erzieherische Arbeit mittlerweile ein höheres Zeitbudget einfordert als das eigentliche Unterrichten. Die Lehrkräfte erwarten daher professionelle Unterstützung durch Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter. Diese fehlt auch im neuen Schuljahr.

Deutliche Signale der Landesregierung zur Verbesserung der Unterrichtssituation an den Realschulen plus und an den Integrierten Gesamtschulen sind auch zum Schuljahresbeginn 2016 kaum erkennbar. Der VRB begrüßt die kurzfristige Schaffung von 22 Stellen für Didaktische Koordinatorinnen und Koordinatoren. Diese ermöglicht aber lediglich einer kleinen Anzahl an Realschulen plus eine moderate Unterstützung. Bildung ist bekanntlich das wertvollste Gut, das Kindern vermittelt werden kann. Bildung muss in der Landesregierung eine höhere Priorität erhalten, fordert VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler.

Schule in Rheinland-Pfalz

Pinnwand

► RISKANTE STRESSBEWÄLTIGUNG Gefährliche „Legal Highs“

Vor allem Jugendliche sind die Zielgruppe für den Verkauf von sogenannten „Legal Highs“, psychoaktive Substanzen, die als legaler Ersatz für verbotene Drogen im Internet angepriesen werden. Anlässlich des aktuellen Berichts von jugendschutz.net warnen das rheinland-pfälzische Jugendministerium und die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) vor den Gefahren der Substanzen.

Vertrieben werden diese im Internet ganz offen von speziellen Online-Shops, die leicht über die üblichen Suchmaschinen erreichbar sind. Besonders in Sozialen Netzwerken werden die Produkte beworben und sogar kostenlose Proben angeboten, dabei ködern die Verkäufer gezielt Jugendliche mit einer entsprechenden Aufmachung ihrer Produkte: die gesundheitsschädlichen Substanzen tragen coole Name wie

„Unicorn Magic Dust“ oder „Beach Party“ und versprechen Hilfe bei der Alltags- und Stressbewältigung. Die rheinland-pfälzische Jugendstaatssekretärin Dr. Christiane Rohleder kritisiert dieses Verhalten scharf: „Es ist unverantwortlich, wenn Jugendliche gezielt mit gefährlichen Substanzen geködert werden.“ Denn: „Der Konsum der Stoffe birgt hohe Gesundheitsrisiken und kann sogar zum Tod führen.“ In diesem Zusammenhang lobte sie die Bemühungen von jugendschutz.net, dafür zu sorgen, dass Angebote dieser Art aus dem Netz verschwinden. Auch wolle der Bund mit einem neuen Gesetz gegen die Verbreitung neuer Rauschmittel vorgehen.

Auch Andreas Fischer, Vorsitzender der KJM, warnt ausdrücklich vor der Verbreitung von „Legal Highs“: „Wenn Jugendliche im Internet



Foto: 123rf.com

zum Drogenkonsum animiert und die negativen Folgen verharmlost oder verschwiegen werden, kann die Entwicklung dieser Jugendlichen schwer gefährdet werden.“ jugendschutz.net leistet hier wichtige Arbeit, im vergangenen Jahr wurden über 30.000 Websites, Apps und Social Web-Beiträge hinsichtlich jugendgefährdender Inhalte überprüft. In den häufigsten Fällen bezogen sich die Verstöße auf Pornografie, die Darstellung der sexuellen Ausbeutung von Kindern, Jugendgefährdungen und politischen Extremismus.

Zusammengefasst gilt: „Junge Nutzer dürfen mit Risiken im Netz nicht allein gelassen werden.“

wü

► LANDESELTERNTAG:

Ministerin Hubig hat „nichts Schlimmes vor“

Bekennnis zum differenzierten Bildungswesen auf dem 16. Landeselterntag in Bingen

Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig strebt keinen Richtungswechsel an. „Ich habe nichts Schlimmes vor!“, versicherte sie den zahlreichen Besuchern des 16. Landeselterntages, den der Landeselternbeirat an der Rochus-Realschule plus Bingen mit Fachoberschule veranstaltete. Sie bekenne sich ausdrücklich zum differenzierten Schulsystem, „weil es sich als hervorragend bewährt hat“.

Die Realschule plus besitze einen besonderen Stellenwert und sei deshalb auch im Koalitionsvertrag der Landesregierung explizit hervorgehoben, erklärte die vom Bundesjustizministerium in das Mainzer Bildungsministerium gewechselte SPD-Politikerin. Die Realschule plus zeichne sich durch „Durchlässigkeit und Aufstiegsorientierung“ aus. Mit einer Informationskampagne werde sie darauf hinwirken, dass die 2009 eingeführte Schulart eine noch stärkere Publizität und Akzeptanz gewinnt. Ministerin Hubig kündigte die Bereitstellung von zunächst 48 Funktionsstellen an, um die Schulleitungen an den Realschulen plus durch Didaktische Koordinatorinnen und Koordinatoren zu entlasten. Außerdem werde ein zweiter Studientag eingeführt, der dazu beitragen soll, die Weiterentwicklung der Realschule plus zusätzlich zu fördern.

Der Vorsitzende des Landeselternbeirates, Dr. Thorsten Ralle, forderte in einem anschließenden Podiumsgespräch mit Bildungsstaatssekretär Hans Beckmann eine bessere Unterrichtsversorgung an den Schulen in Rheinland-Pfalz ein. Beckmann verwies auf das transparente System der Personalversorgung und kündigte an, dass den Schulen bei Personalentscheidungen künftig eine stärkere Eigenverantwortung eingeräumt werde. Befürchtete Einsparungen schloss der Staatssekretär aus. Die Forderung des LEB nach einer generellen „Doppelbesetzung des Unterrichts“ sei aus finanziellen Gründen nicht realisierbar, so Beckmann. Allein an den Grundschulen gebe es 7.200 Klassen. Eine Doppelbesetzung erfordere die entsprechende Anzahl an zusätzlichen Lehrerstellen, was ein Volumen von über 300 Millionen Euro beanspruchen würde. Auch eine wie vom LEB geforderte Personalversorgung von 100 plus 10 Prozent sei an den Schulen weder praktikabel noch finanziell durchsetzbar. Hinsichtlich der Schulsozialarbeit kündigte der Staatssekretär einen personellen Ausbau an. Landeselternbeirat und Ministerium unterstrichen abschließend, dass eine an den Schulen praktizierte Bildungspartnerschaft zwischen Eltern und Lehrern entscheidend zum Wohl des Kindes beitrage.



v.l.n.r.: Bernd Karst (VRB), Dr. Thorsten Ralle (LEB-Vorsitzender), Heidi Becker (VRB), Dr. Stefanie Hubig (Bildungsministerin), Timo Lichtenthäler (VRB-Landesvorsitzender), Martin Radigk (VRB).

In 13 Foren diskutierten am Nachmittag Elternvertreter, Verbände und Experten der Schulaufsicht über Medienkompetenz, Sprachförderung, Berufs- und Studienorientierung, Elternmitwirkung sowie über schulartspezifische Profile.

Den VRB repräsentierten auf dem Landeselterntag: Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler sowie Heidi Becker, Martin Radigk und Bernd Karst.

Foto: Christian Tulli



Bernd Karst
bernd.karst@vrb-rlp.de

Neuer Landeselternbeirat konstituiert

Der 17. Landeselternbeirat (LEB) hat sich im September 2016 konstituiert. Dr. Thorsten Ralle wurde als Landeselternsprecher wiedergewählt. Der Vertreter der Gymnasien im Schulaufsichtsbezirk Neustadt ist Vater von drei Kindern und selbstständiger Berater. Ebenfalls wiedergewählt wurde sein erster Stellvertreter Markus Meier. Der Schulleiter einer Realschule plus ist Vater von zwei Kindern. Der LEB berät das Bildungsministerium (BM) bei der Gestaltung der Schulpolitik. Gleich bei der Konstituierung nahm er die Forderungen des Vorgängergremiums auf und forderte 110%ige Unterrichtsversorgung und gute Unterrichtsqualität.

Der VRB-Landesvorstand hat gratuliert, Kooperation und ein Gespräch angeboten.

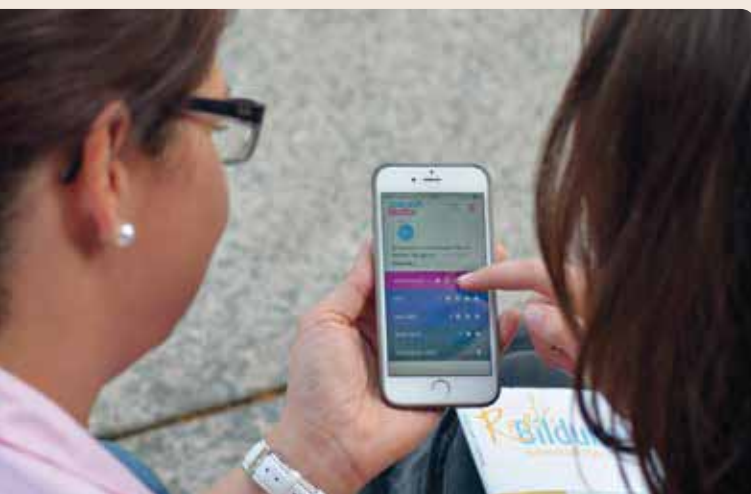
► BERUFS- UND STUDIENORIENTIERUNG GEHT NEUE WEGE:

Kompetent in eigener Sache – Zukunft läuft

Als Teil der Informationskampagne des Bildungsministeriums zur Berufs- und Studienorientierung „Kompetent in eigener Sache – Zukunft läuft“ wurde eine App entwickelt, die Jugendlichen hilft, sich mit der persönlichen Berufsplanung auseinanderzusetzen. Im folgenden Beitrag stellen wir die App vor, interviewen Herbert Petri, den Leiter der BM-Stabsstelle Berufsorientierung und Fachkräftesicherung und begleiten Schülerin Laura Weitzel bei einer Erfolgsgeschichte. Besonderheit: Laura ist das Patenkind der Verfasserin und hat diese schon frühzeitig auf das App-Projekt neugierig gemacht.



Saskia Zimmermann im Gespräch mit Laura Weitzel: „Ich finde die App klasse. Sie ist ein guter Einstieg, um die eigenen Interessensbereiche abzuchecken. Es ist gut, dass keine konkreten Berufe, sondern Berufsgruppen vorgestellt werden. So ist man offener und kann sich in einem breiten Spektrum informieren...“



„... Die App ist auf dem Smartphone immer dabei. Dadurch kann man einfach von unterwegs mit seinen Freunden immer wieder darauf zurückgreifen. Denn die eigenen Freunde oder Eltern sehen einen mit anderen Augen und können helfen, die eigenen Stärken und Interessen herauszufinden.“

Lädt man sich die App auf sein Smartphone herunter, wird man unkompliziert durch ein Menü mit verschiedenen Aussagen zu den eigenen Interessensbereichen geleitet. Dabei gilt es, diese Aussagen gemäß der persönlichen Interessen und Fähigkeiten (z.B.: Es macht mir Spaß, etwas zu organisieren) zu bewerten. Die App wertet die Angaben aus und erstellt auf deren Basis ein individuelles Interessenprofil. Weiterhin stellt sie dem Nutzer in diesem Zusammenhang Informationen zu Berufsgruppen zur Verfügung, die dem Profil entsprechen. Dabei nimmt das Programm gleichermaßen Bezug auf Ausbildungsberufe und Studiengänge. Die App lädt also Jugendliche dazu ein, sich aktiv mit den eigenen Interessen zu befassen und eine Neigungsliste zu erstellen. Dass man dabei in vier Levels vom Anfänger zum Experten aufsteigen kann, motiviert zusätzlich. Das persönliche Profil kann zudem auch durch das Speichern von Praktikumsdaten ergänzt werden. Im Anschluss an ein Praktikum bietet die „Zukunft läuft“-App eine Erinnerungsfunktion, die zur Aktualisierung des Interessenprofils basierend auf den gewonnenen Erkenntnissen auffordert. Zudem wird auf weiterführende nützliche Anlaufstellen rund um Ausbildung, Studium und Arbeitsleben sowie auf Lehrstellen- und Jobbörsen hingewiesen. Für anstehende Beratungsgespräche können alle gesammelten Daten aus der App heraus per E-Mail versendet werden.

Nach Testphase durch Schülerinnen und Schüler folgt Optimierung

Noch vor der Veröffentlichung des Programms durfte Laura Weitzel, Schülerin des Frauenlob-Gymnasiums in Mainz, zusammen mit ihrem Kurs die App testen. Dabei erstellten sie viele verschiedene Profile und sammelten dadurch Erfahrungswerte, die die 15-jährige Schülerin auf einer Konferenz dem Ministerium und der Presse vorstellte. Neben den vielen Vorzügen dieses interaktiven Fragebogens konnte sie auch feststellen, dass sich noch viele Punkte zu ähnlich waren, woraufhin der Fragenkatalog optimiert wurde.

Bildungsministerium gewinnt Deutschen Onlinekommunikationspreis

Mit dieser App übernahm das Bildungsministerium bundesweit eine Pionierfunktion und wurde deshalb auch im Juni mit dem Deutschen Preis für Onlinekommunikation ausgezeichnet.

Herbert Petri, Leiter der Stabsstelle Berufsorientierung und Fachkräftesicherung, begründet den Erfolg so: „Die App ist im Vergleich zu anderen Berufswahl-Apps innovativ, weil sie über

einen integrierten Interessencheck verfügt. Dieser schlägt keine konkreten Berufe vor, sondern erstellt aus persönlichen Stärken und Neigungen ein Interessengebiet und informiert über entsprechende Ausbildungs- und Studiemöglichkeiten in diesem Gebiet. Die App möchte die Schülerinnen und Schüler anregen, sich mit der eigenen Zukunftsplanung auseinanderzusetzen. Dabei bietet sie gleichermaßen Informationen zu dualer Ausbildung und Studium.“

Erfahrungen sind gefragt

Die Praxiserprobung der App steht noch aus. RBiRP ist an Rückmeldungen aus den Schulen interessiert. Sofern sich daraus interessante Aspekte ableiten lassen, nehmen wir uns der Thematik erneut an.

Link: www.zukunft-laeuft.de

Diese QR-Codes führen direkt in die App-Stores für iOS- (li.) und Android-Geräte (re.) zum Download der neuen App:



In einem Kurzinterview befragte RBiRP Herbert Petri (Stabsstelle Berufsorientierung und Fachkräftesicherung im BM) zur Eignung der APP in Schule und Unterricht:

RBiRP: Warum würden Sie die App an Jugendliche weiterempfehlen?

Herbert Petri: Die App richtet sich an die Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulen im Land und ergänzt die Informationen, die sie und ihre Eltern im Rahmen der „Tage der Berufs- und Studienorientierung“ erhalten.

Im Gegensatz zu den bisher auf dem Markt befindlichen Apps zur Berufs- und Studienorientierung ermöglicht die „Zukunft läuft“-App einen Einstieg in die persönliche Orientierung, die nicht direkt Berufe oder Studiengänge aufdrängt, sondern vielmehr die Botschaft vermittelt: Schau mal nach deinen Interessen, du erhältst dann Vorschläge, was zu dir passen könnte. Auch die Möglichkeit mehrere Level durchlaufen zu können, kommt bei den Schülerinnen und Schülern sehr gut an. Nach der Durchführung eines Praktikums steigt man beispielsweise zum Experten auf.

RBiRP: Können Sie auch eine Empfehlung im Umgang mit der App an die Kolleginnen und Kollegen geben?

Herbert Petri: Die App unterstützt in idealer Weise die Vor- und Nachbereitung des Tages der „Berufs- und Studienorientierung“ an Schulen oder von Praktika. Daher sollte sie vorgestellt und auch mit Schülerinnen und Schülern besprochen werden. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass Eltern ein großes Interesse an der App haben, weil sie darin eine gute Chance sehen, ihre Kinder in deren Zukunftsplanung zu unterstützen.

Insbesondere Schulen, die in ihrer Beratungsstruktur Schüler-



Laura Weitzel (2.v.r.) durfte den Preis für herausragende Leistungen der digitalen Kommunikation in der Kategorie „Kampagne von Institutionen“ zusammen mit Vertretern des Ministeriums in Berlin entgegennehmen. „Wir haben uns alle wahnsinnig gefreut. Es gab starke Mitbewerber wie die Tagesschau oder den Bundesverband von Bündnis 90/ Die Grünen.“ Mit ihr freuten sich (v.l.n.r.): Herbert Petri (BM RLP), Nicole Schleder (BM RLP), Melanie Motz (MTO Tübingen), Jens Köhler (Init Mainz) und Uwe Noack (Frauenlob-Gymnasium MZ)

Eltern-Lehrer-Gespräche fest verankert haben, können von der APP profitieren. Da die Schülerinnen und Schüler ab der achten Klasse bewerbungsrelevante Zeugnisse in den Händen halten, ist eine Beratung bezüglich des Schulabschlusses und der weiteren Zukunftsplanung am Ende der achten Klasse unerlässlich. Diese Intention, gekoppelt mit einer in integrativen Systemen ohnehin zu erstellenden Prognose über die zu diesem Zeitpunkt möglichen Abschlüsse, kann eine gute Basis für eine gemeinsame Zielvereinbarung sein. Dabei bietet sich die Chance, sowohl denjenigen Kindern unterstützend zur Seite zu stehen, die noch keine berufliche Perspektive entwickelt haben, dies aber angesichts eines bevorstehenden Schulabschlusses besonders schnell tun müssen, ebenso wie den Schülerinnen und Schülern zu helfen, die sich bereits möglicherweise sehr einseitig auf einen schulischen Weg konzentrieren und hierdurch noch keine alternativen Ideen für eine Zukunftsplanung entwickelt haben.

Fotos: privat und Anna Moormann



► BERATUNG UND UNTERSTÜTZUNG:

Den Blick schärfen für religiöse Radikalisierung



An der Universität Siegen sollen angehende Lehrer und Sozialarbeiter besser auf religiöse Radikalisierung ihrer Schüler vorbereitet werden, indem sie mit Experten Fragestellungen nachgehen wie etwa: „Warum radikalisiert sich Schüler?“ oder „Woran können Lehrkräfte erkennen, dass ein Schüler sich radikalisiert?“ und nicht zuletzt „Was können sie tun, wenn sie befürchten, ein Schüler könnte sich radikalisiert haben?“

Rheinland-Pfalz versucht, einen ähnlichen Weg zu gehen. Dieser basiert auf den Grundsätzen Prävention und Intervention und hat zum Ziel, sowohl Betroffene, ihre Angehörigen und Freunde zu beraten sowie Ausstiegshilfen anzubieten, als auch der Radikalisierung junger Menschen vorzubeugen.

„Die Ursachen einer Radikalisierung sind vielfältig, der Prozess selbst läuft oft schleichend und weitgehend im Verborgenen ab. Die Belastung für die Angehörigen ist enorm und der Ausstieg sehr schwer. Wir wollen in dieser schwierigen Situation beraten, Alternativen aufzeigen und die Betroffenen aktiv dabei unterstützen, zum Extremismus ‚Nein‘ zu sagen“, erklärte Jugendministerin Anne Spiegel bei einer Pressekonferenz Ende August.

Im März nahm die Beratungsstelle „Salam“ in Trägerschaft des Instituts für Bildung und Integration, INBI, in Mainz die Arbeit auf. Beim Landesjugendamt ist die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus angesiedelt, die sich seit dem Frühjahr nun auch um das Thema Islamismus-Prävention kümmert und die derzeit ein Präventionskonzept für die Praxis entwickelt.

Das Konzept wurde unter Federführung des Jugendministeriums unter Mitwirkung des Innenministeriums, des Bildungsministeriums, des Sozialministeriums und des Justizministeriums sowie des Landesjugendamtes entwickelt und ist vonseiten des Landes mit 291.000 Euro im Jahr ausgestattet. Dazu kommen Bundesmittel in Höhe von jährlich insgesamt 190.000 Euro.

Das Pädagogische Landesinstitut (PL) hat die Schulen Ende Juli in einem Schreiben auf „Salam“ hingewiesen und Flyer zur Verfügung gestellt.



► HAUPTPERSONALRAT GYMNASIEN VERABSCHIEDET SEINEN VORSITZENDEN:

Josef Zeimentz: „Ich habe alles gerne gemacht.“

Um Josef Zeimentz' „unermüdlichen Kampf für die gute Sache“ zu illustrieren, griff Cornelia Schwartz, die Vorsitzende des Philologenverbandes, in ihrer Laudatio auf das Heldenepos Beowulf zurück. „Den Blick, unsere Verbandszeitschrift, hat er mit aus der Taufe gehoben und die Redaktion über 30 Jahre alleine geleitet. Zwanzig Jahre lang war Josef Zeimentz zuständig für die Pressearbeit des Philologenverbandes. Unzählige Presseerklärungen gehen auf sein Konto. Gekämpft hat er jahrzehntelang auch als Personalrat: als örtlicher Personalrat, als Bezirkspersonalrat und im Hauptpersonalrat Gymnasien und Kollegs.“

Zeimentz blickte in seiner Rückschau entspannt auf ein abwechslungsreiches Berufsleben zurück: „Ich habe alles sehr gerne gemacht, sowohl in der Schule als auch in den verschiedenen Personalvertretungen und beim Philologenverband.“ Für ihn war es immer wichtig, bei allen Tätigkeiten außerhalb der Schule die gesunde Bodenhaftung nicht zu verlieren.

Der scheidende HPR-Vorsitzende zeigte sich besorgt, dass viele junge Kolleginnen und Kollegen – nach einem langen Studium und erfolgreicher Referendarausbildung – zunehmend vor verschlossenen Schultüren stehen. Er sieht die Landesregierung gegenüber diesen jungen Leuten in einer besonderen Verantwortung, Lösungswege zu entwickeln. „Die Arbeit der Personalräte und der Berufsvertretungen wird auch in Zukunft von besonderer Wichtigkeit sein, damit das Gestalten von Lösungswegen vorankommt.“

Text und Foto: Wü



Bildunterschrift: Timo Lichtenthäler und Bernd Karst wünschen Josef Zeimentz (Mitte) alles Gute für seinen neuen Lebensabschnitt. Sie beschreiben ihn als zupackenden und verlässlichen Partner in vielen gemeinsamen bildungspolitischen Initiativen.

► HAUPTPERSONALRAT BBS VERABSCHIEDET ULRICH BRENKEN:

Er bezog auch andere Standpunkte ein

Ulrich Brenken, der Vorsitzende des Hauptpersonalrates Berufsbildende Schulen, wechselte zum Schuljahresende in den Ruhestand. In seinem Grußwort für die dbb-Lehrerverbände beschrieb ihn Karl-Heinz Fuß als Energiebündel, dessen Herz für die berufliche Bildung schlägt.

Die Kolleginnen und Kollegen der dbb-Verbände schätzten an Brenken die Fähigkeit und den Willen, das Ganze zu sehen und somit auch für einen Ausgleich innerhalb der Gruppierungen zu sorgen. „Er hörte stets aufmerksam zu, bezog andere Standpunkte in seine Überlegungen ein und unterbreitete meist konstruktive Vorschläge, die weiterbrachten.“ Unser Archivfoto zeigt (von links) Ulrich Brenken, Josef Zeimentz und Cornelia Schwartz (PhV), Karl-Heinz Fuß (vlw) und Timo Lichtenthäler (VRB).

Text und Foto: Wü



► WECHSEL IN DEN RUHESTAND: VRB IM GESPRÄCH MIT THOMAS HIRSCH:

„Die Schule war mein zentrales Thema!“

Thomas Hirsch, der langjährige Leiter des Referates „Realschule plus“ bei der Koblenzer ADD-Außenstelle Schulaufsicht, ist in den Ruhestand gewechselt. RBiRP sprach mit ihm über Erfahrungen, Entwicklungen, Erinnerungen, Motive und Visionen. Die Realschule plus lag und liegt ihm am Herzen. Ihren Lehrkräften spricht er seine Anerkennung aus.



Bengjamin Bajraktari, Nicole Weiß-Urbach und Eva Wilhelmus (von links) erlebten in Ihrem Gespräch mit Thomas Hirsch einen „Mutmacher“, der sich beeindruckt davon zeigte, was in den letzten Jahren an den Realschulen plus an Entwicklungsarbeit bewältigt wurde. „Die Schulen haben sich den Änderungen in ihrer Arbeit gestellt und konsequent und zielstrebig ihre Schulart weiterentwickelt.“

RBiRP: Herr Hirsch, Sie wechseln nach über 40 Dienstjahren in den Ruhestand. Wie sieht Ihr persönlicher Rückblick in diesen Tagen des Abschieds aus? Was bleibt von Ihrer Erinnerung als Realschullehrer, Schulleiter und Referent bei der Schulaufsicht?

Ich hatte noch nicht viel Zeit, um zurückzublicken. Im letzten Jahr war es aufgrund der Umstrukturierung im Referat sehr hektisch, aber in den letzten zwei Wochen ist es etwas ruhiger geworden. Ich habe hier sehr gerne gearbeitet, war aber auch mit Herzblut Lehrer. Die Schüler haben mir in den letzten Jahren sehr gefehlt, auch wenn ich interessante Menschen kennen gelernt und viele gute Erfahrungen gemacht habe. Alles in allem bin ich zufrieden und gehe ohne Bedauern; mir werden aber sehr die Menschen fehlen, mit denen ich zusammengearbeitet habe.

Ich hatte nicht vor, so viele Jahre bei der Schulaufsicht zu arbeiten. Zuerst war ich Konrektor, dann wurde ich Schulleiter und irgendwann merkte ich, dass ich

etwas anderes ausprobieren wollte. Dabei war aber die Schule stets mein zentrales Thema, und ich wollte auch unbedingt wieder in die Schule zurück. Dann kam die Schulstrukturreform und innerhalb von zwei Jahren waren unter anderem viele (120) Schulleiterstellen zu besetzen. Da konnte ich das Referat nicht verlassen, zumal meine beiden Kollegen im Realschulreferat zur gleichen Zeit in den Ruhestand eingetreten sind.

► *„Alles in allem denke ich, dass die Schulstrukturreform inzwischen von den meisten Betroffenen akzeptiert wird.“*

RBiRP: Sie haben sich für den Lehrerberuf entschieden! Warum? Welche Fächer haben Sie studiert?

(lächelt) Ich wollte damals unbedingt das Lehramt für Realschulen studieren, um möglichst schnell fertig zu werden, weil meine damalige Freundin und heutige Frau und ich heiraten wollten. Deshalb habe ich mich dafür entschieden, in Mainz die Fächer Deutsch und Erdkunde zu studieren, und wir haben dann unmittelbar nach dem 1. Staatsexamen geheiratet. Ich habe auch die Lehrbefähigung für das Fach Sozialkunde erworben.

RBiRP: Sie haben als Schulleiter der Anne-Frank-Realschule in Montabaur sehr erfolgreich gewirkt. Sie wurden sehr emotional von der Schulgemeinschaft verabschiedet! Was hat sie bewegt, eine Schulleitertätigkeit zu übernehmen?

Als „Zauberlehrling“ hatte ich im Schuljahr 1984/85 die Möglichkeit, Verwaltungsabläufe in Schulverwaltung und auch Schulleitungsaufgaben kennenzulernen. Im Anschluss an diese Tätigkeit habe ich mich erfolgreich um die Funktionsstelle eines Konrektors in Neuwied beworben.

Irgendwann wurde ich gefragt, ob ich mir vorstellen

könne, Schulleiter in Montabaur zu werden. Der Gedanke gefiel mir, weil ich eine enge Beziehung zur Schulstadt Montabaur hatte; denn zum einen war ich früher selbst Schüler des Aufbaugymnasiums und zum anderen hatte meine Frau dort ihre erste Stelle.

Ich erinnere mich noch daran, dass ich sehr schnell nach Koblenz an die damalige Bezirksregierung wechselte. Die gesamte Schule hatte kurz nach meinem Wechsel einen Schiffsausflug unternommen, und ich habe mich dann mit einem großen Transparent, auf dem „Hirsch grüßt die Anne-Frank-Realschule“ stand, ans Koblenzer Ufer gestellt. Ich war dann froh, dass das Schiff nicht gekentert ist, als alle auf eine Seite rannten.

RBIRP: Das Tätigkeitsprofil eines Schulleiters hat sich in den letzten Jahren gewandelt. Wie sehen Sie den Tätigkeitsbereich eines Schulleiters heute – auch im Vergleich zu Ihrer Schulleitertätigkeit? Welche Unterstützungsmaßnahmen vom Ministerium würden Sie sich für die Schulleiter wünschen?

Das „Handwerkliche“, beispielweise die Erstellung des Stundenplans, die Kommunikation mit den Menschen, also die erforderlichen Grundfähigkeiten sind natürlich gleich geblieben, aber die Anforderungen an einen Schulleiter haben sich schon geändert. Das veränderte Schülerklientel, die Lehrerausbildung, die Schulstrukturreform, um einige Beispiele zu nennen, haben gewaltige Umwälzungen mit sich gebracht.

Vom Ministerium würde ich mir eine Ausweitung des Stellenkegels in der Schulleitung wünschen; hier sehe ich die Realschule (plus) im Vergleich zu vergleichbaren Schularten noch sehr unterversorgt. Ganz dringenden Bedarf sehe ich auch in der Ausstattung der Schulleitungen mit gut ausgebildeten Verwaltungsfachleuten, die sie bei ihren komplexen Aufgaben entlasten.

RBIRP: Sie sind in die Schulaufsicht gewechselt! Was hat sie dazu bewogen? Wie sehen Sie im Rückblick Ihre Tätigkeit in der Schulaufsicht?

Ich wollte mich weiter fortbilden und war in gewisser Hinsicht neugierig auf ein neues Tätigkeitsfeld, in das ich während meiner Zeit als „Zauberlehrling“ Einblicke nehmen konnte. Als Zauberlehrling konnte ich meine Kompetenzen aus der Schule in die Bezirksregierung mitbringen. Ich hatte viele Kontakte knüpfen können, und die Arbeit in der Schulaufsicht machte mir Spaß.

Meine Tätigkeit bei der Schulaufsicht war rückblickend sehr vielfältig und interessant. Ich habe viele Menschen kennengelernt und werde die Zusammenarbeit mit ihnen sehr vermissen.

An dieser Stelle möchte ich die Arbeit der Lehrkräfte an den Schulen und deren pädagogisch verantwortungsvolles Handeln hervorheben. Insbesondere die Notengebung erfolgt sehr verantwortungsvoll. Ich habe in all den Jahren nicht ein einziges Mal erlebt, dass eine Note von Lehrkräften in meinem Verantwortungsbereich vor Gericht geändert werden musste. Dass man über die eine oder andere Note auch einmal diskutieren muss, ist klar; aber die große Mehrheit macht das sehr gut.

RBIRP: Auch für Sie war die Schulstrukturänderung mit der Einführung der Realschule plus eine enorme Herausforderung. Als ADD-Referent hatten Sie sehr viel Entwicklungsarbeit und Überzeugungsarbeit an den Schulen zu leisten. Wie bewerten Sie die Entwicklungsarbeit der Schulen damals? Wo steht die Realschule plus heute? Findet die Realschule plus die Wertschätzung und Anerkennung vor allem der Eltern?

Vor der Reform haben die Schulen beachtliche Entwicklungsarbeit geleistet und schulinterne Qualitätsprogramme aufgestellt. Eine wichtige Erkenntnis dieser Entwicklungsarbeit war, sich auf zwei bis drei wesentliche Schwerpunkte in der Qualitätsarbeit zu konzentrieren. Gravierende Änderungen in dieser Entwicklungsarbeit traten durch die Einführung der AQS und die Schulstrukturreform ein. Im Gefolge dieser Änderungen gab es viel Unruhe an den Schulen.

Für mich war es damals wie für viele eine große emotionale Belastung, auch eine Art Trauer, als ich von der Schulstrukturreform erfahren habe, aber inzwischen weiß ich, dass man Veränderungen annehmen und aus Situationen das Beste machen muss; denn man gewinnt dadurch auch Vieles.

Insgesamt hätte ich mir bei der Einführung der neuen Schulart einen stringenteren Rahmen gewünscht.

Ich kann aber sagen, dass ich stolz darauf bin, was an den Realschulen plus an Entwicklungsarbeit geschaffen wurde. Die Schulen haben sich den Änderungen in ihrer Arbeit gestellt und konsequent und zielstrebig ihre Schulart weiterentwickelt.

Keine Schulform kümmert sich so intensiv und ausdrücklich um ihre Schüler und geht auf jedes einzelne Kind ein. Das wäre vielleicht zu Zeiten der Realschule in dieser Form nicht möglich gewesen. Das wird sehr deutlich am großen Engagement der Lehrkräfte in den Realschulen plus um die Flüchtlingskinder.

Ich habe aber auch den Eindruck und sogar handfeste Hinweise, dass die Wertschätzung gegenüber der eigenen Schulart nicht bei allen Kolleginnen oder Kollegen an Realschulen plus vorhanden ist. Dabei ist es wichtig, dass man von seiner Schule und auch von

seiner Schulform überzeugt ist und voll und ganz dahinter steht. Man muss schließlich das eigene System auch in der Öffentlichkeit vertreten; denn wir leisten gute Arbeit und sind auf einem ebenso guten Weg. Die Stärken der Realschule plus, z.B. die Fachoberschule und die Berufsorientierung, müssen stärker nach außen transportiert werden.

RS plus und FOS genießen und gewinnen immer mehr Anerkennung in der Gesellschaft, und dies

macht sich an vielen Standorten durch wieder wachsende Schülerzahlen bemerkbar.

► „Ich empfehle den Realschulen plus, ihre gute Arbeit noch stärker nach außen zu kommunizieren.“

RBIRP: Die Fachoberschule wurde als „Herzstück“ der Realschule plus bei der Umsetzung der Reform bezeichnet. Wie hat sich die FOS aus Ihrer Sicht entwickelt?

Die FOS ist eine fantastische Schulform, hat sich jedoch regional unterschiedlich gut entwickelt. Zu Anfang erlebten wir hohe Skepsis seitens der Berufsbildenden Schulen. Ich konnte das verstehen, stand doch dahinter die Sorge, durch die FOS würden den Berufsbildenden Schulen Schülerinnen und Schüler abgezogen. Dieses Bild hat sich u. a. dadurch korrigiert, dass mehr als 70% der Schüler nach der FOS an eine BBS gehen. Inzwischen ist die Zusammenarbeit sehr gut, und wir werden aus dem Bereich der BBS sehr gut unterstützt.

Von den Berufsbildenden Schulen erhielten wir großes Lob für die Leistungsstärke der FOS, die sich in den guten Prüfungsergebnissen zeigt.

Die Schulleiter an den Fachoberschulen haben große Pionierarbeit geleistet. Sie haben die FOS intensiv mitgestaltet, und die Schulen sind auf einem guten Weg. Allerdings müssen wir weiter dafür kämpfen, dass das auch so erhalten bleibt.

Schade finde ich, dass qualifizierte Lehrkräfte der Realschule plus nicht weiter an der FOS beschäftigt werden können.

RBIRP: Welche Wünsche haben Sie zum Abschied an die Lehrkräfte, Eltern und Schüler der Realschule plus? Was wünschen Sie sich von den Bildungspolitikern?

Ich möchte, dass die Lehrkräfte die Realschule plus als „ihre“ Schulart annehmen, dies forciert nach außen tragen und dass sie vor allem hinter ihrer Schulart stehen.

Außerdem wünsche ich mir, dass die Eltern erkennen, dass die Realschule plus eine tolle Schulform für viele Schülerinnen und Schüler ist.

Vom Ministerium wünsche ich mir, dass es die neue Schulart auch personell noch stärker fördert und sie darüber hinaus mehr in den Fokus rückt!

Das Gespräch führten Eva Wilhelmus, Nicole Weiß-Urbach, Benjamin Bajraktari.
Fotos: Eva Wilhelmus



Beste Wünsche für Thomas Hirsch (2.v.re) auf dem Weg in den Ruhestand: ADD-Präsident Thomas Linnertz (li), Koordinierende Referentin Gudrun Paul und VRB-Vorsitzender Timo Lichtenthäler.

► VERABSCHIEDUNG IN DER ADD KOBLENZ:

Thomas Hirsch im Ruhestand

Am 31. August 2016 wurde Leitender Regierungsschuldirektor Thomas Hirsch vom ADD-Präsidenten Thomas Linnertz offiziell in den Ruhestand versetzt. Zu seiner Verabschiedung waren zahlreiche Gäste u. a. aus dem Ministerium und der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion der Einladung gefolgt. Der Verband Reale Bildung (VRB) war durch den Landesvorsitzenden Timo Lichtenthäler und den Koblenzer Bezirksvorsitzenden Benjamin Bajraktari vertreten.

In einer sehr wertschätzenden und auch persönlichen Verabschiedungsfeier wurde die Tätigkeit von Thomas Hirsch gewürdigt. Der Verband Reale Bildung wünscht Thomas Hirsch für seinen wohlverdienten Ruhestand alles erdenklich Gute und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahrzehnten.

Text und Foto: Benjamin Bajraktari

► ZUR PERSON:

Christiane Schönauer-Gragg im Bildungsministerium für Realschulen plus zuständig



Im beruflichen Werdegang Christiane Schönauer-Graggs fallen Beweglichkeit und grenzüberschreitendes Engagement auf. Englisch ist ihre Zweitsprache. Sie ist und war Mitglied in zahlreichen konzeptionellen bundesweiten und internationalen Gremien. Ehrenamtlich engagiert sie sich im Jugendaustauschprogramm von Rotary International sowie im Arbeitskreis Schule-Wirtschaft.

Die wichtigsten beruflichen Stationen von Christiane Schönauer-Graggs sind: Lehrerin an der RS Bad Kreuznach, Realschulkonrektorin und Schulleiterin an der RS Rockenhäuser, Evaluatorin und Fachbereichsleiterin an der AQS. Ins Ministeri-

um wechselte sie 2015. Seit Juni 2016 ist sie neu – gemeinsam mit Herbert Petri – für die Belange der Realschulen plus zuständig.

Im Gespräch gibt sie zu erkennen, wie sie sich selbst sieht: Sie freut sich auf neue Aufgaben und sieht sich als Teamspielerin, die auf Netzwerke im Zusammenspiel mit internen und externen Partnern baut. Menschen in ihrer Umgebung schätzen an ihr, dass sie spontan auf Menschen zugeht und sich von neuen Aufgaben herausfordern lässt. Sie kann viele Dinge gleichzeitig am Laufen halten, geht ein hohes Tempo und neigt gelegentlich zu Ungeduld.

RBiRP gratuliert und wünscht viel Erfolg im neuen Aufgabenbereich.

Exkurs Potenzialanalyse

Frau Schönauer-Gragg verstärkte bislang die Stabsstelle „Berufsorientierung und Fachkräftesicherung“. Dort würde die Einführung des „Tages der Berufs- und Studienorientierung“ auf den Weg gebracht. Aktuelles Thema ist die „Potenzialanalyse“ (korrekt: Kompetenzanalyse Profil AC). Hier wird es darum gehen, Schülerinnen und Schüler individuell besser zu fördern durch Beobachtungen, PC-Tests sowie durch Fremd- und Selbsteinschätzung.

Im ersten Schritt werden interessierte Lehrkräfte geschult. Sie testen dann die Instrumente und Verfahren an der eigenen Schule. Individuelle Förderung ist im Übergang sowohl zur Berufs- als auch zur Studienorientierung zu sehen. Gedacht ist an eine sukzessive Einführung bis 2021. Die Realschule plus hat in diesem Bereich einen Erfahrungsvorsprung. Hier wird es darum gehen, dieses neue Instrument sinnvoll in bestehende schulische Konzepte und Rahmenbedingungen, auch mit externen Partnern, einbringen.

Der VRB bleibt in dieser komplexen Thematik am Ball.

Wü

Initiative Bildungsketten:

Der Bund, das Land Rheinland-Pfalz und die Bundesagentur für Arbeit haben eine enge Verzahnung der Angebote im Übergang Schule – Beruf beschlossen.

Die Bund-Länder-Vereinbarung beinhaltet neben der Darstellung der Ausgangslage konkrete Festlegungen, welche Beiträge der Bund, das Land und die BA leisten wollen, um im Übergangsbereich Schule – Beruf ein ganzheitliches und in sich stimmiges Fördersystem zu schaffen.

Insgesamt umfasst sie 22 Unterstützungsangebote. Dazu gehören:

- Potenzialanalysen an allen Schulen mit Bildungsgang Berufsreife sowie die Weiterentwicklung der Potenzialanalyse für alle weiteren Bildungsgänge.
- Angebote zur Berufsorientierung, wie die Einführung des verbindlichen „Tages der Berufs- und Studienorientierung“ an

allen rund 400 weiterführenden Schulen im Land.

- Angebote an der Schnittstelle Schule – Beruf, wie der Praxistag an rund 280 Schulen mit Bildungsgang Berufsreife, 103 Berufseinstiegsbegleiterinnen und -begleiter an 255 Schulen und das Jobfux-Programm (29 Jobfüxe an 40 Schulen).
- Angebote vor und während der Ausbildung, wie die Assistierte Ausbildung und ausbildungsbegleitende Hilfen.
- Angebote am Übergang Schule – Beruf, wie die Einstiegsqualifizierung, der Coach für betriebliche Ausbildung sowie berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen.
- Spezielle Angebote zur Förderung bestimmter Zielgruppen wie Jugendlicher mit Behinderung oder Fluchthintergrund wurden ebenfalls verankert.

Ra/Quelle: PM des Bildungsministeriums vom 10.03.2016



► FUNDSACHE Schulrechtskenntnisse

„Bei Pädagogen besteht ein großes Interesse an schulrechtlichen Informationen. Universitäten, die im Lehramtsstudium Veranstaltungen zum Schulrecht anbieten, Ausbildungsseminare, die schulrechtliche Inhalte vermitteln und schulrechtliche Fortbildungen für Lehrer und Schulleiter stoßen auf großes Interesse. Umso bemerkenswerter ist die Tatsache, dass derartige Angebote selten sind und nur Baden-Württemberg und Bayern

Wert auf eine vertiefte schulrechtliche Ausbildung der Lehrer legen. Das Rechtsverständnis der Lehrer wird daher wesentlich mitgeprägt durch unzureichende oder fehlende schulrechtliche Kenntnisse.“

*Aus: Thomas Böhm „Schule im Rechtsstaat und Rechtsverständnis“ –
In: SchulRecht 2016, Heft 5-6, S.65*



Foto: 123rf.com



Foto: 123rf.com

► UNFALLVERSICHERUNG Schüler-Unfall bei Videoprojekt versichert

Den Projektauftrag, ein Video zum Thema Musik und Werbung herzustellen, erledigten Schüler außerhalb des Schulgeländes. Bei den Dreharbeiten kam es zu einem tragischen Unfall: Ein Schüler stürzte nach einem Rempler so unglücklich auf den Kopf, dass er seitdem auf einen Rollstuhl angewiesen ist.

Die gesetzliche Unfallversicherung weigerte sich, für Kosten und Folgekosten aufzukommen, weil sich der Unfall im privaten Bereich des Schülers ereignete. Der Streit ging vor Gericht.

Das Landessozialgericht Baden-Württemberg gab dem Geschädigten recht: Projektarbeiten außerhalb der Schule gehören mittlerweile zu einem modernen Unterricht. Außerdem durften die Schüler entscheiden, wie sie die Aufgabe erledigen (Az. L 6 U 4904/14, nicht rechtskräftig). Wegen der grundlegenden Bedeutung ist Revision zum Bundessozialgericht zugelassen.

Ra/Quelle: www.test.de/Unfallversicherung-Schueler-Unfall-bei-Videoprojekt-versichert-5003741-0

► BEAMTENRECHT Kein Unterhalt bei Versorgungsehe

Die Gewährung eines Unterhaltsbeitrags für Witwen nach dem Landesbeamtenversorgungsgesetz scheidet dann aus, wenn es sich bei der eingegangenen Ehe um eine sog. Versorgungsehe handelt. Dies hat das Verwaltungsgericht Trier entschieden. Zugrunde lag die Klage einer 30 Jahre jüngeren Frau, die einen 83-jährigen ehemaligen Professor geheiratet hatte, der nach anderthalb Jahren Ehe verstorben ist. Zum Zeitpunkt der Eheschließung litt der 83-jährige an einer Mehrzahl potenziell lebensbedrohlicher Erkrankungen. Die Klägerin beantragte die Bewilligung eines monatlichen Unterhaltsbeitrags in Höhe von etwa 1.200 Euro, die das beklagte Land Rheinland-Pfalz jedoch ablehnte.

Das Verwaltungsgericht bestätigte die Entscheidung des Landes. Zwar habe die Ehe länger als ein Jahr bestanden, so dass nicht per se von einer Versorgungsehe ausgegangen werden könne. Im zu entscheidenden Fall komme aber dem Gesundheitszustand des Verstorbenen eine entscheidende Bedeutung zu. Zudem sei der große Altersunterschied der Ehepartner sowie das hohe Alter des Versorgungsempfängers im Zeitpunkt der Eheschließung zu berücksichtigen.

Hr/Urteil des VG Trier vom 5.7.2016 – 1 K 940/16.TR



Foto: 123rf.com

► RECHT AN SCHULEN:


Nutzung von Handys zu Täuschungsversuchen bei Leistungsnachweisen

Täuschungsversuche und Täuschungen sind im schulischen Alltag bei Leistungsüberprüfungen keine Seltenheit. Schon immer waren und sind Schüler kreativ in der Gestaltung und Nutzung unerlaubter Hilfsmittel bei geforderten Leistungsnachweisen. Lehrer sind bemüht, nach Möglichkeit Täuschungsversuche und Täuschungen zu unterbinden. Dazu gehört auch, dass sie nachweisbare bzw. offenkundige Täuschungen und Täuschungsversuche nach den Vorgaben der Übergreifenden Schulordnung konsequent ahnden.

Den Lehrkräften steht eine Vielzahl an erzieherischen Maßnahmen zur Verfügung, die in Rheinland-Pfalz durch die Übergreifende Schulordnung und das Schulgesetz gedeckt sind.

Die meisten Schüler besitzen Handys oder Smartphones, die sie auch mit dem ausdrücklichen Willen ihrer Eltern unbedingt in die Schule mitbringen wollen. Auch wenn Schulen eine Handynutzung in der Schulzeit durch eine Handyordnung (bzw. Regelungen in der Hausordnung) untersagen, ist für Schüler die Versuchung groß, sich über ein Verbot hinwegzusetzen und das Handy auch für Täuschungsversuche und Täuschungen einzusetzen. Schließlich bietet ein Handy hierzu vielfältige Möglichkeiten. Informationen können vergleichbar mit einem Spickzettel gespeichert, oder auf Internetseiten, wie z. B. Wikipedia, abgerufen werden. Zudem kann ein Austausch über soziale Medien wie WhatsApp erfolgen.

Grundsätzlich haben Lehrer einen großen Ermessensspielraum erzieherisch und pädagogisch auf Täuschungsversuche und Täuschungen einzugehen. Grenzen des Ermessens sind durch die Rechte der Schüler gesetzt. Zu beachten sind Persönlichkeitsrechte und auch Eigentumsrechte. Unter Umständen spielt auch das Fernmeldegeheimnis eine Rolle. Die Lehrer haben bei einer Handynutzung zu Täuschungsversuchen und Täuschungen anders als bei einem Spickzettel in vielen Fällen Schwierigkeiten in der Beweissicherung. Daher fragen wir heute VRB-Rechtsanwältin Antonia Dufeu, welche Handlungsmöglichkeiten ein Lehrer bei der Beweissicherung besitzt und führen exemplarisch folgende Fallbeispiele auf.


 Ein Lehrer beobachtet, dass ein Schüler während einer Klassenarbeit sein Handy auf dem Tisch liegen hat.

Kann der Lehrer dies grundsätzlich als Ordnungsverstoß während eines Leistungsnachweises bewerten?

Nein, sofern er nicht beobachtet hat, dass der Schüler das Handy auch benutzt hat, kann das bloße Vorhandensein des Handys auf dem Tisch nicht bereits einen Ordnungsverstoß begründen. Anders sieht der Vorfall aus, wenn der Lehrer vorher ankündigt, jedes auf dem Tisch liegende Smartphone einzuziehen.

Ist die Bewertung eines Ordnungsverstoßes nur dann zulässig, wenn der Lehrer bzw. die Schule die Regelung erlassen haben, dass Handys während der Klassenarbeit bzw. Unterrichtszeit ausgeschaltet und nur in der Schultasche aufzubewahren sind?

Ja, ein Ordnungsverstoß liegt nur dann vor, wenn der Lehrer vorher genau diesen Verstoß als solchen benennt und die Konsequenzen, also Einziehung des Handys, angedroht hat.

 Ein Lehrer beobachtet, dass ein Schüler während der Klassenarbeit auf seinem Handy herumtippt. Er kann aus seinem Blickwinkel erkennen, dass das Handy eingeschaltet ist. Er stellt den Schüler zur Rede. Der behauptet, lediglich gedankenlos ohne Täuschungsabsicht mit seinem Handy gespielt zu haben.

Hat der Lehrer auf der Grundlage des sogenannten „Beweises des ersten Anscheins“ die Rechtsicherheit, das Schülerverhalten als Täuschungshandlung zu bewerten?

Auch hier kommt es darauf an, was vorher anhand einer Handyordnung oder vor der Klassenarbeit angekündigt wurde.

Ist vorab klargestellt bzw. in der Handyordnung festgelegt worden, dass die Schüler das Handy im Ranzen verwahren müssen und jedes Handy auf dem Tisch einen Täuschungsversuch darstellt, liegt eine eindeutige Täuschungshandlung vor.



Sind die Klarstellungen nicht erfolgt, steht im Zweifel Aussage gegen Aussage. Dann muss der Lehrer seine Ansicht genau begründen. Der Beweis des ersten Anscheins erlaubt es, Schlüsse zu ziehen: „Das war ein Täuschungsversuch!“ Der Lehrer kann seine Einschätzung auf eigene Erfahrungen stützen, die plausibel und sehr wahrscheinlich sind: „Warum sonst sollte das Handy während der Klassenarbeit auf oder unter der Bank liegen“, „Der Schüler wurde schon einmal wegen eines Täuschungsversuchs erwischt, ist also ein sog. Wiederholungstäter“. „Aus dem Augenwinkel war zu erkennen, dass Wikipedia geöffnet war“.



Ein Lehrer nimmt in den dargestellten beiden Fallbeispielen das Handy kommentarlos an sich, um einen Täuschungsversuch zu unterbinden und keine Störungen bzw. Ablenkungen anderer Schüler während der Klassenarbeit aufkommen zu lassen.

Ist dies statthaft?

Dieses Vorgehen ist immer statthaft, wenn es in der Handyordnung oder vor der Klassenarbeit den Schülern so angekündigt wurde. Dann ist ein kommentarloses Ansichnehmen zulässig.

Problematischer ist der Fall, wenn vorab keine Regelungen getroffen wurden.

Das Handeln des Lehrers muss dann immer verhältnismäßig sein. Das bedeutet, das Lehrerhandeln muss geeignet und erforderlich sein und der Lehrer muss das mildeste Mittel zur Erreichung des (erzieherischen) Zwecks wählen. Im Zweifel wird er die Ansichnahme des Handys erklären müssen. Ein kommentarloses Wegnehmen ist in diesem Fall nicht zu empfehlen.



Ein Lehrer fordert von einem Schüler in den oben dargestellten Beispielen die Herausgabe des Handys bei einer Klassenarbeit.

Darf ein Lehrer die Aushändigung des Handys während der Klassenarbeit verlangen? Darf ein Lehrer bei der Weigerung des Schülers, das Handy herauszugeben, diesen von der Klassenarbeit gemäß der Übergreifenden Schulordnung ausschließen?

Ist diese Vorgehensweise als Konsequenz des Verstoßes gegen die Haus- bzw. Handyordnung festgelegt worden, kann der Lehrer den Schüler zur Herausgabe auffordern oder den Schüler von der Klassenarbeit ausschließen.



Ein Lehrer beobachtet, dass ein Schüler während oder am Ende der Klassenarbeit über WhatsApp kommuniziert.

Kann der Lehrer von dem Schüler verlangen, ihm Einblick in die Kommunikation zu gewähren, um nachzuprüfen, ob ein Täuschungsversuch unternommen wurde, und zu entscheiden, wie er die Handynutzung im Sinne der Übergreifenden Schulordnung ahndet (Verwarnung, Herabsetzung der Bewertung, Ausschluss von der Leistungsüberprüfung)?

Die Einsichtnahme in das Handy verstößt gegen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Art 2 i.V.m. Art 1 GG) und ist nur mit dem ausdrücklichen Einverständnis der Schüler zulässig. Bei Minderjährigen bedarf es zusätzlich einer Einverständniserklärung der Eltern. In der Regel wird besonders von den Eltern dieses Einverständnis nicht erteilt. Es bleibt ihm daher nur die Aufforderung an den Schüler, das Handy freiwillig zu zeigen.

Ist in der Haus- bzw. Handyordnung jedoch vereinbart, dass der Lehrer bei Verstößen, z. B. Handynutzung während der Klassenarbeit, den Schüler verwarnen, die Benotung herabsetzen oder von der Klassenarbeit sogar ausschließen darf, dann kann der Lehrer auch genau nach diesen Sanktionen vorgehen. Der Lehrer schuldet dann nicht den Beweis, dass getäuscht wurde, sondern nur, dass die Möglichkeit einer Täuschung dadurch bestand, dass der Schüler sich nicht an die Regeln gehalten hat.



Ein Lehrer bemerkt, dass ein Schüler bei einer mündlichen Leistungsüberprüfung unter der Bank mit seinem Handy hantiert.

Der Lehrer kann aus der Ferne nicht erkennen, inwieweit das Handy zur Täuschung genutzt wurde. Kann er diese Vorgehensweise so werten, dass ein unerlaubtes Hilfsmittel im Sinne § 55 Abs. 1 der Übergreifenden Schulordnung zum Einsatz kam? Kann der Lehrer die Leistungsüberprüfung abbrechen und mit „ungenügend“ bewerten?

Ja, denn nach § 55 Abs. 1 Satz 1 ÜSchuO kann die Fachlehrkraft die Wiederholung der Leistungsüberprüfung anordnen, die Bewertung herabsetzen oder in einem schweren Fall die Note „ungenügend“ erteilen, soweit unerlaubte Hilfsmittel benutzt werden oder auf andere Weise zu täuschen versucht wird. Da das Handy ein unerlaubtes Hilfsmittel ist, kommt es meines Erachtens nicht darauf an, wie genau der Schüler das Handy benutzt hat, sondern nur darauf, dass er es benutzt hat.



Rechtsanwältin Antonia Dufeu ist Justiziarin des VRB und selbstständige Rechtsanwältin mit den Schwerpunkten Arbeitsrecht, Medienrecht und gewerblicher Rechtsschutz. Außerdem ist sie Co-Autorin der Handreichung „Schule.Medien.Recht.“ (Hrsg.: Ministerium

für Bildung, Jugend und Kultur RLP). Neben ihrer Tätigkeit als Anwältin arbeitet sie als Coach und als Beraterin von Fach- und Führungskräften.

Abschließend möchten wir Sie um Ratschläge und Tipps bitten. Was sollten Schulen unbedingt beachten, damit die Nutzung von Handys zu Täuschungsversuchen erschwert wird und die Sanktionierung der Handynutzung bei einer Leistungsüberprüfung nicht zeitraubend u.a. durch Diskussionen mit Schulleitung, Kollegen, Eltern und Schülern belastet wird?

Um sich endlose Diskussionen über die zulässige und unzulässige Nutzung der Smartphones zu ersparen, ist es sinnvoll, eine eindeutige Nutzungsordnung für Smartphones mit klaren Sanktionen zu erstellen oder evtl. mit den Schülern zusammen zu erarbeiten.

Zu empfehlen ist eine Nutzungsordnung für Handys innerhalb der Schule. Sie kann mit den Schülern zusammen entworfen und besprochen werden und sollte den Umfang der Handynutzung genau bestimmen. Entwirft die Schule eine Handyordnung,

unterliegt sie gewissen Vorgaben. So muss der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz beachtet werden und die Maßnahmen müssen stets einen pädagogischen Hintergrund haben. Das heißt, die getroffene Regelung ist geeignet und erforderlich und das mildeste Mittel zur Erreichung des (erzieherischen) Zwecks.

Das sollte in der Handyordnung bzw. Hausordnung unbedingt aufgenommen werden:

- Handys müssen während des gesamten Aufenthalts der Schüler in der Schule, d.h. auch in den Pausen, ausgeschaltet sein. Eine Stummschaltung reicht nicht aus.
- Für Klassenarbeiten und Leistungsüberprüfungen sollten strengere Regelungen getroffen werden. Es sollte Folgendes aufgeführt werden: Das Handy darf vom Lehrer auch dann eingezogen werden, wenn es beispielweise lediglich auf dem Tisch liegt oder der Schüler damit hantiert. Bei jeglicher Handyskommunikation wird unabhängig davon, ob das Handy angestellt ist oder für einen Täuschungsversuch genutzt wird, das Handy eingezogen und die Arbeit mit „ungenügend“ bewertet.
- Ebenfalls sollten die konkreten Sanktionen aufgeführt werden, falls ein Schüler gegen die Ordnung verstößt.
- Ausnahmen von der Regel sollten eindeutig festgelegt werden, nämlich wann ein Schüler ausnahmsweise das Handy nutzen darf. Das könnte beim Unterrichtsausfall zum Telefonieren oder bei einem Smartphoneprojekt der Fall sein.



Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de

Vorschau auf das nächste Heft



In der kommenden Ausgabe:

- berichten wir vom landesweiten Pensionärs-tag bei und mit Nero in Trier,
- setzen wir das Interview mit den Psychologiestudentinnen fort,
- informieren wir über die jüngsten Fortbildungsveranstaltungen für Personalräte,
- interviewen wir den neuen Seminarleiter am Studienseminar in Koblenz,
- wollen wir die Beachtung von Freiheitsrechten in der Schule thematisieren,

- befragen wir die VRB-Anwältin Antonia Dufeu zur Handynutzung bei Klassenfahrten,
- beleuchten wir die Elternrechte in der Schule,
- würdigen wir unseren Ehrevorsitzenden Hans Thielen anlässlich seines 80. Geburtstags.

Und wir bieten Peter Bung einen festen Platz: Er hat sich „Haiku“ (jap. 俳句), einer aphoristischen Versform aus Japan, verschrieben. Ab der kommenden Ausgabe wird er in loser Folge Schule und Bildung mit hochverdichteten aphoristischen Dreizeilern (Haikus) kommentieren.

► VRB-FORDERUNG IM GRUNDSATZ ERFÜLLT:

Altersteilzeit wird verlängert



Der VRB-Landesvorstand hatte im Sommer gegenüber der Landesregierung Alarm geschlagen:

- Die derzeitigen Regularien der Altersteilzeit für Lehrkräfte laufen mit Ende des Kalenderjahres 2016 aus.
- Es gab keine Anzeichen dafür, dass die Altersteilzeit darüber hinaus verlängert werden sollte.

Aus diesen Gründen hat der VRB von Ministerpräsidentin Dreyer, Bildungsministerin Hubig, Finanzministerin Ahnen und Innenminister Lewentz mit Nachdruck gefordert, dass die Landesregierung die Altersteilzeit für Lehrkräfte über das Jahr 2016 hinaus beibehält.

die Lehrkräfte zu erreichen und halten Sie auf dem Laufenden.

Altersteilzeit im Schulbereich – eine Bilanz

Lehrkräfte konnten die ATZ nach §§ 75 a bis 75 c LBG mit Antragsschluss zum 1.2.2016 noch zum 1.8.2016 letztmalig beantragen. Aufgrund gesetzlicher Vorgaben mussten die Wirkungen der ATZ für Beamtinnen und Beamte in RLP bis zum 31. Mai 2016 evaluiert werden.

Der Bericht der Landesregierung wurde dem Landtag von RLP am 1. Juni 2016 vorgelegt (Landtagsdrucksache 17/57). Zusammenfassend stellte die Landesregierung fest, dass „die bestehenden Altersteilzeitregelungen im Schulbereich positiv aufgenommen werden und die mit den Bestimmungen der Altersteilzeit verfolgten Regelungsziele erreicht wurden. (...) Betroffenen älteren Beamtinnen und Beamten wurde ein flexibler Übergang vom aktiven Dienst in den Ruhestand ermöglicht, durch Wiederbesetzung freierwerdender Stellenanteile konnte die Einstellung junger Lehrkräfte verbessert werden, zugleich wurde der Altersschnitt der rheinlandpfälzischen Lehrerschaft reduziert.“

Das Interesse für die Nutzung der ATZ im Schulbereich zeigt sich an den Zahlen aus dem vorliegenden Bericht (siehe Tabelle 1).

Auch die Zusammenfassung der Zahlen aus den vorherigen Berichten der Landesregierung weist deutlich auf das stabile Interesse an der ATZ hin (siehe Bericht der Landesregierung zur Überprüfung der Wirkungen der Altersteilzeit vom 31.03.2011, Tabelle 2).

Die bis zum Kalenderjahr 2006 finanziell günstigere Regelung des § 80 b LBG hatten besonders großes Interesse ausgelöst (ebenfalls aus Bericht vom 31.03.2011, siehe Tabelle 3).

Kalenderjahr	Neufälle Lehrkräfte		
	§ 75 a LBG (Kurzmodell)	§ 75 b LBG (Langmodell)	Summe
2012	158	107	265
2013	156	85	241
2014	146	86	232
2015	188	116	304
2016	180	114	294
Summe	828	508	1.336

Tabelle 1

Kalenderjahr	Neufälle Lehrkräfte		
	§ 80 e LBG (Kurzmodell)	§ 80 f LBG (Langmodell)	Summe
2007	198	275	473
2008	230	256	486
2009	320	355	675
2010	198	154	352
2011	206	156	362
Summe	1152	1196	2348

Tabelle 2

Inzwischen ist erkennbar, dass der Forderung entsprochen werden soll. Die Bedingungen der Anschlussregelung sind noch in der Diskussion. Wir bleiben am Ball, um die bestmöglichen Bedingungen für

Fazit: Seit 2005 haben in RLP insgesamt 6246 Lehrkräfte die Altersteilzeit genutzt. Dies geschah zu beiderseitigem Nutzen für Land und Beschäftigte. Der VRB begrüßt, dass die Altersteilzeit verlängert werden soll und setzt sich dafür ein, dass die Regelung dauerhaft gültig bleibt.

Anzumerken ist zudem, dass die Altersteilzeit bei ihrer Einführung 2001 durch Abschaffung der Altersermäßigung (ab 55. Lebensjahr) gegenfinanziert und somit aufkommensneutral finanziert werden sollte. Eine Altersermäßigung gibt es gegenwärtig nur noch für Lehrkräfte in den zwei letzten Schuljahren, die dem Erreichen der Regelaltersgrenze vorausgehen.

Kalenderjahr	Neufälle Lehrkräfte	
	bis 2006 nach § 80 b LBG	Summe
2005	1248	1248
2006	1314	1314
Summe	1152	2562

Tabelle 3



► GESUNDHEITSSCHUTZ IN DER SCHULE:

Schutzmaßnahmen für schwangere Lehrerinnen verbessert!

Zum Schutz ihrer Gesundheit und der ihres ungeborenen Kindes wurden wichtige Änderungen im Verfahrensablauf zu einem Beschäftigungsverbot vorgenommen.



In den vergangenen Jahren herrschte an den Schulen Unsicherheit, wann ein Beschäftigungsverbot für Schwangere auszusprechen ist. Der Verband Reale Bildung (VRB) hat wiederholt auf die unbefriedigende Regelung aufmerksam gemacht und eine Änderung gefordert. Das Institut für Lehrgesundheit (IfL) hat einen neuen Handlungsablauf erarbeitet.

Das EPOS-Rundschreiben der ADD vom 22.08.2006 „Beschäftigungsverbot für Schwangere bei fehlender Immunität“ ist damit gegenstandslos geworden. Die Praxiserfahrungen dürften nach einer ersten Einschätzung des VRB dazu führen, dass es zu Verfahrens- und Zuständigkeitskorrekturen kommen wird.



Kernpunkt der neuen Schutzmaßnahmen ist die Gefährdungsbeurteilung des Arbeitsplatzes. Sie hat sicherzustellen, dass die werdende Mutter nicht mit Arbeiten betraut wird, die ihr Leben oder ihre Gesundheit bzw. die des Kindes gefährden.

Der Handlungsablauf zur Gefährdungsbeurteilung sieht wie folgt aus:

1. Schwangere Lehrkraft: Anzeige der Schwangerschaft

- Schwangerschaft so früh wie möglich mitteilen, damit der Mutterschutz wirksam werden kann,
- voraussichtlichen Entbindungstermin von einem Arzt oder einer Hebamme bestätigen lassen und über die Dienststelle der ADD bzw. dem BM zuleiten,
- Schul-/Seminarleitung Nachweis über Immunstatus vorlegen.

2. Schul-/Seminarleitung: Ausfüllen des Fragebogens und Vorlage beim Ifl

- Schul-/Seminarleitung führt binnen eines Arbeitstages ab Bekanntwerden der Schwangerschaft eine Gefährdungsbeurteilung durch,
- sofern möglich, wird die werdenden Mutter beteiligt,
- der Fragebogen des Ifl ist zu verwenden,
- Schul-/Seminarleitung übersendet innerhalb der Frist von einem Tag den Fragebogen via EPOS an das Ifl,
- Nachweise über Immunstatus (z. B. Impfpass, Mutterpass, Laboregebnisse) sollten gemeinsam mit dem Fragebogen an das Ifl geschickt werden.

3. Institut für Lehrgesundheit (IfL): Auswertung der Gefährdungsbeurteilung

- Ifl bewertet auf der Basis des Fragebogens etwaige Gefährdungen und empfiehlt der ADD/dem BM ggf. erforderliche Schutzmaßnahmen, Immunfeststellungen und/oder Beschäftigungsverbote.
- Die Empfehlungen werden binnen eines Arbeitstages nach Eingang des Fragebogens der zuständigen Sachbearbeitung der ADD, Referat 31, bzw. des BM zugeleitet.
- Wird empfohlen, bestimmte Immunstatus feststellen zu lassen oder ein Beschäftigungsverbot auszusprechen, informiert das Ifl vorab die werdende Mutter sowie die Schul-/Seminarleitung.

4. ADD/BM: Entscheidung über ggf. erforderliche Schutzmaßnahmen

- ADD/BM entscheidet auf Grundlage der Empfehlung des Ifl über die erforderlichen Schutzmaßnahmen für die werdende Mutter.
- Hier wird auch festgelegt, ob und ggf. hinsichtlich welcher Infektionserkrankung seitens der Schul-/Seminarleitung ein Beschäftigungsverbot bei Auftreten der Erkrankung in der Einrichtung zu beachten ist.

Sofern keine Immunstatusfeststellung seitens der werdenden Mutter erfolgt ist, kann diese im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung aus Anlass der Schwangerschaft erforderlich werden (Mitwirkungspflicht der werdenden Mutter).

Die für den Mutterschutz relevanten rechtlichen Grundlagen sowie eine Übersicht zu etwaigen Beschäftigungsverboten können auf der Internetseite des Ifl eingesehen werden.

Der Fragebogen und der Handlungsablauf sind auf der Homepage des Ifl abrufbar unter www.unimedizin-mainz.de/ifl/betreuungsangebot/mutterschutz.html.



Alles gut? Wir haken nach!

Es gibt bereits erste Rückmeldungen von Schulleitungen, die den Aufwand und die Erhebung von persönlichen Daten problematisieren, die üblicherweise dem Schulverwaltungshandeln entzogen sind. Ist das Ifl über das Ziel hinausgeschossen? Der VRB wird der Frage nachgehen, welche Daten vom Ifl besser direkt von den Betroffenen erhoben werden sollten. Es wird auch mit Blick auf Auskünfte über Impfungen mit dem zugehörigen Impfnachweis anzufragen sein, ob nicht das Ausmaß der vom Ifl erhobenen Daten zu umfangreich ist. Wir kümmern uns darum und halten Sie auf dem Laufenden.





► **FUNDSACHE**

Lehramts-Studenten übernehmen eine Schule



Foto: 123rf.com

Greifswalder Lehramts-Studenten übernehmen von Mittwoch an für drei Tage den kompletten Unterricht und die Schulleitung an einer Regionalschule in Neuenkirchen bei Greifswald. In dem Projekt „Schule machen“ werden die künftigen Lehrer in neuen Unterrichtsformen unterrichtet, sich um Schulleitertätigkeiten kümmern, die Sozialarbeit und die Pausenaufsicht absichern, wie Projektleiterin Sabine Schweder vom Lehrstuhl für Schulpädagogik der Uni Greifswald sagte. Mit dem Projekt soll die Lehrerausbil-

dung noch praxisnäher gestaltet werden. Die Lehrer der Regionalschule „Am Bodden“ in Neuenkirchen bei Greifswald setzen sich im Gegenzug in diesen drei Tagen auf die Schulbank und bilden sich an der Universität weiter.

Aus: Ostsee Zeitung, 18. Mai 2016

► **LEHRAMT REALSCHULE PLUS:**

Nachwuchs Mangelware

Erschreckender Rückgang der Anwärterzahlen



Will kaum noch jemand Realschullehrer werden? Hat dieser Beruf so an Attraktivität verloren?

Bereits im vergangenen Jahr hat der VRB das Bildungsministerium auf den dramatischen Rückgang der Absolventenzahlen für das Lehramt an Realschulen plus hingewiesen (s. Beitrag im Heft 3/2015, S. 35). Ministerin Reiß hat die alarmierenden Zahlen damals auf die Umstrukturierung der Lehrämter zurückzuführen versucht. Die neuen Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes verstärken jedoch das Bild der besorgniserregenden Entwicklung:

Absolvent(innen) der Studienseminare					
Lehramt	2013/14	2014/15	2015/16	Differenz 2016 zu 2013	
				absolut	in %
Realschule plus (mit HS und RS)	488	311	192	-296	-60,7
Gymnasium	427	654	440	+13	+3,0
Grundschule	262	318	431	+169	+64,5
Berufsbildende Schule	137	163	164	+27	+19,7
Förderschule	94	77	131	+37	+39,4
Insgesamt	1.408	1.523	1.358	-50	-0,36

zusammengestellt aus den Pressemitteilungen des StaLA vom 12.06.15 und 10.06.16

Die Entwicklung der Gesamtzahl der Seminarbesucher(innen) bestätigt das düstere Bild:

Seminar Teilnehmer(innen) 2012–2016						
Lehramt	2013	2014	2015	2016	Differenz 2016 zu 2013	
					absolut	in %
Realschule plus (mit HS und RS)	689	466	361	339	-350	-51
Gymnasium	950	963	739	744	-206	-22
Grundschule	472	528	638	619	+147	+31
Berufsbildende Schule	276	283	301	300	+24	+9
Förderschule	173	167	167	191	+18	+10
Insgesamt	2560	2407	2206	2193	-367	-14

Quelle: Statistische Berichte: Studienseminare 2016, S. 8

Nur noch 10,7 % der erfolgreichen Seminarabsolventen in der Zeit von August 2015 bis Januar 2016 haben die Lehrbefähigung für das Lehramt an Realschulen plus erworben. Dagegen können 37,3 % künftig an Grundschulen unterrichten.

Die Problematik verschärft sich, wenn man sich die Fächerwahl der Lehramtsanwärterinnen und -anwärter ansieht. Gerade Fächer, in denen schon jetzt Mangel in den Schulen herrscht, sind besonders selten vertreten:

Ausgewählte Ausbildungsfächer der Anwärter(innen) für das LA an Realschulen plus (einschl. HS und RS) in den Studienseminaren			
Deutsch	81	Ethik	21
Geschichte	39	Erdkunde	20
Mathematik	39	Sozialkunde	15
Ev. Religion	36	Physik	9
Biologie	32	Chemie	8
Englisch	29	Französisch	4
Kath. Religion	26		

Stand März 2016; zusammengestellt aus: Statistische Berichte: Studienseminare 2016, S. 14f

Bei der Bewertung der stark differierenden Zahlen ist zusätzlich zu bedenken, dass der Stundenbedarf für die einzelnen Fächer laut Stundentafel sehr verschieden ist. So werden z. B. in Englisch in der Sekundarstufe I ca. fünfmal so viel Wochenstunden benötigt wie für Sozialkunde.

Es stellt sich damit die Frage, wie die Unterrichtsversorgung insgesamt und fachspezifisch künftig an den Realschulen plus und an den Integrierten Gesamtschulen sicher gestellt werden soll. Es müssen dringend Anreize geschaffen werden, die die Studenten und Studentinnen dazu bewegen, das Studium für das Lehramt an Realschulen plus zu wählen. Als Sofortmaßnahme ist eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung geboten.



Pinnwand

► LEHRKRÄFTE AN BELASTUNGSGRENZE Korrekturarbeit für 10 Dollar pro Stunde „outsourcen“ ?

Klassenarbeiten nerven. Nicht nur viele Schüler, sondern auch die ohnehin ständig überlasteten Lehrer. Stunde um Stunde verbringen sie mit dem Anstreichen von Fehlern. Da kommt eine Geschäftsidee aus dem „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ gerade recht: Ein Start-up aus den USA bietet Lehrkräften an, das Korrigieren von Klassenarbeiten auszulagern. Für zehn Dollar pro Stunde sollen Lehramtsstudierende die Arbeit übernehmen.

Wie SPIEGEL ONLINE/Schulspiegel am 2. Juni 2016 meldet, richtet sich der Service auch an deutsche Pädagogen, die Fächer wie Englisch oder Mathematik unterrichten. Details findet man unter www.thegraidenetwork.com/. Die gestellte Aufgabe und Infos über die Klasse

schicken die Lehrer an „The Graide Network“ und bekommen daraufhin Kandidaten vorgeschlagen, die für sie das Korrigieren übernehmen könnten. Die Lehrer suchen sich einen Studenten aus, scannen die Arbeiten ihrer Schüler ein und laden sie hoch. Drei bis vier Tage später bekommen sie die Arbeiten korrigiert und mit individuellem Feedback versehen zurück. In der gewonnenen Zeit kann sich die Lehrkraft auf wichtigere Dinge konzentrieren, mehr auf die Schüler eingehen und intensiver den Unterricht vorbereiten.

Die Nutzung dieses Dienstes in Deutschland stellt sich jedoch schon aus Gründen des Datenschutzes als sehr problematisch dar. SPIEGEL ONLINE zitiert dazu Torsten Heil, Sprecher der



Foto: 123rf.com

Kultusministerkonferenz: „Eine Vergabe der Korrekturen von Klassenarbeiten an ein kommerzielles Korrekturunternehmen ist in Deutschland undenkbar. Die Leistungsbewertung ist eine der Kernaufgaben von Lehrerinnen und Lehrern. Nur sie wissen, was genau im Unterricht vermittelt und welche Vorarbeit geleistet wurde und nur sie können die Schülerleistung daran wirklich messen.“

Der Traum vom korrekturfreien Lehrerdasein scheint sich also nicht so schnell zu erfüllen. Da muss die Entlastung doch von den Kultusministerien kommen, z. B. durch eine deutliche Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung.

Wolfgang Häring

► JAHRESTAGUNG SCHULEWIRTSCHAFT:

Stärken stärken

Die Jahrestagung 2016 stand im Zeichen des Mottos „Stärken stärken“ und Potenziale erkennen. Dass SCHULEWIRTSCHAFT die Bedeutung dieses Themas bereits vor 50 Jahren erkannte, machte Landesvorsitzende Doris John in ihrem Grußwort deutlich. Sie lobte die lokalen Arbeitskreise von SCHULEWIRTSCHAFT und deren engagierte Unterstützung beim Übergang von der Schule zum Beruf.

Michael Steuler von der Landesvereinigung der Unternehmerverbände (LVU) würdigte die gute Zusammenarbeit mit SCHULEWIRTSCHAFT und bekräftigte, dass es in der heutigen Zeit wichtiger denn je sei, Stärken zu erkennen, sie zu analysieren und somit zu erfahren, worauf man aufbauen könne und wie die Potentiale im Unternehmen zu integrieren seien. Dass der Tag der Berufs- und Studienorientierung ein wichtiger Bestandteil eines guten und durchdachten Berufswahlangebots in den Schulen sei, bescheinigte Michael Steuler den anwesenden 185 Gästen. „Dieser Tag muss systematisiert und die Potenzialanalyse verbindlich eingeführt werden, denn das hilft den Schülern, den richtigen Ausbildungsberuf zu finden“, so Steuler.

Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig griff diese Bekundung auf und unterstrich, dass die berufsorientierenden Maßnahmen „eine individuelle, aber nicht singuläre, eine einzigartige Förderung, aber nicht einzige Förderung sein dürfe, die nur ein Mal durchgeführt wird“. Durch die Potenzialanalyse nach dem Profil

AC sollen Talente, Stärken und Interessen des Einzelnen entdeckt, entfaltet und gestärkt werden. Daher sei es das Ziel, die Potenzialanalyse nach und nach bis 2021 an den rheinland-pfälzischen Schulen im Berufsorientierungskonzept zu etablieren.

Ein kritischer Meinungs austausch mit Karsten Hammer, der die Potenzialanalyse nach dem Profil AC in Baden-Württemberg eng begleitet hat, schloss sich an. Im Mittelpunkt standen die organisatorischen und pädagogischen Herausforderungen für die Schulen.



Foto: Eich



Christoph Krier
christoph.krier@vrb-rlp.de

► SCHUL- UND UNTERRICHTSENTWICKLUNG:



Weiterentwicklung von Schule auch ohne AQS möglich?

Auf einer Transfertagung zum Thema „Nutzung und Nutzen von Evidenz zur Schul- und Unterrichtsentwicklung“ an der Universität Mainz beschäftigten sich Schulforscher aus ganz Deutschland mit den Erkenntnissen der Evidenzforschung der vergangenen Jahre und ihren Entwicklungsperspektiven.



Nutzung von Forschungsergebnissen

Ziel der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Tagung war es, im Dialog zwischen Bildungsforschung, Bildungspraxis, Bildungspolitik und Bildungsverwaltung Möglichkeiten einer nachhaltigen Überführung wissenschaftlicher Befunde aus der Bildungsforschung sowie der Rückmeldedaten aus zentralen Vergleichsarbeiten in die Schulpraxis zu diskutieren.

Die Veranstalterinnen der Tagung, Prof. Olga Zlatkin-Troitschanskaia (Projektleitung EviS/JGU Mainz), und Prof. Felicitas Thiel (Projektleitung Koordinierungsstelle SteBis/ FU Berlin), führten die Teilnehmer durch das vielfältige Programm. Neben einer Keynote von Prof. Hans Anand Pant (Direktor der Deutschen Schulakademie/ HU Berlin) wurden einige Impulsvorträge und Posterbeiträge aus dem Forschungsschwerpunkt SteBis („Steuerung im Bildungssystem“) sowie dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) gegeben.

Die Themen der Impulsvorträge waren

unter anderem: „Was fördert aus arbeits- und organisationspsychologischer Sicht Innovation an Schulen“ und „Von der Rezeption zur Nutzung. Einflussfaktoren auf die tatsächliche Nutzung wissenschaftlicher Evidenzen durch Lehrkräfte“.

Nach den Impulsen aus den Forschungsprojekten folgte eine Podiumsdiskussion, moderiert von Prof. Felicitas Thiel. Die Beteiligung aller Akteure der verschiedenen Bereiche ließ diese Diskussion besonders interessant und differenziert werden. Die Schule war durch den stellvertretenden VRB-Vorsitzenden Heinz-Jörg Dähler (Robert-Koch-Schule Linz) vertreten, Udo Klinger sprach für das Pädagogische Landesinstitut Rheinland-Pfalz, Prof. Kai Maaz vertrat das Deutsche Institut für Pädagogische Forschung, Prof. Harm Kuper von der FU Berlin übernahm die universitäre Forschungsperspektive und Susanne Wiegmann steuerte als Leiterin des Programms „Starke Schule“ der gemeinnützigen Hertie-Stiftung die Perspektive des größten Schulwettbewerbs Deutschlands bei.

Forschungsergebnisse an Schulen bisher schwer umsetzbar

Zentrale Aspekte der Podiumsdiskussion waren, ob und wie die Ergebnisse der Forschung an den Schulen umgesetzt werden. Einige Teilnehmer der Veranstaltung äußerten die Befürchtung, dass durch die Auflösung der AQS das wesentliche, verbindliche Instrument zur Weitergabe der Forschungserkenntnisse in Rheinland-Pfalz nun fehlt. Heinz-Jörg Dähler betonte, dass derzeit noch die Voraussetzungen fehlen, Forschungserkenntnisse zügig und verbindlich einzubringen. Lehrkräften und Schulleitungen fehle angesichts hoher Deputatsbelastungen, großer

Schülerdiversität und wachsender Aufgaben zunehmend Zeit für die Erfassung und die Umsetzung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Fazit: Man kann gespannt sein, ob sich einerseits die Befürchtungen der Bildungsforscher bestätigen, oder ob andererseits ihre Untersuchungen in Zusammenarbeit mit den Schulen wirksam werden können. Im Blick ist zu behalten, dass es auch rein schulinterne Möglichkeiten der Weiterentwicklung von Schule unter Einbeziehung der wissenschaftlichen Erkenntnisse gibt.



Verwendete Abkürzungen

- EviS**
Evidenzbasiertes Handeln im schulischen Mehrebenensystem
- JGU Mainz**
Johannes-Gutenberg-Universität Mainz
- FU Berlin**
Freie Universität Berlin
- HU Berlin**
Humboldt-Universität zu Berlin

► LPB-ARBEITSKREIS EUROPA:

Einfach so weitermachen geht nicht

Der Arbeitskreis Europa der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) befasste sich mit dem britischen Referendum unter der Fragestellung „Wie geht es weiter?“ Als Referent stand Dr. Otto Schmuck zur Verfügung.

Schmuck ist Präsidiumsmitglied der Europa Union Deutschland und war vormals Leiter der Europaabteilung in der Vertretung des Landes RLP beim Bund und der Europäischen Union. Der Referent zeigte mögliche Szenarien nach dem Referendum auf. Einvernehmlich stellten die Mitglieder des Arbeitskreises fest: Einfach so weitermachen geht nicht. Immerhin habe das Referendum auch positive Aspekte zu Tage gefördert. Zum einen seien die Populisten demaskiert worden, zum anderen hätte sich gezeigt, dass die jüngeren Menschen zu Europa stünden. In der nächsten Zeit werde die Frage im Mittelpunkt stehen, wie die Menschen neu begeistert werden können. Die Fokussierung auf sozialpolitische Inhalte könnte ein Weg sein, die Akzeptanz der EU zu stärken.

Buchempfehlung für den Unterricht

Otto Schmuck/Günther Unser: *Die europäische Union. Aufgaben, Strukturen und Chancen*. Bonn 2016. Reihe „Zeitbilder“. Zu beziehen über die Bundeszentrale für politische Bildung. (3 Euro)



Wie sehen die Deutschen den Brexit?

Das Institut für Demoskopie Allensbach hat zu diesem Thema eine Umfrage durchgeführt. Eine klare Mehrheit der Befragten, nämlich 63 Prozent, bedauern den Austritt Großbritanniens aus der EU, nur 17 Prozent sprechen sich dafür aus, 20 Prozent zeigen sich unentschieden.

Diese Einstellung zieht sich bemerkenswerterweise durch fast alle Bevölkerungskreise: Unabhängig von Geschlecht, Wohnort oder Bildung, um die 60 Prozent bedauern den Ausgang des Referendums. Die einzige Gruppe, die sich mit fast 50 Prozent für und nur 20 Prozent gegen den Brexit ausspricht, sind die AfD-Anhänger – und stehen damit gegenüber Anhängern anderer Parteien ziemlich alleine da.

Als Grund für ihr Bedauern über den anstehenden Brexit wurden vor allem genannt, dass die EU mit Großbritannien wirtschaftlich stärker gewesen wäre und damit auch einen größeren Einfluss auf das Weltgeschehen hätte. 45 Prozent der Befragten stimmten allerdings auch folgender Aussage zu: „Großbritannien hätte auch in Zukunft immer wieder eine Sonderbehandlung gefordert und damit Ärger provoziert“.

Insgesamt verdunkelt sich das Bild der EU. Das zeigt ein Assoziationstest, bei dem die Befragten angeben, welche Begriffe ihnen bei dem Stichwort „Europa“ in den Sinn kommen. 2016 handelte es sich bei den drei meistgenannten Wörtern um „Bürokratie“, „Vorschriften“ und „Vielfalt“. 2015 dachten 36 Prozent der Befragten bei „Europa“ an „zerstritten“ – dieses Jahr sind es 72 Prozent.

Überraschenderweise wächst aber das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in die EU: 35 Prozent gaben an, sie hätten großes oder sehr großes Vertrauen in die EU, vor etwa einem halben Jahr waren es nur 24 Prozent. Auch die Anzahl derer, die sich

eine schnellere Entwicklung zu einem vereinten Europa wünschen, ist gestiegen und überwiegt zum ersten Mal seit 1989 die Anzahl derer, die sich eine langsamere Vereinigung wünschen.

Diese Einstellung zeigt sich auch bei der Beantwortung der Frage, ob Deutschland in der EU bleiben sollte. Ähnlich wie bei der Meinung zum Brexit zeigt sich der größte Unterschied zwischen den politischen Fraktionen: Anhänger von CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne und Linke antworteten mit großer Mehrheit (85 bis 70 Prozent) mit „Ja“, bei der AfD liegt der Wert dagegen nur bei 28 Prozent.

Im Großen und Ganzen bedauern die Deutschen die vertane Chance auf eine europäische Einigung mit Großbritannien, wollen sich dadurch aber keineswegs entmutigen lassen, eher im Gegenteil.



Wolfgang Wünschel
wolfgang.wuenschel@
vrb-rlp.de

► RBiRP IM GESPRÄCH (TEIL 1):

„Und sie sind uns auch schon sehr ans Herz gewachsen.“

Psychologiestudentinnen zeigen beispielhaftes Engagement und langen Atem



„Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“ befragte drei Psychologiestudentinnen zu ihren Motiven und Erfahrungen bei der ehrenamtlichen Sprachförderung an der Konrad-Adenauer-Realschule plus mit FOS in Landau. RBiRP traf Leonie Zeising, Luise Smidoda und Holly Britton (von links) in der Schule. Für ihre Arbeit bekommen sie von Seiten der Schüler, aber auch von Lehrerseite positive Rückmeldungen. Dazu gehört auch Konrektorin Regina Sersch (re), die das Gespräch der Studentinnen mit RBiRP vermittelte und begleitete.



In den Realschulen plus kommen viele Flüchtlingskinder an. Sie sollen sofort Deutsch lernen können und integriert werden. Das geht nur mit zusätzlichen Ressourcen und zusätzlichen Unterstützungssystemen. 107 Pensionäre sind ehrenamtlich in den Schulen im Einsatz. Ihnen sagte die Ministerin kürzlich ein „dickes Dankeschön“. Neben den Hilfsmaßnahmen seitens der Schulbehörde erfahren Schulen auch ehrenamtliche Unterstützung, die in der Öffentlichkeit wenig wahrgenommen wird. „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“ sprach mit drei Psychologiestudentinnen über ihre Motive und Erfahrungen bei der ehrenamtlichen Sprachförderung an der Konrad-Adenauer-Realschule plus mit FOS in Landau. RBiRP traf Holly Britton, Luise Smidoda und Leonie Zeising in der Schule. Konrektorin Regina Sersch vermittelte das Gespräch.

Das Interview erscheint in zwei Teilen. Im ersten Teil geht es darum, wie die Studentinnen zu ihrem Projekt gefunden haben, wie sie ihre Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern sehen und was sie antreibt. Das Gespräch entfaltete von Beginn an eine unkonventionelle Dynamik:

Leonie Zeising: Wir haben schon überlegt, was man uns wohl fragen könnte, und unsere Ideen waren, wie wir überhaupt dazu gekommen sind, wie wir die Arbeit mit Kindern erleben, was unsere Anliegen sind, und warum wir das machen.

» „Wir machen's einfach, weil wir denken, das muss gemacht werden.“

RBiRP: Ja, das trifft mein Anliegen. Auch dass Sie sich als Psychologiestudentinnen in der Schule einbringen, ist eine Botschaft für die Leser. Die hätten wahrscheinlich eher mit Lehramtskandidaten spekuliert, die glauben, ein wenig Berufserfahrung sammeln zu können.

Luise Smidoda: Mir war gar nicht bewusst, dass das was zum Bestaunen ist.

Holly Britton: Wir machen es einfach, weil wir denken, das ist was Gutes, und das muss gemacht werden. Und es kommt auch was zurück, es ist also auch gut für uns. Und dann ist es ja eigentlich unabhängig davon, was man studiert. Und von der Psychologie her ist es ja gar nicht so abwegig. Es hat mit Menschen zu tun.

RBiRP: Wie haben Sie zu dem Projekt gefunden?

Luise Smidoda: Es gibt an der Uni einen E-Mail-Verteiler. Über den sind wir angeschrieben worden von Pfarrer Leonhard. Er hat eingeladen zu einem Info-Treffen. Das war hier an der Schule. Wir wollten uns das auch mal anschauen. Es kamen viele Leute ...

» „Zwei Dinge waren wichtig. Das waren die Kontinuität und der lange Atem.“

RBiRP: Das war an der KARS organisiert?

Regina Sersch: Pfarrer Leonhard startete in Absprache mit unserer Schule einen Aufruf zur Unterstützung, und es kamen knapp 70 Menschen. Ich erklärte, was wir an der Schule brauchen und was wir erwarten. Zwei Dinge waren mir wichtig. Das waren die Kontinuität und der lange Atem. Die Kinder sollten mindestens zwei Mal wöchentlich von den gleichen Personen betreut werden. Und dies auf jeden Fall bis zu den Osterferien. Unsere Helfer kamen aus unterschiedlichsten Bereichen. Neben pensionierten Lehrkräften waren Menschen aus Verwaltungsberufen, eine Apothekerin und viele Studierende dabei.

RBiRP: Das war also eine Woge der Hilfsbereitschaft, die von außen an die Schule herangetragen worden ist und die Sie inzwischen nutzen. Liegt die Organisation beim Pfarramt?

Regina Sersch: Das war so angedacht. Aber nach und nach hat sich gezeigt, dass die unmittelbare Steuerung durch die Schule vorteilhaft ist.

» „Man braucht eher die Bereitschaft, sich auf etwas Neues einzulassen.“

RBiRP: Welche Qualifikation setzt die Schule beim Einsatz der ehrenamtlichen Helfer voraus?

Regina Sersch: Da alle Helfer in unser schulisches Konzept zur Sprachförderung unter der Leitung von Frau Nortmann eingebunden werden, braucht man die Bereitschaft, sich auf etwas Neues einzulassen. Und helfen zu wollen, ist ebenfalls eine gute Voraussetzung.

Leonie Zeising: Ich glaube auch, dass die Kinder nicht zu viele Bezugspersonen haben sollten. Da die Flüchtlingskinder wahrscheinlich schon viele Brüche



Holly Britton (21) ist in Stuttgart aufgewachsen. Sie will keinen Bürojob, sondern einen Beruf ergreifen, in dem sie mit Menschen in Kontakt ist. Sie hat sich für ein Psychologiestudium in Landau entschieden, weil ihr ein Bekannter gesagt hatte, hier sei es superschön. Holly ist im vierten Semester und möchte eventuell Psychoonkologin werden.

Sie treibt Sport (Volleyball), spielt Saxophon und kocht gern mit Freunden. Zwei Mal in der Woche erteilt sie an der uni-nahen KARS Migrantenkindern ehrenamtlich Sprachförderunterricht.

Wenn sie einen Wunsch frei hätte, würde sie eine Weltreise machen.

erlebt haben, dachten wir halt, wenn sie mal zu jemandem Vertrauen gefasst haben, dann wäre es gut, wenn die Betreuenden vielleicht zwei, drei Mal die Woche kommen könnten.

Holly Britton: Deswegen haben wir uns auch dafür entschieden, die Aufgabe zu dritt anzugehen. Dann ist es nicht so schlimm, wenn mal jemand verhindert ist...

» „Als wir angefangen haben, konnten die meisten Kinder noch sehr, sehr, sehr wenig.“

RBiRP: Welche Aufgabe haben Sie in diesem Projekt übernommen. Arbeiten Sie gemeinsam oder individualisiert?

Luise Smidoda: Wir unterrichten zweimal die Woche hier an der Schule je zwei Stunden eine Gruppe von durchschnittlich sechs Kindern.

Luise Smidoda: Als wir angefangen haben, konnten die meisten Kinder noch sehr, sehr, sehr wenig.

Leonie Zeising: Frau Nortmann (Anm. der Redaktion: siehe Kasten auf Seite 49 „Ihre Verlässlichkeit ist wichtig“) unterrichtet die große Gruppe, und



Luise Smidoda (22) kommt ebenfalls aus Stuttgart. Sie ist Psychologiestudentin im 4. Semester. Nach Landau ist sie gekommen, weil sie unbedingt Psychologie studieren wollte und hier die erste Studienplatzzusage bekommen hat. „Ich kannte Landau gar nicht. Aber ich bin jetzt froh, dass ich hier bin.“ Wohin sie sich orientieren wird, weiß sie noch nicht. Vorstellen kann sie sich, Kinder- und Jugendtherapeutin zu werden, da sie schon immer gern mit Kindern gearbeitet hat. Dazu passt, dass sie Migrantenkinder zwei Mal in der Woche ehrenamtlich Sprachförderunterricht erteilt.

Luise musiziert gern (Klavier, Saxophon, Gitarre) und liebt Islandpferde. Für ihren Reitsport und die Tätigkeit als Reitlehrerin hat sie derzeit zu wenig Zeit.

Kindern aus dieser Gruppe, die nicht so schnell sind wie die anderen, helfen wir und üben nochmal, was im Unterricht gemacht wird. Daneben machen wir aber auch selbst noch Sachen, von denen wir meinen, dass sie wichtig sind, um mitzukommen und ein bisschen mehr zu verstehen. Und selbst diese kleine Gruppe ist noch heterogen. Die Kinder kommen bei verschiedenen Themen nicht gleich schnell mit.

» „Wir sind auch immer froh, dass wir zu dritt sind.“

Luise Smidoda: Deshalb sind wir auch immer froh, dass wir zu dritt sind. Dann setzt sich jede von uns mit zwei Kindern zusammen.

Leonie Zeising: Wir wiederholen nicht immer nur das, was Frau Nortmann sagt. Ab und zu machen wir die Themen so ein bisschen dazu passend, oder auch öfter mal Sachen, von denen wir selber meinen, dass es gerade angebracht ist.

RBiRP: Nennen Sie ein Beispiel?

Leonie Zeising: Da ist die EM zu nennen. Die Kinder

haben mitbekommen, dass sie in Frankreich stattfinden.

Holly Britton: Wir dachten, dass die Kinder einfach so ein allgemeines Verständnis von dem haben sollten, was alle Menschen gerade erzählen. Zur EM haben wir also Europa angeschaut, wo welche Länder sind, wie sie heißen und so weiter.

RBiRP: Ein sehr schönes Beispiel! Engagieren Sie sich hier im Unterrichtsstudententakt?

Holly Britton: Es war bisher Mittwoch, fünfte und sechste Stunde und Donnerstag erste und zweite Stunde.

» „Ich bin auch hingegangen, weil es mir selbst was gibt.“

RBiRP: Wir sollten noch ein wenig vertiefen, warum Sie sich einbringen.

Luise Smidoda: Also ich habe hier in Landau schon länger ein Projekt gesucht, bei dem ich mich ehrenamtlich engagieren kann. Da kam mir die E-Mail entgegen.

Leonie Zeising: Zu der Zeit war ja diese ganze „Flüchtlingsproblematik“ sehr präsent. Dem stand mein Bedürfnis gegenüber, mich einzubringen und nicht nur zuzuschauen. Ich glaube, dass ich auch hingegangen bin, weil es mir selbst was gibt und meine Persönlichkeit weiterentwickelt.

Holly Britton: Also ich glaube, bei mir ist das sehr ähnlich. Und gerade für Kinder ist es ja wichtig, Deutsch zu lernen, sonst können sie keinen Schulabschluss machen und haben sehr schlechte Zukunftschancen.

Luise Smidoda: Sprache ist die Grundlage für alles andere. Auch um Freundschaften zu schließen, braucht man immer die Sprache.

Leonie Zeising: Und dann können halt auch Konflikte entstehen, wenn Menschen die Sprache nicht sprechen.

» „Dass man dabei auch selbst ein bisschen geholfen hat, macht auch ein bisschen stolz.“

RBiRP: Sagen Sie unseren Lesern, was Sie selbst davon haben, sich hier zu engagieren?

Holly Britton: Also ich finde, es ist bereichernd zu sehen, wie schnell die Kinder lernen. Sie sind ein knappes Jahr in Deutschland und haben relativ schnell Fuß gefasst. Die Kinder sind in ihren Sprachkenntnissen sehr schnell vorangekommen. Am Anfang konnte man sich nicht mal richtig vorstellen. Oder man hat sich vorgestellt und sie hatten Probleme, zu verste-

hen, dass Sie sich jetzt auch vorstellen sollen. Und jetzt kann man mit ihnen Termine vereinbaren oder sich ganz normal unterhalten. Zu wissen, dass man dabei auch selbst ein bisschen geholfen hat, macht auch ein bisschen stolz.

Luise Smidoda: Wir hatten vor zwei Wochen so einen schönen Moment, als Holly in einer Fünfminuten-Pause eine Schülerin aus Syrien gefragt hat, wie sie das Zuckerfest gefeiert hat. Und die hat dann erzählt. Und mir ist beim Zuhören aufgefallen, wie viel sie schon sagen konnte. Sie hat einfach drei Minuten am Stück geredet, und man hat wirklich alles verstehen können.

Holly Britton: Es macht auch Freude, zu sehen, wie die Kinder sich entwickeln. Und sie sind uns auch schon sehr ans Herz gewachsen.

Leonie Zeising: Genau. Ich will auch sagen, dass man ja auch ein bisschen was zurück bekommt. Ich glaube, es bereitet den Kindern teilweise richtig Spaß, was sie machen. Und wenn man dann sieht, dass sie auch uns ein bisschen mögen, dann ist das was Schönes.

Das Interview wird fortgesetzt. Im nächsten Heft beschreiben Leonie Zeising, Holly Britton und Luise Smidoda, was ihnen die Sprachförderung selbst „bringt“, warum sie einen „langen Atem“ haben und ob sie auch schon mal ans Aufhören dachten. Sie fragen sich, was Menschen bewegt, feindselig zu sein und was sie für erforderlich halten, dass in unserer Gesellschaft Integration gelingt.

Wü



Leonie Zeising (21) ist in der Nähe von Augsburg aufgewachsen und wollte schon immer etwas machen, was sie herausfordert und in Kontakt mit Menschen bringt. Sie hat sich für ein Psychologiestudium in Landau auf Empfehlung eines Bekannten entschieden. Die Betreuung der Studenten „ist sehr gut und nah an den Studenten dran“. Sie honoriert das durch ein Engagement in der Fachschaft. Sie ist sich noch nicht ganz sicher, in welche Richtung sie sich beruflich orientieren möchte. In Frage kommen der therapeutische Bereich oder Personalentwicklung in der Wirtschaft.

Migrantenkindern erteilt sie zwei Mal in der Woche ehrenamtlich Sprachförderunterricht. Sie fährt Ski und treibt Reitsport, musiziert (Gesang und Klavier) und liest gern.



„Ihre Verlässlichkeit ist wichtig“

Hana Nortmann, Fachlehrerin für Musik und DAZ, koordiniert den Sprachförderunterricht an der Konrad-Adenauer-Realschule plus in Landau. Sie betreut ca. 50 Schülerinnen und Schüler in drei bis vier Niveaugruppen. Die Kinder kommen nach ihrem individuellen Bedarf aus den Klassen in die Fördergruppen. Die Schule nennt diese „Absprunggruppen“. Damit ist das Ziel markiert, so schnell wie möglich aus der

Förderung ganz in die Standardklassen „abzuspringen“. Ein Merkmal der Fördergruppen, die nach Lernniveaus zusammengesetzt sind, ist eine ständige und hohe Fluktuation durch Niveaustufen- und Schulwechsel. Dass die Schule dabei Unterstützung durch freiwillige Helfer erfährt, erleichtert die Situation für alle Beteiligten.

Auf Leonie Zeising, Luise Smidoda und Holly Britton angesprochen, gerät Hana Nortmann ins Schwärmen: „Ich bin dankbar, dass sie sich die Zeit für die Kinder nehmen. Sie arbeiten gewissenhaft und sind immer vorbildlich vorbereitet, denken sich Spiele aus und haben tolle Ideen für ergänzende Materialien. Ihre Verlässlichkeit ist wichtig. Die Kinder warten auf sie.“

Zur Person: Hana Nortmann unterrichtet seit 2012 an der Schule. Sie ist verheiratet und hat drei Kinder. Studiert hat sie Musik und Germanistik in Königgrätz und Mainz. Bei ihrer Arbeit hilft ihr, dass sie selbst Deutsch als Fremdsprache gelernt hat. Sie sieht sich nicht nur als Lehrerin, sondern auch als Begleiterin in Alltagsfragen. Die Kinder sollen eine Schulkultur erleben, in der sie sich angenommen fühlen.

Bezirk Koblenz

► VRB-INFORMATIONSVORANSTALTUNG AM STUDIENSEMINAR KOBLENZ:

„...wenn man weiß, wen man fragen kann...“

Die VRB-Informationsveranstaltung für examinierte Lehramtskandidatinnen und -kandidaten des Koblenzer Seminars hat Tradition. Vor den Sommerferien gab es eine Neuauflage. Das „Pinup“ in Koblenz lieferte dazu einen ansprechenden Rahmen.



Bengjamin Bajraktari erläuterte den interessierten Teilnehmern zunächst die Aufgaben und Ziele der VRB-Arbeit und vermittelte, warum es gerade für Lehrkräfte am Übergang ins Berufsleben wichtig ist, sich in einem Lehrerverband zu organisieren.



Der neu gewählte VRB-Bezirksvorsitzende sowie die VRB-Ansprechpartner für schulrechtliche, pädagogische und schulorganisatorische Themen wurden vorgestellt. „Gerade für Berufseinsteiger ist es wichtig, wenn man weiß, wen man fragen kann. Mit einer deutlich höheren Stundenzahl als in der Ausbildung ist man froh, wenn man kompetente und erreichbare Kon-

takte hat“, so Bajraktari. Die VRB-Homepage sei darüber hinaus ein wichtiges Informationsmedium, das auch für Berufseinsteiger eine hilfreiche und ausführliche Rubrik „Infos für Lehramtsanwärter & Junglehrer“ bietet.

Nach einer allgemeinen Erläuterung des Einstellungsverfahrens stellte Bajraktari in seiner Doppelfunktion als VRB-Bezirksvorsitzender und als Bezirkspersonalratsmitglied fest, dass die Möglichkeiten auf Übernahme in ein Beamtenverhältnis zum neuen Schuljahr ernüchternd seien. Er gehe jedoch davon aus, dass die VRB-Argumente und -Forderungen nach einem Stellenzuschlag Früchte tragen werden.

Bengjamin Bajraktari wurde begleitet von Nicole Weiß-Urbach, Joanna Boehlke, Margit Lenarz und Saskia Zimmermann. Das Team stellte sich den Fragen, Bedenken und Sorgen der jungen Kolleginnen und Kollegen. Viele haben ein gutes bis sehr gutes Examen absolviert und stehen nun vor der ungewissen beruflichen Zukunft, obwohl die Schulen Personalbedarf anzeigen. Dies lässt Lehrerinnen und Lehrer an der Wertschätzung ihrer Arbeit von Seiten der Landesregierung zweifeln.

Die VRB-Vereine sahen sich bestätigt in der fortwährenden und hartnäckigen Forderung des VRB nach mehr Planstellen für die gut ausgebildeten und motivierten Pädagogen.

Die Nachwuchslehrerinnen und -lehrer waren von der individuellen Zuwendung und auch von der Klartext-Haltung des VRB angetan. „Danke, dass Sie sich Zeit für uns genommen haben, das tut gut. Der Verband leistet wirklich gute Arbeit“, äußerte einer der RLA-Personalvertreter nach der Veranstaltung.

Text: Joanna Boehlke, Gerhard Hein
Fotos: Saskia Zimmermann

► VRB ZU BESUCH IM STUDIENSEMINAR KOBLENZ:

Die qualifizierte Ausbildung in unseren Studienseminaren ist unverzichtbar – und gefragt!

Am 1. August 2016 nahm der VRB-Bezirksverband Koblenz an der Begrüßung der neuen Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter für das Lehramt an Realschulen plus im Studienseminar Koblenz teil.

Rund 90 junge und hochmotivierte Kolleginnen und Kollegen streben in der zweiten Ausbildungsphase das Lehramt an Realschulen plus an. Sie freuen sich auf ihre Ausbildung. Viele von ihnen informierten sich in Einzelgesprächen bei den Verbandsvertretern Bengjamine Bajraktari, Joanna Boehlke (re.) und Eva Wilhelmus (li.) über die neue Ausbildungsphase und die beruflichen Perspektiven nach dem Vorbereitungsdienst.

Die Ausbildung am Studienseminar ist für den VRB ein Qualitätsmerkmal. Im Studienseminar Koblenz wird den jungen Kolleginnen und Kollegen von kompetenten Fachleitern das erforderliche pädagogische und didaktische Berufswissen vermittelt, das unverzichtbar für einen erfolgreichen Einsatz an den Realschulen

plus oder Integrierten Gesamtschulen ist.

Die Anwärterinnen und Anwärter werden nach bestandener Abschlussprüfung selbstbewusst auf eine qualitativ hochwertige Ausbildung zurückblicken können. Für den Weg dahin erhielten sie von den Verbandsvertretern eine Checkliste für den Vorbereitungsdienst und den verbandseigenen „Wegweiser für die Ausbildung im Studienseminar“.

Der Bedarf an Lehrkräften mit dem Lehramt für Realschulen plus ist vorhanden. Die neuen Herausforderungen an unseren Schulen erfordern Investitionen und damit auch die Einstellung qualifizierten Personals.

Der VRB hat sich mit vielen Initiativen (z.B. „Lehrer von der Straße holen“)



konsequent und kontinuierlich dafür eingesetzt, dass Planstellen zur Einstellung geschaffen werden.

Text: Bengjamine Bajraktari

Foto: VRB

► VERANSTALTUNG „FIT FÜR DEN VORBEREITUNGSDIENST“:

VRB auf dem Campus Koblenz

Mitglieder des Bezirksvorstandes nahmen an einer Veranstaltung des Zentrums für Lehrerbildung für Lehramtsstudierende in der Abschlussphase teil.

Ganz im Sinne des Einladungsmottos „Fit in den Vorbereitungsdienst“ informierten Bezirksvorsitzender Bengjamine Bajraktari

(2. v. li.) und Schriftführerin Joanna Boehlke (3. v. li.) Ende des Sommersemesters die Studierenden individuell und aus-

föhrlich über ihren anstehenden Vorbereitungsdienst. Die Studierenden zeigten sich interessiert und dankbar für die persönlichen Beratungsgespräche und die nützlichen Praxistipps.

Allgemeine Informationen zum Bewerbungsverfahren und zur zweiten Ausbildungsphase gaben ADD und das Studienseminar Koblenz. Ausführliche Informationen zum Vorbereitungsdienst können auf der VRB-Homepage heruntergeladen werden: www.vrb-rlp.de/service/junglehrer-anwaerter-infos

Text: Bengjamine Bajraktari

Foto: VRB



► VRB-PENSIONÄRSAUSFLUG:

Auf den Spuren des industriellen Basaltabbaus im Westerwald



Unter der fachkundigen Führung von Josef Dörner, der als Schlossermeister im Steinbruch tätig war, erhielten die Teilnehmer einen eindrucksvollen Einblick in die harte Arbeitswelt unter den Bedingungen von 1930 bis 2001.

Der Bezirksvorstand Koblenz hatte die Pensionäre und die Delegierten Ende des Schuljahres nach Enspel in den Tertiär- und Erlebnispark eingeladen.

Im Mittelpunkt stand die Besichtigung und Erkundung des Industriedenkmals Stöffel. Gelegenheit zum Austausch erhielten die Teilnehmer bei Kaffee und Kuchen. Informationen zur Seniorenarbeit auf Bundes- und Landesebene gab Wilfried Rausch. Der stellvertretende Bezirksvorsitzende Gerhard Hein würdigte die von Margit Lenarz geleistete Seniorenarbeit im Bezirk. Die

meisten Teilnehmer nutzten zum Abschluss die Möglichkeit zum Besuch des im Frühjahr neueröffneten Tertiärums, das anschaulich und detailliert Einblick in die erdgeschichtliche Entwicklung des Stöffelsees bietet.

Die ausgestellten Fossilienfunde des Sees ermöglichen, den Lebensraum der Tiere vor 25 Millionen Jahren zu beschreiben. Hauptattraktion der Ausstellung ist die berühmte Stöffel-Maus.

Text und Fotos li. u. mi.: Wilfried Rausch

Bezirk Neustadt

► VRB ZU BESUCH IM STUDIENSEMINAR KAISERSLAUTERN:

Informationen und Hilfen für die Zeit des Vorbereitungsdienstes

Der VRB stellte sich im Studiensseminar für das Lehramt an Realschulen plus in Kaiserslautern den rund 50 neuen Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärtern vor. Die Kolleginnen und Kollegen hatten zum 1. August 2016 ihren Vorbereitungsdienst und somit die zweite Phase ihrer Ausbildung angetreten.

Die Referentinnen für Lehramtsanwärter und Berufseinsteiger, Saskia Zimmermann und Katharina Bitz, informierten mit Christoph Schneider über den Verband und dessen Ziele. Sie standen für die zahlreichen Fragen und Anliegen, die die interessierten Anwärterinnen und Anwärter bewegten, zur Verfügung und gaben hilfreiche Tipps für die Vorbereitungszeit.

Im Rahmen der Informationsveranstaltung erhielten die Lehramtsanwärterinnen und -anwärter u. a. den verbandseigenen „Wegweiser für die Ausbildung im Studiensseminar“, der viele nützliche Informationen rund um die Zeit des Vorbereitungsdienstes enthält.

Wir wünschen allen jungen Kolleginnen und den Kollegen an dieser Stelle noch einmal eine erfolgreiche zweite Phase ihrer Ausbildung, Durchhaltevermögen und viel Freude bei der Arbeit mit den ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schülern!

Text und Foto: Katharina Bitz



Saskia Zimmermann (li) und Christoph Schneider (re) informierten in Kaiserslautern über die Seminar-ausbildung und überreichten den verbandseigenen Wegweiser durch die Seminarzeit.

► KUNSTHALLE MANNHEIM:

Hannah Höch: Revolutionärin der Kunst

Zum 100. Geburtstag der DADA-Bewegung widmete die Kunsthalle Mannheim der Ausnahmekünstlerin Hannah Höch (1889–1978) eine Retrospektive mit über 150 Werken. VRB Veranstaltungsreferentin Gudrun Deck hatte zu einer Führung eingeladen, an der eine Reihe kunstinteressierter Verbandsmitglieder teilnahm.

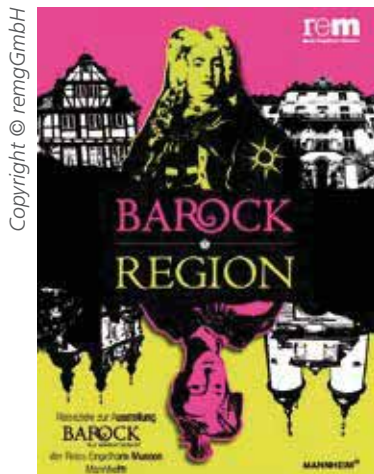
Cem Alacam (4.v.l.), den meisten Teilnehmern von früheren Ausstellungsbesuchen bekannt, erläuterte die DADA-Bewegung innerhalb der Klassischen Moderne und setzte sie anhand der Höch-Collagen in Beziehung zu den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen dieser Zeit. Im Anschluss wurde in einem nahegelegenen Café neben verbandspolitischen Themen auch ausführlich über manche Collagen der Ausstellung diskutiert.

Deck/Wünschel



► DER VRB-BEZIRKSVERBAND NEUSTADT LÄDT EIN:

Zwei Ausstellungen in Mannheim und Speyer



Reiss-Engelhorn-Museen (rem)

Dienstag, 15. November 2016 • 16.00 Uhr
Museum Zeughaus C5, Mannheim

BAROCK – Nur schöner Schein?

Durch einen genaueren Blick auf die Kulturgeschichte der Jahre von 1580 bis 1770 fördert die Ausstellung Überraschendes ans Tageslicht.

Weitere Informationen: www.barock2016.de



Historisches Museum der Pfalz, Speyer

Donnerstag, 9. Februar 2017 • 16.00 Uhr

MAYA – Das Rätsel der Königsstädte

Die Ausstellung ermöglicht spektakuläre Einblicke in die Kultur und Geschichte der MAYA und beleuchtet deren Blütezeit und Untergang.

Weitere Informationen unter www.maya-ausstellung.de

Die Kosten der Führung übernimmt der Verband. Der ermäßigte Eintritt beträgt bei der Ausstellung Barock 10,50 Euro, bei der Maya-Ausstellung 13,- Euro. Melden Sie sich bitte spätestens 14 Tage vor der Veranstaltung bei Gudrun Deck per E-Mail gudrun.deck@vrb-rlp.de an. Weitere Informationen finden Sie auf der VRB-Homepage, Bezirksverband Neustadt.



Foto: fotolia.de

Bezirk Koblenz

88. Geburtstag

Luise Löwer 25. Oktober

86. Geburtstag

Alfons Gerharz 22. August

82. Geburtstag

Werner Freisberg 19. August

81. Geburtstag

Luise Tonn 26. November

Klaus-Peter Wyrwoll 27. November

80. Geburtstag

Rolf Schatto 9. Juli

Johannes Wickler 24. August

Günter Tretschok 14. Dezember

79. Geburtstag

Edwin Langer 2. Oktober

78. Geburtstag

Walter Heinz 22. Juli

77. Geburtstag

Jürgen Helbach 15. Oktober

76. Geburtstag

Wolfgang Kaiser 30. November

75. Geburtstag

Jürgen Hatzmann 5. Juli

Renate Schulze 8. November

Winfried Schley 11. Dezember

74. Geburtstag

Helmut Lenarz 10. August

Heinz Georg Lipp 3. September

Ingrid Seume 3. Oktober

Rolf Monnerjahn 28. Oktober

Hans-Jürgen Reihls 16. November

73. Geburtstag

Dorothee Frey 10. September

Gunhild

Schulte-Wissermann 22. Oktober

Bernd Kreuzer 14. November

72. Geburtstag

Helmut Esser 12. August

Hubert Fuchs 26. August

Wolfgang Redwanz 15. September

Brigitte Hirsch 22. September

Hans-Toni Kollig 4. Oktober

Gerhard Schäfer 27. Oktober

Karl-Bernd Dahse 22. November

71. Geburtstag

Hildegard Wagenbach 21. Oktober

70. Geburtstag

Fritz Brunswig 23. Juli

Kurt Müller 14. August

Bezirk Neustadt

90. Geburtstag

Walter Kallenbach 25. Dezember

89. Geburtstag

Inge Pieroth 19. Oktober

88. Geburtstag

Gerhard Scheinert 13. Juli

Karl-Heinz Kühfuß 8. August

87. Geburtstag

Wolfgang Panzer 16. Oktober

86. Geburtstag

Gerda Erbacher 17. September

Günther Kohl 22. Oktober

84. Geburtstag

Rudolfine Zehetner 21. Dezember

82. Geburtstag

Johannes Hoffmann 11. Oktober

Reinhold Glock 2. Dezember

81. Geburtstag

Karl-Heinz Walz 19. Juli

Herbert Grunwald 29. Oktober

Heribert Brechter 4. November

80. Geburtstag

Alfons Denig 2. Juli

Lothar Wipfler 3. Juli

79. Geburtstag

Manfred Schäfer 12. Juli

Wolfgang Held 28. August

Klaus Kiefer 4. Dezember

Oskar Francke 21. Dezember

78. Geburtstag

Reinhard Hoffmann 30. August

77. Geburtstag

Dr. Peter Bung 11. Juli

Eberhard Schneider 15. Juli

Ursula Frank 30. Juli

Gert Hörner 15. September

76. Geburtstag

Ingrid Schappert 29. Juli

Wiltrud von Scharpen 10. September

Wolfgang Friebe 24. September

75. Geburtstag

Alois Bardens 14. August

Hermann Kölsch 30. August

Erika Ellrodt 25. Oktober

Hildegard Lee 3. November

Christel Greiner 28. November

Ulrike Reuter-Schneider 8. Dezember

74. Geburtstag

Dieter Hoffmann 29. August

Werner Schmitt 16. September

Horst Korber 28. September

Ingrid Gärtner 11. Oktober

Rita Alterauge-Asmuth 23. Oktober

Walter Frank 23. Oktober

Uta Walter 4. November

Ingrid Drewing 12. Dezember

Heidi Ackermann 30. Dezember

73. Geburtstag

Hartmut Hoenes 3. August

Rotraut Schmedt 21. August

Ulrike Schwentker 26. August

Otto Hauck 12. Dezember

72. Geburtstag

Gabriele Lambrecht 22. Juli

Werner Mauß 25. Juli

Joachim Thoma 26. Juli

Jürgen Ebert 3. August

Ursula Mauß 26. August

Renate Auerbach 4. September

Hiltrud Lorenz 6. September

Christel Klesmann 24. Dezember

71. Geburtstag

Herbert Auerswald 4. Oktober

Traudel Kothe 10. Oktober

70. Geburtstag

Rudolf Flick 1. Juli

Waltraud Mahlerwein 10. Juli

Mathias Berens 2. September

Gerda Hoenes 17. November

Bezirk Trier

102. Geburtstag

Karl Denkel 18. Dezember

93. Geburtstag

Leo Michels 13. September

89. Geburtstag

Horst Faust 26. November

83. Geburtstag

Elisabeth Hempelmann 28. Juli

Hartmut Konz 19. September

Bernhard Heisig 3. November

80. Geburtstag

Hans Thielen 4. Oktober

Eduard Gerten 13. Oktober

Berthold Becker 14. Dezember

79. Geburtstag

Karl-Heinz Dahlke 1. Juli

Hermann Erschens 12. September

Gerd Leibenguth 22. Oktober

Heinz-Albrecht Becker 16. Dezember

78. Geburtstag

Hans Jung 28. Oktober

77. Geburtstag

Rüdiger Lancelle 2. Juli

Paul Schwab 1. Oktober

Friedel-Norbert Müller 20. November

76. Geburtstag

Ilse Becker 9. September

74. Geburtstag

Carola Stern-Gilbaya 24. September

73. Geburtstag

Gerd Schwerdtner 21. Oktober

Enno Harms 19. Dezember

72. Geburtstag

Gerda Wies 21. Juli

Ilka Backes 18. Oktober

Peter Binzen 14. Dezember

71. Geburtstag

Alfred Hoffmann 24. August

70. Geburtstag

Brigitta Westhäusler 19. September

Haben wir jemanden vergessen?
Bitte entschuldigen Sie unser Versehen – wir sind
dankbar für Ihren Hinweis.

BITTE VORMERKEN +++ BITTE VORMERKEN +++ BITTE VORMERKEN +++ BITTE VORMERKEN +++



Fortbildung für Personalräte

- 16. November 2016
Preis-Karden für die Bezirke Koblenz und Trier
- 22. November 2016
Mutterstadt für den Bezirk Neustadt



Philologenverband und Verband Reale Bildung laden zur Fortbildung ein

„Zeit gewinnen durch gelingende Kooperation und erfolgreiches Selbstmanagement“

TOP 1: Gelingende Kooperation in der Schule – die erfolgreiche Gestaltung von Kooperationsprozessen

Referent: Michael Eich, Hauptpersonalrat Realschulen plus (Verband Reale Bildung)

TOP 2: Zeit- und Selbstmanagement

Referentin: Cornelia Schwartz, Hauptpersonalrat Gymnasien und Kollegs (Philologenverband)

Wann

Dienstag, den 7. Februar 2017 • 14.00–17.00 Uhr

Ort

IGS Deidesheim-Wachenheim
Bürgermeister-Oberhettinger-Straße 3
67146 Deidesheim

Anmeldung

Bitte melden Sie sich bis zum 31. Januar 2017 über tis.bildung-rp.de an.



Personalratswahlen 2017: Wahlvorstandsschulungen

- 8. Februar 2017
in Mertesdorf für den Bezirk Trier
- 13. Februar 2017
in Waldesch für den Bezirk Koblenz
- 16. Februar 2017
in Mutterstadt für den Bezirk Neustadt/W.



VRB-Fachkongress



INGELHEIM

Vorankündigung: VRB-Fachkongress 2017

Der Fachkongress 2017 findet am 16. März 2017 in Ingelheim statt.
Er steht unter dem Thema: **Digital macht schlau?**
Auf dem Weg in ein neues Zeitalter der Bildung. Möglichkeiten und Grenzen der Digitalisierung des Unterrichtsalltags.

Impulsvortrag von Dr.-Ing. Hubert Zitt (Hochschule Kaiserslautern):
Star Trek: Wie aus technischen Visionen Realität wurde

► DER VRB GRATULIERT!

Ehrenmitglied Alfons Denig feierte seinen 80. Geburtstag

25 Jahre lang war Alfons Denig Landeskassierer. Er hat Anfang der achtziger Jahre durch weitsichtige Entscheidungen für das solide finanzielle Fundament des Verbandes gesorgt: Die Einführung des Bankeinzuges für die Mitgliedsbeiträge und die Zentralisierung des Kassenwesens.

Was heutzutage selbstverständlich erscheint, war vor dreißig Jahren innovativ und wurde durch seine Überzeugungskraft erreicht. Als er 2005 den Stab des Landeskassierers weiterreichte, verlieh ihm der Landesrealschultag die Ehrenmitgliedschaft.

Bis heute ist Alfons Denig verantwortlich für den Bereich ‚Versicherungen‘ und vielen unserer Mitglieder durch seine Beratungstätigkeit insbesondere bei Fragen zur Diensthaftpflicht und zur Schlüsselverlustversicherung bekannt.

Jahrzehntelang prägten zwei Steckenpferde seine Freizeit: das Reisen und der Fußball. Auf Reisen ist er nun nicht mehr so oft. Und Fußball gibt es nur noch im Fernsehen. Er war mit Leidenschaft und bis in die höchsten Ligen Schiedsrichter. So verwun-



Jahrzehntelang prägten zwei Hobbys seine Freizeit: das Reisen und der Fußball. Im VRB ist Alfons Denig bis heute verantwortlich für den Bereich ‚Versicherungen‘.

dert es nicht, dass er erzählt: „Wenn ich Fußball schaue, sehe ich den Schiedsrichter.“ Seine „alte Liebe“ zu Spanien blitzt in seinen Erzählungen noch immer durch. Sein FC-Barcelona-Fußballtrikot hat er inzwischen verschenkt, einen Barcelona-Binder hat er noch...

Der VRB gratuliert seinem Ehrenmitglied Alfons Denig zu seinem 80. Geburtstag. Wir freuen uns, dass er weiterhin enge Verbindung zu seinen Berufs- und Verbandskollegen hält. Wir wünschen ihm alles Gute für die Zukunft!

Hinweis: Ehrevorsitzender Hans Thielen feierte am 4. Oktober seinen 80. Geburtstag. Der Beitrag mit seiner Würdigung erscheint im nächsten Heft.



Konzentriertes Justieren: Die Krawatte sitzt! - Korrektheit war auch sein Postulat als Landesschatzmeister. Ein Vierteljahrhundert übte er diese Funktion aus. Der Schnappschuss aus dem Jahr 1996 zeigt Alfons Denig mit seinen Vorstandskollegen Karl-Heinz Dahlke und Werner Schappert.



Martin Radigk
martin.radigk@vrb-rlp.de



Wolfgang Wünschel
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de


 KlarText!


Arbeitsbelastung von Lehrkräften

Messen, auswerten und Verantwortung übernehmen!

Das Institut für Lehrgesundheit (IfL) hat bereits 2015 eine „Studie zur Belastung und Beanspruchung von Bediensteten an Realschulen plus“ initiiert. Begründet wurde das Erfordernis einer solchen Erhebung damit, dass aus „vorangegangenen Kontakten zu den Schulen in Rheinland-Pfalz (...) der Eindruck entstanden [ist], dass die Belastung und Beanspruchung von Bediensteten an Realschulen plus höher ist als bei anderen Schularten“. Das Ergebnis der IfL-Untersuchung lässt noch auf sich warten. Angesichts angekündigter Stellenstreichungen im Bildungsbereich muss befürchtet werden, dass die politische Bereitschaft, die Arbeitsbelastungen der Lehrkräfte an Realschulen plus wirksam zu reduzieren, nicht sonderlich hoch ausgeprägt ist.

Erste Anzeichen für diese Vermutung gab es von Anfang an. So ließ schon die IfL-Ankündigung aufhorchen, dass bei der Untersuchung, deren Auftraggeber das Bildungsministerium ist, auch erfasst werden soll, ob und welche „spezifischen Hilfsangebote“ in Anspruch genommen werden und wie „individuelle Lösungsmöglichkeiten“ („Best Practice“) aussehen. Sehen so nicht Ausweich- und Vermeidungsstrategien aus, mit denen die Verantwortung für die Belastung von Lehrkräften auf die Schulen und Lehrkräfte selbst abgewälzt werden sollen? Das Thema „Arbeitsbelastung“ wird von vornherein als Problem markiert, dem durch Fortbildungen und Studientage zum besseren Gesundheits- und Selbstmanagement begegnet werden kann. Nach dieser Lesart wäre die Arbeitsbelastung von Lehrkräften nicht systembedingt, sondern primär abhängig von den jeweiligen Begebenheiten und Akteuren vor Ort.

Selbstverständlich ist es wichtig, sich an den Schulen Gedanken darüber zu machen, wie mit Herausforderungen umgegangen wird, ohne dass einzelne Lehrkräfte aufgrund zu hoher Belastungen erkranken. An bestimmten Rahmenbedingungen kann

aber die einzelne Schule wenig ändern. Es wird zum Beispiel niemand ernsthaft bestreiten, dass die außerunterrichtlichen Verpflichtungen durch Inklusion, Migration und Integration, Elternberatung und Umgang mit herausfordernden Schülerinnen und Schülern gerade an unseren Realschulen plus stetig zugenommen haben. Der VRB kritisiert schon seit Langem das Missverhältnis von gebundener und ungebundener Arbeitszeit, weil in Rheinland-Pfalz viele gesellschaftliche Herausforderungen, die direkte Auswirkung auf das Bildungssystem im Sekundarbereich I haben, primär den Realschulen plus übertragen werden. Die Investitionen in die personelle, räumliche und sächliche Ausstattung unserer Schulart und damit in entlastende Faktoren finden nicht in gleichem Maße statt wie die Belastungen durch neue Aufgaben zugenommen haben.

KlarText: Die tatsächlichen Belastungen der Lehrkräfte an Realschulen plus müssen in einem transparenten Verfahren aufgezeigt werden. Die Landesregierung hat zu verantworten, dass die Kolleginnen und Kollegen durch immer neue außerunterrichtliche Aufgaben belastet sind. Sie wird ihrer Fürsorgepflicht als Dienstherrin dann gerecht, wenn sie die Verantwortung für die gestiegenen Arbeitsbelastungen übernimmt und mit spürbaren Maßnahmen gegensteuert. Der VRB fordert in diesem Kontext, die Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung als mittelfristig anzustrebendes Ziel festzuschreiben. Ein erster Schritt und ein wichtiges Zeichen der Anerkennung der zahlreichen Belastungstatbestände ist die Umwandlung der sogenannten Drittelpauschale für besondere Tätigkeiten in eine Vollpauschale.


 Erwin Schneider

Beitrittserklärung

Verband Reale Bildung
Verband der Lehrkräfte in den Schulen in Rheinland-Pfalz
Mitgliederverwaltung Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid

Tel.: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 32 12/9 65 73 31
E-Mail: mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

.....

Name Vorname Geb.-Datum E-Mail

.....

Straße PLZ und Wohnort Telefon/Fax/Mobil-Nr.

.....

Dienstbezeichnung Schule Prüfungsfächer

- Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe A TV-L
- Ich bin vollbeschäftigt Ich bin teilzeitbeschäftigt mit Wochenstunden Ich bin Mitglied im ÖPR
- Ich bin Lehramtsanwärter/in am Studienseminar
- Mein/e Ehepartner/in bzw. Lebenspartner/in ist bereits Mitglied im Verband.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Reale Bildung (VRB) Rheinland-Pfalz e. V.

Mein Eintritt soll zum nächstmöglichen Termin (Quartal) erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der gültigen Beitragsordnung. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten ausschließlich für VRB-interne Zwecke gespeichert werden.

.....

Bankleitzahl Name der Bank Kontonummer

.....

(sofern bekannt) IBAN BIC

.....

Ort Datum Unterschrift

Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Die Beiträge orientieren sich an der Besoldung des Eingangsamtes. Der Monatsbeitrag wird auf 0,55 % vom Bruttobetrag festgesetzt, mindestens aber vom Eingangsamt der Besoldungsgruppe A 12 erhoben.

Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
A 16		18,50
A 15		17,50
A 14		15,-
A 13		14,-
A 12	oder darunter	13,-
A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	12,-
A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	11,-
A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	10,-
TV-L	Vollbeschäftigung	12,-
TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	10,-
TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	9,-
Pensionäre		7,-
Lehramtsanwärter		3,-



Lehrkräfte mit einem Deputat

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15-21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

Mitglieder in Alterszeit

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbeitrag.

Beurlaubte, Pensionäre

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13.

Ehegatten, Lebenspartner

Der Ehegatte/Lebenspartner in der geringeren Gehaltsstufe zahlt die Hälfte des Beitrags.

Lehramtsanwärter

zahlen einen ermäßigten Beitrag von 3,- €.

Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.





Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

**WIR FORDERN:
KEINE BEFRISTETEN
VERTRETUNGSVERTRÄGE MEHR!**



Sport, Deutsch, Erdkunde



Mathe, Chemie



Sport, Physik



Sport, Deutsch



Bildende Kunst, Biologie



Mathe, Englisch



Deutsch, Geschichte



Englisch, Geschichte



Deutsch, kath. Religion



Biologie, Chemie



Biologie, Chemie



Deutsch, Englisch



Mathe, ev. Religion



Musik, Englisch



Mathe, Bildende Kunst

GLAUBEN SIE,

das die Landesregierung ohne Druck einer starken Lehrervertretung mehr Einstellungsmöglichkeiten schafft? Nein? Wir auch nicht! Deshalb:

**BILDUNGSREALISTEN WÄHLEN!
PERSONALRATSWAHLEN 2017**



„like us“ auf facebook.com: VRB RLP



www.vrb-rlp.de